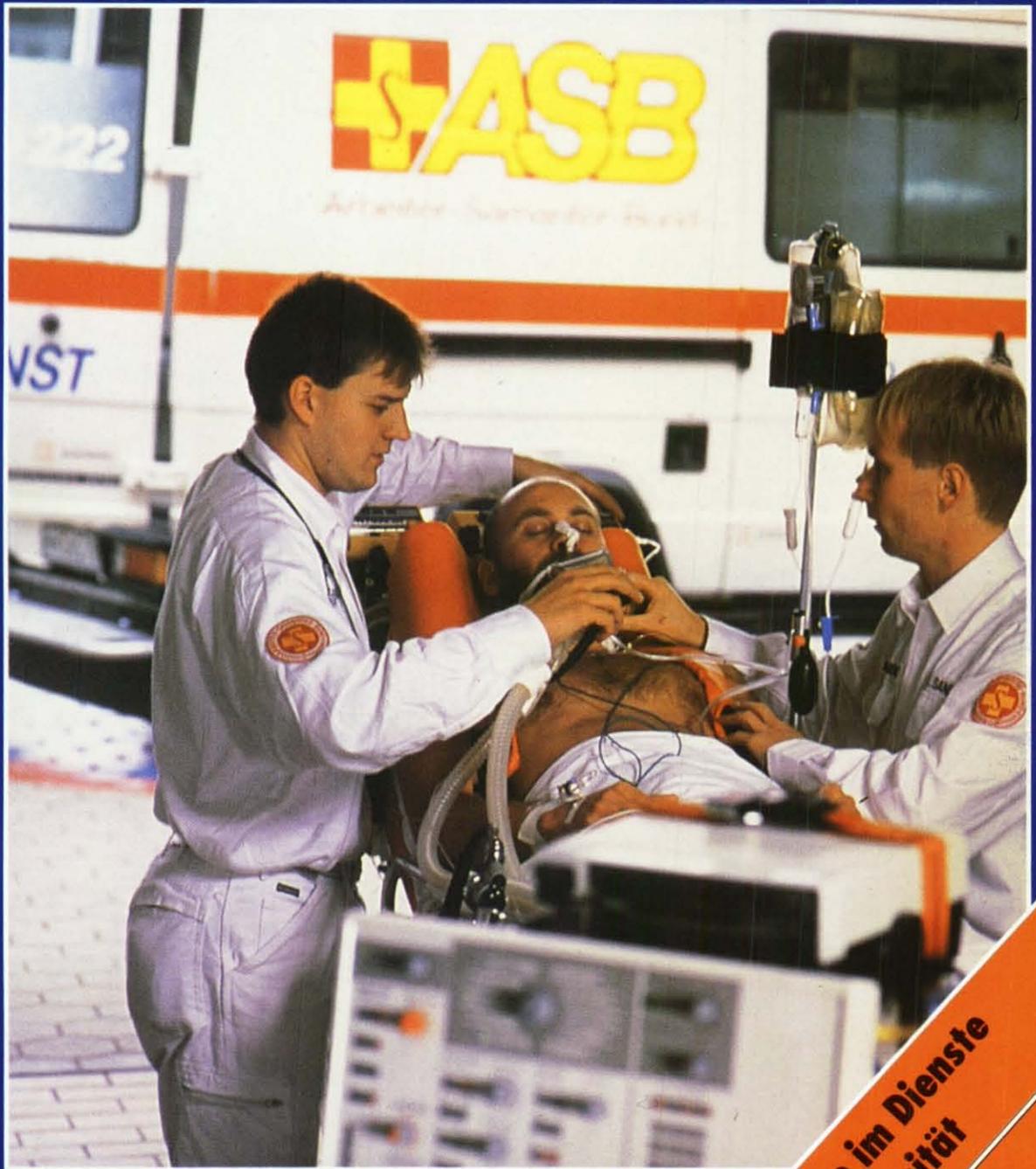


Bevölkerungs- schutz

Magazin für Zivil- und
Katastrophenschutz



Nr. **4** 4. Quartal 1998

**BZS: 40 Jahre im Dienste
der Humanität**
**ASB hilft seit
110 Jahren**





**Verehrte Leserinnen,
verehrte Leser,**

am 5. Dezember 1958 trat das „Gesetz zur Errichtung eines Bundesamtes für den zivilen Bevölkerungsschutz“ in Kraft. 1974 wurde der Name in „Bundesamt für Zivilschutz“ geändert (vgl. Bericht, Seite 5).

Am 5. Dezember 1998 hatte das Amt demnach 40jähriges Jubiläum.

Seit 1992 wurden im Rahmen der „Straffung der Strukturen“ im Zivilschutz rund 1600 Stellen abgebaut. Es bleibt zu hoffen, daß mit dem Inkrafttreten des Zivilschutz-Neuordnungsgesetzes vom 25. März 1997 jetzt eine Konsolidierung möglich ist.

Die große Zahl von Anfragen der Bevölkerung nach Schriften und Hinweisen zum Verhalten im Notfall (etwa 130.000 Anforderungen der Broschüre „Für den Notfall vorgesorgt“ seit Frühjahr 1998) zeigt, daß das Amt im Bewußtsein vieler Bürger registriert ist und seine Hilfe dankbar angenommen, ja sogar gefördert wird.

Die Jahre 1997 und 1998 haben wieder gezeigt, daß mit großen überregionalen Unglücksfällen auch in Deutschland weiterhin gerechnet werden muß.

Ich bin mir daher sicher, daß das Bundesamt für Zivilschutz auch in Zukunft ein wichtiger Ansprechpartner sein wird.

Ihnen, verehrte Leserinnen und Leser, wie uns wünsche ich ein gutes, friedvolles Jahr 1999!

Ihr Hans-Walter Roth

Menschen

Personalia aus Zivil- und Katastrophenschutz	2
--	---

Politik und Gesellschaft

40 Jahre im Dienste der Humanität Bundesamt für Zivilschutz hat Jubiläum.....	5
Neue Problemstellungen durch geändertes Freizeitverhalten Betrachtungen zu einem aktuellen Thema	8
Zukunft des Ehrenamtes Hat das Ehrenamt überhaupt noch eine Zukunft?	13
Das Elend hat einen Namen: Südsudan Hilfsprogramm des DRK für 50.000 Menschen	15

Aus der Praxis

Optimale Unterstützung des Bürgers als Ziel Arbeitskreis befaßt sich mit dem Thema Integrierte Leitstellen	17
Die Frauenkirche in Dresden Ein einmaliges Beispiel für die Wiederherstellung historischer Bausubstanz	20



Mit dem Wiederaufbau der Dresdner Frauenkirche beschäftigt sich unser Beitrag auf Seite 20.



Das Deutsche Rote Kreuz startete umfangreiche Hilfsmaßnahmen für den Südsudan, nachzulesen ab Seite 15.

Technik und Wissenschaft

Aus der Industrie

Aktuelle Produktinformationen 21

Aus- und Weiterbildung

Projektmanagement bei Katastrophenschutzübungen

Neuorientierung in einem wichtigen Ausbildungsbereich - Teil III - 23

In der Heftmitte befindet sich ein heraustrennbarer Kalender 1999 mit einer Präsentation des Bundesamtes für Zivilschutz und der Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz (AkNZ) sowie dem AkNZ-Jahresprogramm 1999.

Aus den Organisationen

Arbeiter-Samariter-Bund.....	34
Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft.....	36
Deutscher Feuerwehrverband.....	38
Deutsches Rotes Kreuz.....	40
Johanniter-Unfall-Hilfe.....	42
Malteser-Hilfsdienst.....	43
Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundes- republik Deutschland e.V.....	45
Technisches Hilfswerk.....	49

Rubriken

Rundblick.....	50
Für Sie gelesen.....	50
Termine.....	54
Jahresregister 1998.....	55
Zuletzt.....	57

Wechsel im DFV-Vorstand

„Wachwechsel“ im Vorstand des Deutschen Feuerwehrverbandes: Aus dem für die Sparte der Werkfeuerwehren zuständigen DFV-Vizepräsidenten Waldemar Steuer (Leverkusen) wurde das DFV-Ehrenmitglied Steuer. Die Delegiertenversammlung des DFV, die Mitte September im Würzburger Congreß-Centrum tagte, hatte entsprechend einem vor-

Der scheidende Vizepräsident Waldemar Steuer (links) und sein Nachfolger Ulrich Behrendt.

(Foto: Hornung)



DFV-Vizepräsident a. D. Karl Wiedemann †

Der Deutsche Feuerwehrverband trauert um Karl Wiedemann. Der langjährige DFV-Vizepräsident für den Bereich der Freiwilligen Feuerwehren und Ehren-Kreisbrandrat verstarb am 18. November 1998 im Alter von 77 Jahren. Wiedemann gehörte dem DFV-Vorstand von 1973 bis 1984 an und bestimmte maßgeblich die Geschicke der deutschen Feuerwehren. Für seine Verdienste wurde ihm 1984 die Ehrenmitgliedschaft im Deutschen Feuerwehrverband verliehen.

Seine Feuerwehrlaufbahn begann Karl Wiedemann 1948 mit dem Eintritt in seine Heimat-Feuerwehr Anried. Er war dort zwölf Jahre Kommandant, sieben Jahre Kreisbrandmeister, von 1962 bis 1972 Kreisbrandinspektor und in den Jahren 1972 bis 1983 Kreisbrandrat des Landkreises Augsburg. Karl Wiedemann wurde mehrfach ausgezeichnet, u.a. mit dem Bundesverdienstkreuz und dem DFV-Ehrenkreuz in Silber und Gold.

ausgegangenen Präsidiums-Vorschlag einmütig den Beschluß gefaßt, das Wirken von Waldemar Steuer auf nationalem wie internationalem Parkett für die deutsche Feuerwehrorganisation mit dieser Ehrenbezeugung zu würdigen. Waldemar Steuer, der am 25. September sein 57. Lebensjahr vollendete, war seit 1991 DFV-Vizepräsident. Bereits zwei Jahre früher war er zum Vorsitzenden des Werkfeuerwehrverbandes Deutschland gewählt worden. Er ist außerdem Vorstandsmitglied der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (vfdb). Nach seinem Bergbau-Studium in Aachen war Steuer zunächst mehrere Jahre im Steinkohlen- und Erzbergbau im In- und Ausland tätig, bevor er 1972 die Ausbildung zum Brandassessor absolvierte und seine Tätigkeit im höheren feuerwehrtechnischen Dienst begann. Derzeit ist Steuer Leiter der Koordination von Arbeitssicherheit, Brandschutz in den Werken der Bayer AG. 1995 wurde er in Würdigung seines umfangreichen ehrenamtlichen Engagements mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Bei seiner Verabschiedung aus dem DFV-Vorstand nannte Präsident Gerald Schäuble in Würzburg seinen langjährigen Mitstreiter „einen außergewöhnlichen Menschen und Querdenker, der für uns und

für die Arbeit im Verband oftmals eine wertvolle Hilfe war“.

Zum Nachfolger von Waldemar Steuer als DFV-Vizepräsident wählte die Delegiertenversammlung den 40jährigen Ulrich Behrendt aus Giengen/Brenz. Er ist dort Leiter der Werkfeuerwehr Bosch/Siemens-Haushaltsgeräte und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Werkfeuerwehren in Baden-Württemberg. Gebürtig stammt Behrendt aus Wuppertal.

Neuer Feuerwehr- präsident in Österreich

Die 320.000 Feuerwehrleute in Österreich stehen unter einer neuen Führung. Auf dem Bundesfeuerwehrtag Ende September in Eisenstadt, zu dem auch der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, Gerald Schäuble, eingeladen war, wählten die 94 Delegierten den burgenländischen Landesfeuerwehrkommandanten, Landesbranddirektor Manfred Seidl, zum neuen Präsidenten des Österreichischen Bundesfeuerwehrverbandes (ÖBFV). Seidl ist somit oberster Repräsentant der österreichischen Feuerwehrleute in 4.559 Freiwilligen Feuerwehren, 316 Betriebsfeuerwehren und sechs Berufsfeu-

erwehren. Als vordringliche Ziele nannte der neugewählte Präsident die verstärkte Vertretung der österreichischen Feuerwehr gegenüber dem Bund bzw. den gesetzgebenden Körperschaften. Weiterhin forderte Seidl ein deutlich verstärktes Mitspracherecht bei Gesetzgebung und Normung.

DFV-Präsident Schäuble verlieh dem bisherigen Präsidenten des ÖBFV, Reg.-Rat Erwin Nowak, in Würdigung der hervorragenden Leistungen auf dem Gebiet des Feuerwehrens das Deutsche Feuerwehr-Ehrenkreuz in Gold. Nowak hatte den ÖBFV zehn Jahre lang geleitet. Er zieht sich nach insgesamt 54jähriger aktiver Feuerwehrtätigkeit in den Ruhestand zurück.

Seenotretter ausgezeichnet

Mit dem „Deutschen Preis für Präklinische Notfallmedizin“ ist die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) im Rahmen des 18. Bundeskongresses Rettungsdienst im Messezentrum Bremen ausgezeichnet worden. „Damit soll das herausragende Engagement der DGzRS und ihrer Einsatzkräfte bei der Rettung von in Not geratenen Personen gewürdigt werden“, so Jürgen Huber, Vorsitzender des Kuratoriums zur Förderung der Präklinischen Notfallmedizin e. V., Waldbronn. In seiner Laudatio führte er weiter aus: „Nicht nur die Seefahrt vertraut auf die Hilfe der DGzRS, sondern auch die Bewohner der Küstenregionen und die große Zahl von Freizeitsportlern, die entlang der Küsten Wassersport ausüben, wissen sich durch das Seenotrettungswerk gut versorgt und vertrauen auf die schnelle und hochqualifizierte Hilfe. Mit ihrer bewährten und unermüdlichen Arbeit haben sich die Seenotretter um die Entwicklung und Förderung des Rettungswesens

insgesamt verdient gemacht. Unseren Dank und unsere Anerkennung wollen wir durch die Verleihung des ‚Deutschen Preises für Präklinische Notfallmedizin‘ zum Ausdruck bringen.“ Den Preis und eine Spende über 2500 Mark nahm Kapitän Uwe Klein, Mitglied der DGzRS-Geschäftsführung und Leiter der Inspektion und des Rettungsdienstes, entgegen, „stellvertretend für unsere 185 festangestellten und über 700 freiwilligen Besatzungsmitglieder auf den Seenotkreuzern und Seenotrettungsbooten in Nord- und Ostsee“.

Dank für Engagement

Durch den Präsidenten des Deutschen Feuerwehrverbandes, Gerald Schäuble, wurde dem Leiter der Verkaufsabteilung für Sonder- und Nutzfahrzeuge bei der Mercedes-Benz AG, Manfred Hommel, das Deutsche Feuerwehr-Ehrenkreuz in Gold verliehen. Hommel ist stellvertretender Vorsitzender im Vorstand der Stiftung zur Förderung des Deutschen Feuerwehrmuseums, welches 1991 durch die Mercedes-Benz AG ins Leben gerufen wurde. Das Feuerwehrmuseum konnte dank seiner Unterstützung Exponate beschaffen, Restaurierungen vornehmen sowie Veranstaltungen durchführen. Als Vorsitzender



DFV-Präsident Schäuble (rechts) bei der Ehrung von Manfred Hommel.

der Fachgemeinschaft Feuerwehrgeräte und Fahrzeuge hält er auch enge Kontakte zu den Feuerwehren. Mit der höchsten Auszeichnung des Deutschen Feuerwehrverbandes soll, so Schäuble, Dank und Anerkennung für ein vielfältiges Engagement zum Ausdruck gebracht werden

Verdienstkreuz 1. Klasse für Gerhard Kugler

Auf Vorschlag des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber hat Bundespräsident Roman Herzog den Geschäftsführer der ADAC-Luftrettung GmbH, Gerhard Kugler, mit dem Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet.

Gerhard Kugler war bereits vor zwei Jahrzehnten maßgeblich daran beteiligt, daß in München der erste Rettungshubschrauber in Dienst gestellt werden konnte. Seither leistet er mit dem Aufbau der ADAC-Luftrettung einen wesentlichen Beitrag dazu, daß die Bundesrepublik Deutschland heute ein Luftrettungssystem hat, das beispielhaft in der ganzen Welt ist. Unter seiner Geschäftsführung hat die ADAC-Luftrettung einen Beitrag von inzwischen 16 Rettungstransporthubschrauber- und vier Intensivtransporthubschrauber-Stationen geschaffen. Eine weitere herausragende Leistung war die Einrichtung der Luftrettungsstation in der damals noch geteilten Stadt Berlin. Daneben legte Kugler besonderes Augenmerk auf die technische Weiterentwicklung der Hubschrauber und ihre medizinische Ausstattung. Heute verfügt die Bundesrepublik Deutschland über ein flächendeckendes Netz von ca. 50 Rettungshubschraubern und ergänzt damit den bewährten und hervorragenden Landrettungsdienst zu ei-

nem optimalen Hilfeleistungssystem für Notfallpatienten.

Bundesverdienstkreuz verliehen

Bundespräsident Roman Herzog hat dem ehemaligen Generalsekretär des Johanniterordens in Deutschland, Dr. Albrecht von Cossel, das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Überreicht wurde die hohe Auszeichnung durch den Kölner Regierungspräsidenten Franz-Josef Antwerpes. Dr. von Cossel werde für seine ehrenamtlichen Tätigkeiten beim Johanniterorden, bei der Diakonie und weiteren Institutionen ausgezeichnet, hieß es.

IDNDR: Neue Mitglieder

Bei der Mitgliederversammlung des Deutschen IDNDR-Komitees wurden drei neue Mitglieder in den Wissenschaftlichen Beirat und ein neues Mitglied in den Operativen Beirat des Komitees gewählt. Hierbei handelt es sich um:

- Prof. Dr. Bernd Domres, Chirurgische Poliklinik der Universität Tübingen und Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Katastrophenmedizin,

- Prof. Dr. Richard Dikau vom Geographischen Institut der Universität Bonn, der als Nachfolger für Prof. Dr. Dietrich Barsch aufgenommen wurde und sich insbesondere mit der Katastrophenanfälligkeit durch Hangrutschungen beschäftigt,

- PD Johann-Georg Goldammer vom Max-Planck-Institut für Chemie, Arbeitsgruppe Feuerökologie der Universität Freiburg, der sich vornehmlich mit der Bekämpfung von Waldbränden befaßt und

- für den Operativen Beirat Dipl.-Ing. Horst Dölling, Abteilungsleiter im Amt für Katastrophenschutz der Stadt Halle (Saale).

Broemme folgt Farrenkopf

Der Berliner Landesbranddirektor Albrecht Broemme (45) ist neuer Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren Deutschlands (AGBF). Er übernahm das Amt von Oberbranddirektor Dieter Farrenkopf aus Hamburg, der nach sechsjähriger Wahlperiode zurückgetreten war und sich jetzt, eigenen Angaben zufolge, verstärkt der europäischen Feuerwehrarbeit widmen will.

Die AGBF-Vollversammlung in Kassel wählte zudem den Flensburger Branddirektor Rudolf März neu in den Vorstand, als Nachfolger von Bernd Wiechmann (BF Karlsruhe). In ihren Ämtern bestätigt wurden Stephan Neuhoff, Direktor der Feuerwehr Köln, Branddirektor Ludwig Geiger (BF Gera) und Oberbranddirektor Günther Hölzl

Berichtigung: Dipl.-Ing. Klaus-Dieter Kühn wurde neuer Vorsitzender des Schutzforums, Gesellschaft für Friedenssicherung und angewandte Humanität e. V. Auf Seite 2 unserer Ausgabe 3/98 hatte es fälschlich geheißen, er sei zum Vorsitzenden der Deutschen Schutzbaugemeinschaft e. V. gewählt worden. Wir bitten, das Versehen zu entschuldigen.
Die Red.

(BF München). Der neue Vorsitzende kündigte an, daß die Arbeit der AGBF stärker auf der Ebene der Länder fortgeführt werden soll, weil die meisten Entscheidungen im Brandschutz und im Rettungsdienst jeweils in den Bundesländern getroffen werden.

Ein wichtiger Aspekt sei, so Broemme, die Zusammenarbeit mit dem Deutschen Feuerwehrverband, in dem konsequent und offensiv Lobbyarbeit für die Berufs- und Freiwilligen Feuerwehren geleistet werden müsse.

OBD Farrenkopf bleibt Vorsitzender der Bundesgruppe „Berufsfeuerwehr“ im DFV.

Nachruf

Mit Betroffenheit wurde die Nachricht vom überraschenden Ableben von

Dipl.-Ing. Günther Ziegler

in weiten Kreisen der Feuerwehr zur Kenntnis genommen.

Günther Ziegler, geboren am 3. Mai 1930, war die zentrale Leitfigur in seinem Unternehmen. Er trat 1953 in die von seinem Vater geführte Schlauchweberei und Feuerwehrgerätefabrik ein.

Immer hat Günther Ziegler sich persönlich engagiert und

Kontakte geknüpft, Partnerschaften aufgebaut und den Feuerwehren Hilfe und Unterstützung angedeihen lassen.

Die Mitwirkung in Verbandsgremien und Fachausschüssen war für ihn eine Verpflichtung. Er bekleidete zahlreiche Ehrenämter, zuletzt als Vizepräsident des Fachnormenausschusses für das Feuerwehrwesen im DIN.

Neben hohen nationalen Auszeichnungen wurden ihm in Würdigung seiner Verdienste um die Feuerwehr zahlreiche internationale Ehrungen zuteil, unter anderem war er Träger des Deutschen Feuerwehr-Ehrenkreuzes in Gold.



40 Jahre im Dienste der Humanität

Bundesamt für Zivilschutz hat Jubiläum

Von Regierungsdirektor Hans-Walter Roth

Aufgrund der Spannungen und Kriegsgefahren, die sich schon kurz nach dem 2. Weltkrieg zeigten (insbesondere Berlin-Blockade 1948 und Korea-Krieg 1950), wurde erkennbar, daß es notwendig sei, Vorkehrungen zur Abwehr von Gefahren für die Bevölkerung und zur Beseitigung evtl. auftretender Schäden zu treffen.

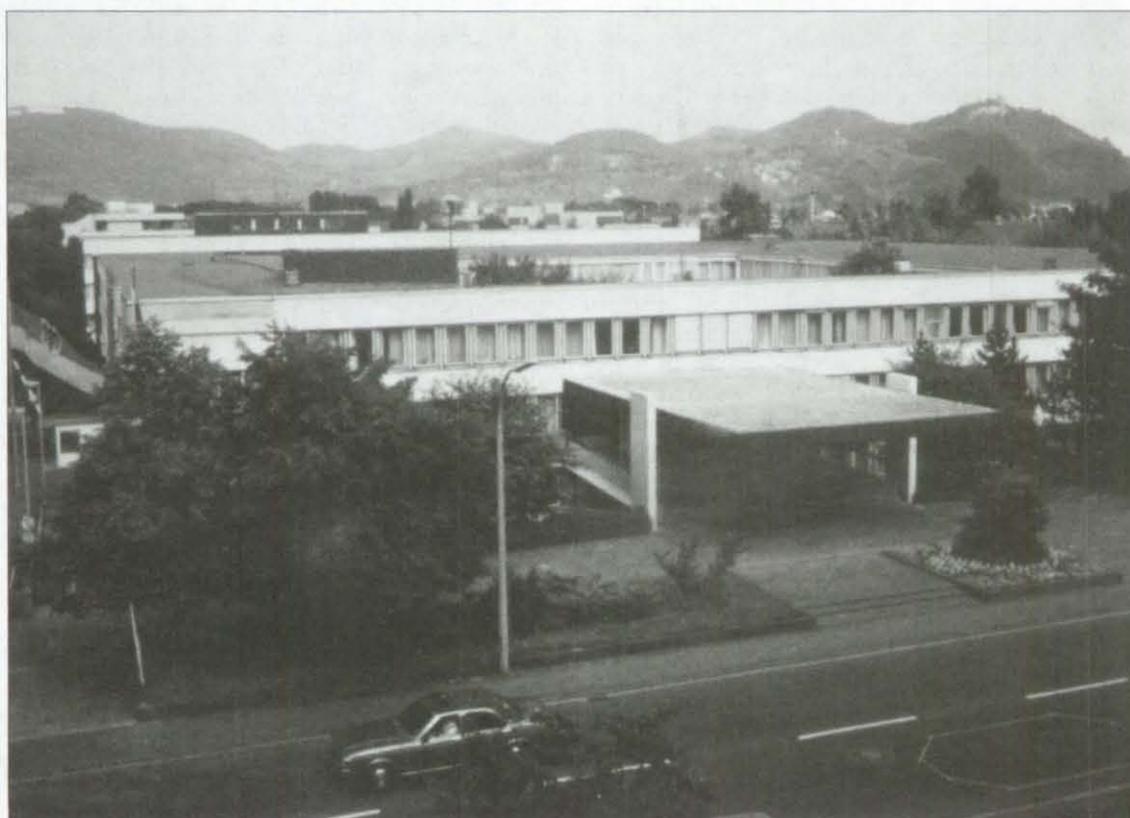
Es entwickelte sich bereits 1951 eine „Luftschutz-Arbeitsgemeinschaft“, die sich dann in „Bundesluftschutzverband“

(den späteren Bundesverband für den Selbstschutz) umbenannte. Das Bundeskabinett übertrug dem Bundesminister des Innern die Federführung für den Aufbau des Luftschutzes.

Nach zwei Grundgesetzänderungen (zuletzt 1956) erhielt der Bund die Befugnis, die Bundeswehr aufzubauen und den Schutz der Zivilbevölkerung gesetzlich zu regeln. Diese Regelung erfolgte 1957 im „Ersten Gesetz über Maßnah-

men zum Schutz der Zivilbevölkerung“. Zugleich wurde durch Erlass des Bundesministers des Innern die „Bundesdienststelle für zivilen Bevölkerungsschutz“ in Bad Godesberg errichtet. In ihr wurden die „Bundesanstalt für zivilen Luftschutz“, die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk und der im Aufbau befindliche Warndienst zusammengefaßt.

Danach wurde eine gesetzliche Grundlage geschaffen. Das „Gesetz zur Errichtung eines



Das Bundesamt für Zivilschutz vor der Kulisse des Siebengebirges.

Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz“ trat am 5. Dezember 1958 in Kraft. Seit 1974 heißt das Amt „Bundesamt für Zivilschutz“.

Aufgaben bei der Errichtung

Gesetzlicher Auftrag des Bundesamtes war die Wahrnehmung von Aufgaben des Bundes, die ihm durch Gesetz oder Rechtsverordnung übertragen wurden. Dazu gehörten neben Verwaltungsaufgaben im üblichen Sinn auch planerische Tätigkeiten auf Gebieten des Vollzuges, wie z. B. Ausbildung und Einsatz in Zivil- und Katastrophenschutz, Wissenschaft und Technik.

Als Teilbereiche des Zivilschutzes wurden insbesondere festgelegt:

- Selbstschutz
- Warndienst
- Schutzbau
- erweiterter Katastrophenschutz
- Aufenthaltsregelung
- Gesundheitswesen
- Schutz von Kulturgut

Die einzelnen Teilbereiche wurden in den Folgejahren auf- und ausgebaut. Für den Selbstschutz wurde eine eigenständige Organisation errichtet, die die Gemeinden unterstützen sollte. Dies war der Bundesverband für den Selbstschutz (BVS). Die Gemeinden führten mit seiner Hilfe Veranstaltungen zur Information und zur Ausbildung der Bevölkerung durch. Im übrigen wurden in den 60iger Jahren zehn Warnämter aufgebaut, die dem Bundesamt unterstanden. Es wurden über 70.000 Sirenen beschafft. Ein Warndienst-Meßnetz wurde flächendeckend eingerichtet. Es konnte nukleare Verstrahlung messen.

Auch wurden Sanitätsmittel-lager angelegt und Hilfskrankenhäuser errichtet. Ausbildungsveranstaltungen in Erster Hilfe wurden für die Bevölkerung auf Kosten des Bundes durchgeführt und Sanitätsper-

sonal (Schwesternhelferinnen) wurde auf seine Kosten herangebildet.

Zum Schutz von Kulturgut wurden - auf der Grundlage einer Internationalen Konvention - kulturell bedeutende Bauwerke und Denkmale gekennzeichnet, wertvolle Schriften, Pläne und Akten auf Mikrofilme aufgenommen und gesichert und auch hier wurde Personal geschult.

Im Bereich „Schutzbau“ wurde 1965 ein Gesetz verabschiedet, das auch eine Schutzbaupflicht für alle Bauherren vorsah. Diese Pflicht wurde jedoch sofort wieder suspendiert. Stattdessen wurden Schutzräume, die freiwillig errichtet wurden, durch staatliche Zuschüsse und Steuererleichterungen gefördert.

Im sogenannten „erweiterten Katastrophenschutz“ wurde der Katastrophenschutz der Länder durch Maßnahmen des Bundes verstärkt und ergänzt: Der Bund kaufte tausende von Fahrzeugen und Ausstattungen verschiedener Art für Feuerwehren und andere Katastrophenschutz-Organisationen der Länder, stellte Helfer vom Wehrdienst frei, ließ sie ausbilden und mit persönlicher Ausstattung versehen, ließ Organisationsmodelle entwickeln, baute das ihm gehörende Technische Hilfswerk (THW) zu einer modernen technischen Groß-Organisation aus, usw. Daneben wurde eine Anzahl von Hubschraubern beschafft, die als Führungsmittel im Katastrophenschutz eingesetzt werden sollten. Um diese Investition auch im Frieden zu nutzen, werden die Hubschrauber seither bundesweit alltäglich im Rettungsdienst eingesetzt, diese „Doppel-Nutzung“ gilt für alle Bereiche des Zivilschutzes.

Aufgaben des Bundesamtes heute

Im Zivilschutzgesetz von 1997 sind die Teilbereiche des

Zivilschutzes in gleicher Weise wie zur Zeit seines Beginnes definiert. Ihr Gewicht und ihre Inhalte wurden jedoch aufgrund der eingetretenen politischen Entspannung in Europa stark verändert, die Strukturen gestrafft, die Kosten drastisch gesenkt. Wegen der Straffung der Strukturen und des Wegfalls von Spezial-Organisationen sind dem Bundesamt jedoch auch neue Aufgaben gesetzlich zugewiesen worden.

Die eingetretenen Veränderungen im einzelnen:

○ Die Gemeinden sind weiter für Aufbau-, Förderung und Leitung des Selbstschutzes zuständig. Der Bundesverband für den Selbstschutz wurde jedoch aufgelöst. Gemeinden können sich stattdessen auf die Organisationen des Katastrophenschutzes stützen. Auch der Bund ist weiter bereit zu helfen.

○ Fast vollständig aufgelöst wurde auch der bundeseigene Warndienst. Das Bundesamt erfaßt zwar weiter evtl. kriegsbedingte Gefahren, die Warnung selbst aber erfolgt jetzt durch Behörden der Länder. Das nukleare Meßnetz wurde dem Bundesamt für Strahlenschutz übergeben. Im übrigen hilft das Bundesamt planerisch und konzeptionell.

○ Neue Schutzräume werden seit einigen Jahren nicht mehr gefördert, die vorhandenen werden jedoch erhalten.

○ Im Gesundheitswesen fördert der Bund weiter die Ausbildung der Bevölkerung in Erster Hilfe und die Ausbildung von Pflege-Hilfskräften. Sanitätsmittellager und Hilfskrankenhäuser werden aber nicht mehr vorgehalten.

○ Die Maßnahmen zum Schutz von Kulturgut werden fortgesetzt.

○ Die Aufenthaltsregelung spielt zur Zeit keine Rolle.

○ Von großer Bedeutung sind jedoch weiterhin die Aufwendungen des Bundes zur Ergänzung des Katastrophenschutzes der Länder. Er finan-



An der Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz in Bad Neuenahr werden auch Führungskräfte des Katastrophenschutzes ausgebildet.

ziert weiterhin rund 9.500 Spezialfahrzeuge, beschafft Fachausstattung, stellt Helfer vom Wehrdienst frei und läßt sie persönlich ausstatten und ausbilden. Der Bund selbst bildet weiter Führungskräfte des Katastrophenschutzes an der Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz in Bad Neuenahr-Ahrweiler aus, die Teil des Bundesamtes ist.

Das Bundesamt

- informiert daneben die Bevölkerung über den Zivilschutz,
- unterstützt die zuständigen obersten Bundesbehörden bei einer einheitlichen Zivilverteidigungsplanung,
- entwickelt die Ausbildungsinhalte im Zivilschutz,
- bildet das für Zivilverteidigung notwendige Fachpersonal aus,
- veranlaßt spezielle Forschungen und
- prüft spezielle Geräte auf ihre Eignung.

Im Jahr 1988 gab der Bund für alle Aufgaben rund 882 Mio. DM aus. 1998 sind es 453 Mio. DM.

Notwendigkeit der Erhaltung des Bundesamtes

Nach Auflösung des Warschauer Paktes und der bevorstehenden Ausdehnung von NATO und Europäischer Union nach Osten ist die Gefahr eines plötzlich eintretenden flächendeckenden Krieges in Deutschland auf absehbare Zeit unwahrscheinlich geworden. Ausschließen läßt sich eine Kriegsgefahr aber niemals ganz. Daher wird sich Deutschland auch weiterhin eigene Streitkräfte erhalten. Allerdings konnten diese zahlenmäßig stark verringert werden.

Entsprechend wurde - wie bereits gesagt - der Zivilschutz gestrafft. Er muß aber im Kern erhalten bleiben und bei Gefahr in der notwendigen Zeitspanne einsatzbereit sein. Viele seiner Maßnahmen brauchen eine lange Vorlaufzeit. Planerische Konzepte müssen stets abrufbereit vorliegen. Einrichtung und Gerät müssen verfügbar sein. Personal mit Spezialkenntnissen muß bereitstellen usw.

Da die Einheiten und Einrichtungen des Zivilschutzes auch friedensmäßig ständig im Katastrophenschutz der Länder eingesetzt werden, ist ihre Erhaltung keineswegs nur eine Vorratsmaßnahme für einen wenig wahrscheinlichen Eventualfall. Im übrigen ist anzumerken: Der Zivilschutz in Deutschland wurde zwar im Hinblick auf kriegerische Gefahren geschaffen. Es zeigt sich aber, daß sein Teilbereich Katastrophenschutz auch bei anderen großflächigen Gefahrenlagen, wie z. B. nuklearen Unfällen (Beispiel Tschernobyl), und anderen Katastrophen (Beispiel Hochwasser in Deutschland) unverzichtbar ist. Für die Abwehr friedensmäßiger Gefahren sind zwar die Länder zuständig. Bei großflächigen Lagen, die über das Gebiet eines Landes hinausgehen, brauchen sie aber die Hilfe des Bundes.

Das Bundesamt für Zivilschutz hat somit auch weiterhin die Aufgabe, die notwendige Vorsorge für den Schutz der zivilen Bevölkerung sicherzustellen.

Neue Problemstellungen durch geändertes Freizeitverhalten

Von Prof. Stefan H. Goßner

Eine Definition der Frage „Was ist Freizeit?“ lautet „Freizeit ist die nicht der Erwerbstätigkeit dienende Zeit“, eine andere „Freizeit ist die Zeit ohne barwerte Entlohnung“. Bei diesen Definitionen steht der fehlende Erwerbscharakter im Vordergrund.

Seit Jahrzehnten beobachten wir einen stetigen Rückgang der beruflichen Arbeitszeit. Die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit reduzierte sich auf sechs bis acht Stunden, die wöchentliche Arbeitszeit auf 35 bis 38 Stunden. Entsprechend stieg die nicht der beruflichen Erwerbstätigkeit dienende Freizeit. Oftmals sprechen wir deshalb von einer Freizeitgesellschaft.

Eine andere Begriffsbestimmung versteht unter Freizeit „die frei verplanbare Zeit“. Der hierbei zugrunde liegende Grundaspekt relativiert den eben dargestellten Anstieg der Freizeit. Auch die nicht unmittelbar der Erwerbstätigkeit dienende Zeit ist nur begrenzt frei verfügbar.

So bedingt die heute geforderte berufliche Mobilität und Flexibilität oftmals längere Arbeitswege. Zudem werden heute zahllose Tätigkeiten auf den einzelnen abgewälzt, die früher von anderen geleistet wurden und viel Zeit kosten.

Arbeitsstunden von Handwerkern sind so teuer, daß erforderliche Arbeiten an Haus, Garten und Auto für viele nur noch im do-it-yourself-Verfahren durchführbar sind.

Schließlich sei angemerkt, daß manche Bürger ihre verfügbare „Freizeit“ zu einem zweiten Broterwerb nutzen. Da werden die verschiedensten Dienstleistungen, wie Tapezier-

ren, Malern, Maurer- oder Gartenarbeiten von privaten Anbietern nach Feierabend oder am Wochenende ausgeführt.

Eine Umfrage unter 2000 Bundesbürgern im Jahre 1991 ergab, daß (neben Hobbys) z.B. folgende Tätigkeiten von der Mehrzahl eindeutig der Freizeit zugeordnet werden: „mit der Familie zusammen sein“ (75 % der Befragten), „mit Kindern spielen“ (66 % der Befragten) und „Hund ausführen“ (50 %). „Mitarbeit in einer sozialen Organisation“ wurde nur von ca. 21 % der Befragten in jedem Falle als Freizeit verstanden.

Von einem beträchtlichen Teil der Befragten wurden folgende Tätigkeiten keinesfalls als Freizeitbeschäftigung eingestuft: „Hausarbeit“ (59 %), „Mitarbeit in der Gewerkschaft“ (48 %), „Kindererziehung“ (35 %), „Mitarbeit in Gemeinde, Kirche oder einer sozialen Organisation“ (jeweils 31 bis 34 %).

Diese und andere Beispiele zeigen, daß eine allgemeingültige Definition der Freizeit und ein allgemeingültiges Verständnis von Freizeitbeschäftigung nicht gegeben werden kann. Was vom einzelnen jeweils als Freizeit angesehen wird, unterliegt sehr stark individuellen Unterschieden und subjektiven Wertungen.

Welche Änderungen im Freizeitverhalten sind zu beobachten?

Steigender wirtschaftlicher Wohlstand und der ständig gestiegene Umfang der Freizeit haben in den letzten 20 bis 30 Jahren gravierende Veränderungen in unserer Gesellschaft nach sich gezogen.

Gestiegene finanzielle Unabhängigkeit und gestiegene finanzielle Spielräume des einzelnen führten zu einem steigenden Individualismus, zum Bedeutungsverlust der Familie (Zerfall der Großfamilie, 49 % Singlehaushalte), zu steigendem Egoismus, Entsolidarisierung und Überbewertung materieller Werte. Es gibt das Schlagwort vom „Volk auf dem Ego-Trip“.

Durch den größeren Umfang der Freizeit gewinnt diese einen immer höheren Stellenwert. Freizeit darf viel kosten. Dies führte zu einer steigenden Kommerzialisierung der Freizeit. Ganze Freizeitindustrien sind entstanden. Freizeitcenter schießen aus dem Boden. Insgesamt bieten unzählige Freizeitangebote fast unendliche Auswahlmöglichkeiten.

Die Anzahl unterschiedlicher Freizeitangebote macht es unmöglich, alle interessanten Möglichkeiten wahrzunehmen. Dies zwingt dazu, die Freizeitbeschäftigungen sorgfältig zu wählen. Man will ja nichts durch eine falsche Wahl versäumen.

Zu viele Freizeitaktivitäten führen schon zum Freizeitstreß. Der Terminkalender für die Freizeitgestaltung ist bei manchem wichtiger und umfangreicher als der berufliche.

Das Bestreben, möglichst viele aktuelle Freizeitangebote

Mit dem Beitrag wird das Referat von Prof. Stefan H. Goßner, Wasserwacht im BRK, beim Wasserrettungssymposium am 26. September 1998 in Augsburg wiedergegeben.

wahrnehmen zu können, hat zur Folge, daß einzelne Freizeitbeschäftigungen nur für kürzere Dauer ausgeübt werden. Dies verbietet natürlich eine längerfristige Festlegung auf eine einzelne Betätigungsart, es läßt auch keine langfristigen Bindungen an eine Organisation zu.

Welche Anforderungen muß heute eine Freizeitbeschäftigung erfüllen?

Die Freizeitbeschäftigung muß Spaß machen. Gesucht wird „der besondere Kick“. Gefragt ist ein hoher Erlebniswert, immer wieder neues, Einsatz an entfernten Orten. Routinetätigkeiten gelten als „blöd“.

Die Freizeitaktivität muß Attraktivität besitzen. Man muß damit angeben können, um in der „Erlebniskonkurrenz“ mithalten zu können

Unabdingbar sind gesellschaftliche Akzeptanz und Anerkennung, um Fremd- und Selbst-Isolierung zu vermeiden.

Eine Erweiterung des Wissenshorizontes sowie Vorteile für die eigene persönliche Weiterentwicklung stellen weitere Motive für die Wahl einer Freizeitaktivität dar.

Freizeitaktivitäten müssen Erfolgserlebnisse mit sich bringen. Eigene Ideen sollen sich verwirklichen lassen. Viele suchen in ihrer Freizeitaktivität bewußt oder unbewußt jenen Erfolg und vielleicht sogar jene Karriere, die ihnen im Beruf versagt geblieben sind. Schließlich muß Zeit für andere Freizeitaktivitäten bleiben.

Dies sind die wichtigsten Anforderungen, die Menschen heute an ihre Freizeitaktivitäten stellen. Natürlich können die Schwerpunkte individuell unterschiedlich liegen.

Was ist ehrenamtliche Tätigkeit?

Der Begriff „Ehrenamt“ entspringt der preußischen Städtordnung Freiherr von Steins. In anderen Sprachen ist die

Rede von „Friwillige“, „volunteers“, „benevolos“, also auf Deutsch von „Freiwilligen“

Der Begriff „Ehrenamt“ läßt bürokratische Strukturen erahnen, „Freiwilligkeit“ deutet eher auf offenere, flexiblere Elemente hin.

In ihrer Antwort auf eine Große Anfrage zur Bedeutung des Ehrenamtes für unsere Gesellschaft definiert die Bundesregierung als ehrenamtliche Tätigkeit „jede freiwillig erbrachte, nicht auf Entgelt ausgerichtete außerberufliche Tätigkeit, die am Gemeinwohl orientiert ist“. Weiterhin liest man: „Es besteht kein Widerspruch zwischen freiwilligem Engagement und der Selbstverwirklichung des einzelnen“.

Eine Projektgruppe des DRK hat seit 1996 „Strategische und verbandspolitische Empfehlungen“ zum Ehrenamt im DRK erarbeitet. Darin wird als ehrenamtliche Tätigkeit „freiwillige Tätigkeit, bei der Zeit, Wissen und Können unentgeltlich zum Wohl der Gemeinschaft und zur eigenen Selbstverwirklichung eingebracht werden“.

Beide Definitionen stellen die Merkmale „Freiwilligkeit“ und „Unentgeltlichkeit“ in den Vordergrund. Unentgeltlich bedeutet hierbei Tätigkeit ohne Bezahlung. Erstattung nachgewiesener Auslagen ist zulässig. Auch nicht-geldliche (unbare) Gegenleistungen, wie Ehrungen und Auszeichnungen sind erlaubt. Als zusätzlicher Aspekt wird die Selbsterfüllung des einzelnen genannt. Diese war unausgesprochen von jeher ein Motiv ehrenamtlicher Tätigkeit, wird jetzt aber ausdrücklich legitimiert.

Abgrenzungsprobleme der ehrenamtlichen zu neben- oder hauptberuflicher Tätigkeit werden gesehen, „wenn Aufwandsentschädigungen oder finanzielle Anerkennungen ein Ausmaß erreichen, bei dem nicht mehr von Ehrenamtlichkeit gesprochen werden kann“.

Wegen des Fehlens einer finanziellen Abgeltung ist eh-

renamtliche Tätigkeit (von Ausnahmen abgesehen) nur in der nicht der Erwerbstätigkeit dienenden Freizeit möglich.

Statistische Erhebungen zeigen, daß 16 % der Deutschen (im Alter von 12 oder mehr Jahren) ehrenamtlich tätig sind. Prinzipiell zu ehrenamtlicher Tätigkeit bereit sind jedoch 32 %.

Deutschland ist nach diesen Erhebungen eher Schlußlicht in Europa, wo im Durchschnitt 27 % der Menschen ehrenamtlich tätig sind (in Holland angeblich sogar 38 %).

Was bedeutet das geänderte Freizeitverhalten für ehrenamtliche Tätigkeiten im allgemeinen?

Der Prozeß der Pluralisierung und Differenzierung hat auch das ehrenamtliche Engagement der Menschen erfaßt.

Frühere (idealistische) Motive für ehrenamtliche Tätigkeit wie religiöse und humanitäre Gründe, Hilfsbereitschaft, moralische Verpflichtung, Mitverantwortung tragen, Zuwendung geben, haben für die Mehrzahl keine zentrale Bedeutung mehr.

Ehrenamtliche Tätigkeit z.B. in Wohlfahrtsorganisationen gilt als langweilig, wenig neues bietend, fremdbestimmt, mit unerwünschten Verpflichtungen verbunden, von Kompetenzgerangel gestört, nicht attraktiv. Über eine solche Aktivität redet man besser nicht, noch besser, man übt sie nicht aus.

Heute ist vielen Menschen Freizeit wichtiger als Ehrenamt. Man sieht keinen unmittelbaren Nutzen für sich selbst im Engagement für andere

Mit sinkender Bereitschaft, zeitaufwendige Verpflichtungen oder gar Bindungen einzugehen, wächst die Neigung, Leistungen zu „konsumieren“, eigene Leistungen aufzurechnen und Anforderungen zu stellen. Kinder und Jugendliche sprechen (oft) offen aus, was ihre Eltern nicht einmal heimlich dachten: „Was bekomme ich dafür?“

Aufgrund solcher „Rück-
erstattungserwartungen“ wird
bewußt oder unbewußt erwar-
tet, daß „barwerte“ Leistungen
möglichst sofort und erkenn-
bar als barwerter Nutzen ent-
lohnt werden. Eine unbezahlte
Tätigkeit gilt als „Veranstaltung
für die Doofen“, insbesondere
dann, wenn andere für dieselbe
Leistung bezahlt werden.

Eine gewisse Gefahr für das
Ehrenamt liegt daher in der
Tatsache, daß manche früher
vorzugsweise ehrenamtlich
durchgeführten Tätigkeiten,
z.B. im Bereich des Rettungs-
dienstes, inzwischen zu Berufs-
bildern ausgeformt wurden
und heute überwiegend haupt-
oder nebenberuflich durchge-
führt werden. Während früher
soziale Dienste fast ausschließ-
lich ehrenamtlich wahrgenom-
men wurden, hat in den 20
Jahren von Mitte der 70er- bis
Mitte der 90er-Jahre die Zahl
der Hauptamtlichen in der
freien Wohlfahrtspflege von
380000 auf 960000 zugenom-
men.

Bis in die 70er Jahre fand
ehrenamtliche Tätigkeit vor-
zugsweise in etablierten Orga-
nisationen und Wohlfahrtsver-
bänden statt. Seit den 80er
Jahren ist hier eine Trendwen-
de erkennbar. Freiwilliges En-
gagement ist zunehmend
außerhalb der Organisationen
in Selbsthilfegruppen und
Bürgerinitiativen zu beobach-
ten. Die Fähigkeit der Großor-
ganisationen, ehrenamtliches
Potential anzuziehen und an
sich zu binden, nimmt tenden-
tiell ab.

Heinz Janning, Leiter des
Bremer Freiwilligen-Zentrums
formuliert „Die traditionellen
Wohlfahrtsverbände verzeich-
nen einen riesigen Akzeptanz-
verlust.“

Die eher rückläufige Mit-
gliederbewegung von Wohl-
fahrtsverbänden und anderen
Vereinen und Organisationen
ist seit langem auch außerhalb
der Verbände bekannt. Nach-
dem sich aber ein funktionie-
rendes gesellschaftliches und
staatliches Leben ohne ehren-
amtliches Engagement nicht
aufrechterhalten läßt, versu-

chen Regierungen und Staaten
das Ehrenamt wieder in den
Vordergrund zu rücken.

So haben die UN 1985 den
5. Dezember jeden Jahres zum
„Tag der Freiwilligen“ erklärt.
Wir erinnern uns, daß in an-
deren Sprachen der Begriff
„Freiwilliger“ anstelle des deut-
schen Begriffes „Ehrenamtli-
cher“ üblich ist. Auch in
Deutschland haben Regierun-
gen ähnliche Maßnahmen er-
griffen. In Nordrhein-Westfa-
len wurde das Jahr 1993 zum
„Jahr des Ehrenamtes“ erklärt.
1994 war das „Jahr des Ehren-
amtes“ in Bayern. Leider wis-
sen wir aus vielen anderen Bei-
spielen, daß solche Gedenкта-
ge oder Gedenkjahre zwar Zei-
chen einer erkannten Notlage
sind, aber selten große Abhilfe
nach sich ziehen.

Welche Konsequenzen hat das geänderte Freizeitverhalten für das Rote Kreuz?

Dem Roten Kreuz ebenso
wie anderen Wohlfahrtsverbän-
den, Vereinen und Organisa-
tionen wird es zunehmend
schwerer, neue Mitglieder zu
gewinnen, die bereit sind, Auf-
gaben für andere wahrnehmen.

Wir haben festgestellt, daß
eine ehrenamtliche Tätigkeit
nur während der Freizeit aus-
geübt werden kann. Mißt man
nun die aktive Mitarbeit in der
Wasserwacht oder einer ande-
ren Rot-Kreuz-Gemeinschaft
mit den heute an eine Freizeit-
beschäftigung gestellten An-
forderungen, so wird eines
klar: Für viele stellt eine Mitar-
beit im Roten Kreuz kein at-
traktives Freizeitangebot dar.

Während man möglichst je-
derzeit von einer Freizeitbe-
schäftigung zur nächsten
wechseln will, ist Rot-Kreuz-
Arbeit eher auf lange Sicht
konzipiert.

Während tausend attraktive
Handlungsalternativen locken,
bietet die Arbeit in einer Rot-
Kreuz-Gemeinschaft (schein-
bar) nur wenige Handlungs-
freiräume. Wo man möglichst
täglich etwas Neues erleben
will, droht sehr viel Routine.

Man möchte mit seinen
Freizeitaktivitäten allgemeine
Anerkennung erfahren. Rot-
Kreuz-Arbeit leidet heute aber
(wenn auch unbegründet) viel-
fach unter einem Mangel an
gesellschaftlichem Ansehen.

Während ein absehbar lang-
fristiger Zeitaufwand von der
Mehrheit abgelehnt wird, ist
punktuelles, kurzfristiges, le-
diglich projektbezogenes, be-
fristetes Mitwirken im Rah-
men ehrenamtlicher Tätigkeit
bei uns kaum möglich.

Aber nicht nur die Gewin-
nung neuer aktiver Mitglieder
gestaltet sich immer schwieriger,
auch die Dauer einer aktiven
Mitgliedschaft ist eher
rückläufig. Unzureichende
Einarbeitung, geringe Profes-
sionalität, steigender Zeitauf-
wand, begrenzte oder fehlende
Mitbestimmung und Mitver-
antwortung, verkrustete Orga-
nisationsstrukturen, finanzielle
Opfer, zunehmender Erfolgs-
druck, fehlende Anerkennung
sind einige Gründe, die hier
genannt werden müssen. Man-
cher fragt sich auch, ob sich
ehrenamtliche Tätigkeit lohnt,
wenn andere für dieselbe Ar-
beit im Roten Kreuz bezahlt
werden.

Angesichts solcher Randbe-
dingungen findet sich schnell
ein attraktiveres Freizeitange-
bot außerhalb unserer Reihen.

Auch die Bereitschaft,
Führungsämter zu überneh-
men, nimmt ab. Der Übernah-
me von Verantwortung gehen
heute verstärkt Willensbil-
dungs-, Abwägungs- und Ent-
scheidungsprozesse voraus.
Zunehmende Belastung durch
mehr Aufgaben sowie Vernach-
lässigung von Familie und
persönlichen Interessen durch
zu hohe zeitliche Inan-
spruchnahme sind Gründe,
die hier Einfluß gewinnen.
Bürokratische Strukturen so-
wie Konkurrenz zwischen Eh-
renamtlichen und Hauptamtli-
chen garantieren eine Menge
Ärger, sie versprechen aber
nicht jenen Erfolg, der allein
Anreiz zur Übernahme eines
Führungsamtes sein könnte.

Es ist uns bisher nicht ge-
lungen, gewandelte Motive

und Wertstellungen in unsere Handlungs- und Organisationsstruktur zu übernehmen. Dies wird notwendig sein, soll das Ehrenamt im Roten Kreuz wieder attraktiver werden.

Wie kann das Rote Kreuz den Problemen durch geändertes Freizeitverhalten begegnen?

Wir haben gesehen, daß die ehrenamtliche Tätigkeit in der Wasserwacht, im Roten Kreuz im Vergleich zu den zahllosen anderen Freizeitalternativen oftmals nicht attraktiv genug ist.

Es wäre daher falsch, darauf zu warten, daß die Menschen getreu Goethes Wahlspruch „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut“ von idealistischen Motiven getrieben schon von selbst (wieder) zu uns kommen würden. Es wäre auch falsch, darauf zu warten, daß öffentliche Aufrufe, staatliche Resolutionen, Gedenktage des Ehrenamtes usw. unsere Akzeptanzprobleme lösen könnten. Wir müssen diese Probleme selbst in Angriff nehmen, wir müssen uns selbst aus unserer Verkampfung und Selbstfesselung befreien.

Vereinzelt wurde und wird im Deutschen Roten Kreuz der Versuch gemacht, durch mehr oder weniger hohe finanzielle Vergütungen dem Ausfall ehrenamtlichen Engagements zu begegnen. Dies ist jedoch ein gefährlicher Ansatz. Über den tatsächlich aufgetretenen finanziellen Aufwand hinausgehende Aufwandsentschädigungen oder Bezahlung sind mit dem Status des Ehrenamtes nicht vereinbar. Sie wecken Begehrlichkeiten und schaden dem Ehrenamt. Hier muß man sehr genau abwägen, wie weit man gehen darf.

Bezahlung der Ehrenamtlichen ist keine zielführende Lösung. Es müssen andere Wege beschritten werden, die Attraktivität einer aktiven Mitarbeit im Roten Kreuz und der Wasserwacht zu erhöhen.

Klaus Riegert schreibt richtigerweise: „...die Bürgerinnen

und Bürger.. wollen stärker denn je ihre individuellen Bedürfnisse und Neigungen berücksichtigt sehen, bei der zeitlichen Beanspruchung, bei der Zuordnung von Tätigkeiten, bei deren Gestaltung und bei Entscheidungsabläufen“.

Um wieder verstärkt neue Mitglieder gewinnen zu können, müssen daher zahlreiche neue Strategien gewählt werden:

Da sich die Menschen heute nicht mehr langfristig binden wollen, müssen mehr locker anbindende Angebote gefunden werden. Beispielsweise kann man bei größeren Einsätzen, bei denen das eigene Personal nicht ausreicht, qualifizierte Nichtmitglieder zu einer Mitarbeit einladen. Externe Fachleute lassen sich oftmals für eine zeitlich begrenzte Mitarbeit gewinnen. Mancher der so Kontakt zu uns bekommt, schließt sich uns anschließend vielleicht längerfristig an. Berührungspunkte zu konkreten Aufgabenbereichen erleichtern den Einstieg. Wir brauchen differenzierte Tätigkeitsangebote, um auch dort attraktiv zu sein, wo (zunächst) nur eine Bereitschaft zu zeitlich begrenztem Einsatz vorhanden ist.

Solche neuen Strategien müssen kombiniert werden mit zielgerichteten PR-Maßnahmen und einer verbesserten Image-Pflege.

Um die Zielgruppe der Jugendlichen kümmern sich viele Organisationen, wie Kirchen, Parteien, Gewerkschaften, Feuerwehren, Sportvereine, DLRG, sowie zahllose (andere) Vereine mit unterschiedlichsten Interessen. Um hier konkurrenzfähig zu sein, bedarf es besonderer Anstrengungen. Mögliche Ansatzpunkte könnten z.B. sein: In der Öffentlichkeit durchgeführte Wettbewerbe, Einladung von Schulklassen, Schnupperangebote, Würdigung ehrenamtlicher Tätigkeit von Schülern in Zeugnissen usw. In jedem Falle ist zu berücksichtigen, daß bei Kindern und Jugendlichen nicht

so sehr das Pflichtgefühl im Vordergrund eines Tuns steht, vielmehr muß es Spaß machen.

Die unbestritten beste und durch nichts zu ersetzende Maßnahme ist natürlich die Bestellung eines ideenreichen, fähigen und aktiven Jugendwartes. Mit ihm steht und fällt jede Jugendarbeit in der Wasserwacht.

Angesichts der zahllosen Alternativen zu einer ehrenamtlichen Mitarbeit in der Wasserwacht sind auch geeignete Maßnahmen und Randbedingungen erforderlich, mit denen sich aktive Mitglieder möglichst dauerhaft an die Wasserwacht binden lassen. Auch hier besteht vielfacher Handlungsbedarf. Dies beginnt mit einer intensiven Betreuung in der Integrationsphase von neuen Mitgliedern. Hier müssen neigungs- und qualifikationsorientierte Einsatzmöglichkeiten gefunden und vorbereitet werden. Patensysteme können diese Integration wesentlich erleichtern und das Neumitglied (aber auch den Paten) stärker in der Organisation verankern.

In der Folge können sog. Fördergespräche die Bindung an die Organisation festigen. Sie sollten jährlich mit jedem einzelnen aktiven Mitglied geführt werden. Dabei ist die Arbeit des letzten Jahres zu besprechen, der Einsatzbereich für das nächste Jahr ist abzustimmen, der Aus- und Weiterbildungsbedarf ist zu überprüfen, Eignung und Neigung für Führungsaufgaben sind zu ermitteln, existierende Probleme sind abzuklären und zu lösen und Anerkennung für erbrachte Leistungen kann ausgesprochen werden.

Die Leistungsfähigkeit und die Leistungsbereitschaft des Einzelnen lassen sich mit der Höhe der Anforderungen steigern. Aus diesem Grunde sollte die Mitarbeit jedes einzelnen aktiven Mitglieds ständig gefordert werden. Nachdem die Leistungsfähigkeit und die Leistungsbereitschaft der Einzelnen unterschiedlich sind,

muß dies sorgfältig einbezogen werden. Der Einzelne soll möglichst genau für jene Aufgaben eingesetzt werden, für die er besonders qualifiziert und motiviert ist, und die mit seiner individuellen zeitlichen Einsatzbereitschaft vereinbar sind. Zeitliche und qualifikationsbezogene Über- und Unterforderungen der Mitglieder müssen auf jeden Fall vermieden werden. Über- und Unterforderungen demotivieren gleichermaßen.

Wir sollten uns auch von einer Tendenz verabschieden, daß jeder jede der zahlreichen Ausbildungen absolvieren muß, um als aktives Mitglied gelten zu dürfen. Vorstellbar sind gestaffelte Aktiven-Level, wie z.B. aktiver Rettungsschwimmer, Wasserrettungsassistent, Wachleiter, Einsatzleiter.

Nach Möglichkeit ist zu vermeiden, daß die Tätigkeit der Mitglieder zur reinen Routine verkommt. Ein Aufgabenwechsel zur richtigen Zeit, fachbereichs- oder gar gemeinschaftsübergreifende Aufgaben können die Motivation erhalten und fördern.

Es ist für eine ausreichende finanzielle Ausstattung der ehrenamtlichen Tätigkeitsfelder Sorge zu tragen. Wenn sich die Mitglieder ihre Einsatzbekleidung selbst kaufen müssen, wenn notwendige Unkosten ständig selbst getragen werden müssen, wenn auf dem Markt erhältliche Gerätschaften für den Wasserrettungsdienst nicht beschafft werden können, dann ist die Attraktivität einer aktiven Mitgliedschaft im Roten Kreuz und der Wasserwacht bald nicht mehr gegeben.

Wenn auch eine geldliche Vergütung für ehrenamtliche Tätigkeiten abzulehnen ist, so heißt dies doch keineswegs, daß wir bewußt oder unbewußt vorhandene Rückerstattungswünsche nicht nutzen dürften, um die Arbeit im Roten Kreuz und insbesondere bei der Wasserwacht attraktiver zu machen. Wir müssen möglichst viele Wege der nicht-

geldlichen, der unbaren Vergütung gehen. Der ehrenamtlich Tätige muß erkennen, daß er selbst auch etwas durch seinen Einsatz gewinnt. „Bootfahren, ohne eigenes Boot kaufen zu müssen“, „Zutritt zu Konzerten, Veranstaltungen, Sportfesten ohne Eintritt bezahlen zu müssen“, „Urkunden für durchgeführte Tätigkeiten“, „Ehrungen schon für jüngere Mitglieder“, „mehr auf einzelne Einsätze bezogene Anerkennungen und Ehrungen“, „Weiterentwicklungsmöglichkeiten“ (auch beruflich nutzbare Weiterbildung), „Dank im Fördergespräch“, „ein Arbeitszeugnis, das beruflich genutzt werden kann“ sind nur einige Beispiele. Vielleicht könnten unsere Dienstvorschriften irgendwann auch zulassen, WW-Gerätschaften für private Zwecke auszuleihen (z.B. gegen Leihgebühr). Im Hinblick auf derartige unbare Vergütungen sind möglichst viele gute Ideen gefragt.

Von zentraler Bedeutung ist auch eine Verbesserung der verbandsinternen Strukturen. Flexiblere Organisationsformen für das Ehrenamt, bestmögliche Unterstützung der ehrenamtlich Tätigen durch die Hauptamtlichen, Entlastung der Ehrenamtlichen von verwaltungstechnischen Routinearbeiten, mehr Mitentscheidungsmöglichkeiten der Mitglieder sollten Zielsetzungen sein. Auf diese Weise ließe sich auch die Bereitschaft für Führungsämter steigern.

Wenn ein aktives Mitglied aus unserer Organisation austritt, sollte ein Austrittsgespräch geführt werden. Dabei sollen die Gründe besprochen, evtl. Differenzen ausgeräumt, der Dank für die geleistete Mitarbeit ausgesprochen werden. Wichtig ist jedenfalls, ein Ausscheiden im Ärger möglichst zu verhindern bzw. bestehenden Ärger zu reduzieren. Negative Mundpropaganda läßt sich durch die besten PR-Maßnahmen kaum kompensieren.

Ein letzter Bereich, in dem wir bei der Wasserwacht auf

die geänderten Anforderungen unserer heutigen Freizeitgesellschaft reagieren müssen, ist die Attraktivität der verbandsinternen und der Breitenausbildung.

Verbandsintern sollten gezielt auch solche Ausbildungsmaßnahmen angeboten werden, die im Privatleben oder beruflich von Nutzen sein können.

Von ganz ausschlaggebender Bedeutung ist die Qualität und Qualifikation unserer Ausbilder. Nach meiner Meinung dürfen wir in der Breitenausbildung nur die allerbesten Ausbilder einsetzen. Die schädliche Außenwirkung einer dilettantischen oder fachlich fehlerhaften Ausbildung für das Image der Wasserwacht darf keinesfalls unterschätzt werden. Neue und weniger talentierte Ausbilder sollten sich daher zunächst in der verbandsinternen Ausbildung Erfahrung, Wissen und Sicherheit erarbeiten.

Zum Abschluß sei nochmals aus der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage zur Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeit für unsere Gesellschaft zitiert. Dort heißt es: „Durch freiwillige Arbeit in Vereinen, Organisationen und Initiativen erfahren, erlernen und praktizieren Menschen Gemeinschaftsempfinden, Fairneß, Toleranz, Einsatzfreude, Selbstdisziplin, Durchhaltevermögen - Werte und Tugenden, die für den Zusammenhalt der Gesellschaft von zentraler Bedeutung sind.“

Wenn diese große Bedeutung schon der freiwilligen Arbeit in jeder beliebigen Organisation oder Vereinigung zugeschrieben wird, so dürfen wir sie um so mehr für das Rote Kreuz und die Wasserwacht als eine seiner Gemeinschaften in Anspruch nehmen. Wir sollten es uns zur Pflicht machen, auch unter den geänderten Bedingungen einer modernen Freizeitgesellschaft möglichst viele Menschen in unserem Lande zu einer solchen Mitarbeit in unseren Reihen zu animieren.

Zukunft des Ehrenamtes

Hat das Ehrenamt überhaupt noch eine Zukunft?

Von Rolf Herzbach

1. Die Situation heute

Die mehr als 600jährige Tradition der Vereine in Deutschland hat heute rund 270.000 Vereine geschaffen - mehr als acht Millionen Bundesbürger sind in Vereinen, Verbänden und öffentlichen Ämtern ehrenamtlich engagiert (15 % der Frauen, 20 % der Männer).

Fünf Millionen Jugendliche gehören einem Jugendverband an. Mehr als 75 % aller Jugendlichen vertreten die Auffassung, daß die Menschen sich gegenseitig mehr helfen sollten.

Im Roten Kreuz sind weltweit mehr als 100 Millionen Menschen ehrenamtlich als Freiwillige engagiert, im Deutschen Roten Kreuz rund 300.000 Erwachsene in den Rotkreuzgemeinschaften und 90.000 Jugendliche im Jugendrotkreuz.

Ehrenamtliche leisten in Deutschland unentgeltlich und freiwillig mehr als drei Milliarden Einsatzstunden pro Jahr. Allein beim Deutschen Roten Kreuz sind es mehr als 30 Millionen Stunden, die in überwiegend lebensrettenden Diensten, wie der Wasserwacht, geleistet werden. Das übersteigt bei weitem den reinen Geldwert von geschätzt 60 Milliarden DM Einsparungen für unsere Gesellschaft, die ethisch-moralische Leistung ist unbezahlbar.

Wir könnten also meinen, die Welt sei in Ordnung und uns zufrieden zurücklehnen. Jedoch die Zukunftsforscher - wie Prof. Opaschowski vom BAT-Freizeitforschungsinstitut

in Hamburg es in seinem Buch „Deutschland 2010“ beschreibt - sehen Entwicklungen unserer Gesellschaft von der Arbeitsgesellschaft zur Überflußgesellschaft, die das Ehrenamt in der bisherigen Form in Frage stellen oder gar bedrohen!

2. Zukunftstrends, die das Ehrenamt bedrohen

Immer mehr Vereinsmitglieder flüchten in die Passivität und innere Kündigung. So sind zum Beispiel 25 % der Mitglieder in Sport-, Wander- und Schützenvereinen passiv, bei Feuerwehren oder in Naturschutzvereinen sind es fast 50 % der Mitglieder, beim Roten Kreuz sind es fast 70 % und bei Gewerkschaften und Parteien sind nur noch bis zu 20 % der Mitglieder aktiv.

Dagegen sind Mitglieder in Hobby-Clubs und kleinen spontanen Bürgerinitiativen zu über 90 % aktiv!

Die Flucht aus der Großorganisation, der Trend zur Individualisierung hält seit Jahren an. Im Jahr 2010 werden über 60 % der Deutschen freiwillig keine Organisationsbindung mehr eingehen! Parteien, Gewerkschaften und kirchliche Vereine werden am stärk-

sten betroffen sein, aber auch das Deutsche Rote Kreuz wird hiervon nicht verschont bleiben.

Das Freizeitverhalten wird sich zu einem zwar positiven, aber stärkerem ich-bezogenem Freizeitverständnis wandeln - hin zur „Spaß- und Ego-Zeit“. Pflichtbewußtsein und „Dienen“ vermindern sich, sobald eine Freizeitbeschäftigung Pflichtcharakter bekommt, wendet man sich ab!

○ Eine Entsolidarisierung im Alltag wird auch durch Medien und Unterhaltung gefördert, dadurch nimmt die Individualisierung und Vereinsamung zu.

○ Das breite Spektrum an Konsum- und Freizeitangeboten im Wettbewerb (TV, Kino etc.) zu sozialem Engagement nimmt zu!

Es gibt jedoch eine Reihe von Ansätzen, diesen für Vereine und ehrenamtliche Arbeit negativen Trend zu durchbrechen und positiv zu nutzen.

3. Trends, die man nutzen kann

Ehrenamt hat Zukunft, wenn das Angebot für ehrenamtliche Tätigkeit versucht, die wichtigsten Lebensziele der Menschen ihrem Alter entsprechend zu erfüllen. Dabei erklären schon heute über 90 % den Genuß zum obersten Lebensziel, gefolgt von Sozialorientierung, Ich-Orientierung, Leistungsorientierung und Besitzorientierung! Hohes Einkommen ist nur noch für 50 % das wichtigste Ziel.

Mit dem Beitrag wird das Referat von Rolf Herzbach, Geschäftsführer der DRK-Service GmbH, beim Wasserrettungssymposium am 26. September 1998 in Augsburg wiedergegeben.

Eine Zukunftshoffnung für viele Menschen (45 %) ist es, mehr Zeit für sich zu haben.

Über 11 % der Befragten einer BAT-Umfrage wären bereit, freiwillig und ehrenamtlich in der Nachbarschaftshilfe, im Umweltschutz oder in der Altenhilfe mitzuarbeiten. Diese Bereitwilligkeit zur Hilfe ist in den neuen Bundesländern stärker ausgeprägt.

Mehr als 20 % der Bürger wollen sich bei ehrenamtlichen Tätigkeiten auch weiterbilden!

Der Lebenssinn liegt nicht mehr schwerpunktmäßig in der Arbeit, sondern in der Freizeit!

4. Erfolgreiche Modelle der Zukunft für das Ehrenamt

Hierbei sollten folgende Merkmale viel stärker als bisher beachtet werden:

- Es sollten mehr Spaß und Unterhaltung vermittelt werden.

- Ein vorübergehendes, kurzfristiges Engagement sollte stärker zugelassen werden.

- Weiterbildung mit privatem Nebennutzen sollte gefördert werden (PC, Internet, Kommunikations-Technologie).

- Es sollten kleine Gruppen mit hoher Eigenverantwortung und Selbständigkeit gebildet werden, dabei wenig „Organisation“ und mehr informelle Gruppen bzw. Arbeit.

- Es sollte mehr öffentliche Anerkennung für soziale Leistungen geben, zum Beispiel für das sogenannte „soziale Volontariat“, gleich in welchem Alter durch einen Vermerk in Schulzeugnissen, Arbeitszeugnissen, bei Einstellungen, bei Beförderungen etc. und gesellschaftlich gefördert werden.

- Für die Ausübung des Ehrenamtes sollten Freistellung bzw. Sonderurlaub wieder stärker gefördert werden, auch durch steuerliche Begünstigungen der betroffenen Firmen.

- Für ehrenamtlich Tätige sollte es deutlich meßbare Steuerbegünstigungen geben. Denn wer ehrenamtlich tätig ist, sollte nicht finanziell bestraft werden!

- Eine verbilligte Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln oder Kultureinrichtungen sollte ermöglicht werden, wie für Schüler und Studenten.

- Es sollten Treffpunkte für Bürgerdienste eingerichtet werden, zum Beispiel beim Roten Kreuz, um Angebote für ehrenamtlich Tätige je nach Neigung und Fähigkeit, nach Engagement und Zeitopfer richtig zu vermitteln.

- Es sollte mehr hör- und sichtbare Beiträge der Medien, vor allem aber auch der Kunst und Kultur geben, die direkt oder indirekt Vorbilder im Ehrenamt schaffen.

Für das Rote Kreuz bedeutet dies die Schaffung neuer Mo-

delle ehrenamtlicher Arbeit, wie kleine Neigungsgruppen, informelle Arbeitskreise und spontane Rotkreuzinitiativen (auch kurzfristig), die entsprechend durch ein professionelles hauptberufliches Management unterstützt und beraten werden.

Die Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Ressourcen für neue ehrenamtliche Freiwilligen-Initiativen, auch für Spiel- und Übungsmaterial, Technik und Fortbildung sowie „Vereinsleben“ kann zum Beispiel durch die Bündelung hauptberuflicher Dienstleistungen und die Nutzung von Synergien durch Zusammenschluß mehrerer Kreisverbände in gewachsenen Regionen sehr gefördert werden. Ziel der Gründung größerer Dienstleistungs- und Kompetenzzentren muß immer sein, zusätzliche Ressourcen für bürgernahe, ehrenamtliche Dienste zu erschließen.

Es gilt: Verdiane Dir Deinen Lebensgenuß - durch Arbeit oder gute Werke! Es gibt nichts Gutes - es sei denn, man tut es!



Das Elend hat einen Namen: Südsudan

Hilfsprogramm des DRK für 50.000 Menschen

Von Rainer Schramm

Im Sudan, dem größten (siebenmal größer als die Bundesrepublik) und heute verschlossensten Land Afrikas, tobt seit über 15 Jahren der mörderischste Krieg des Kontinents. Ein Krieg, von dem wir Europäer nicht mehr wahrnehmen als Fernsehbilder von verhungerten Menschen. Bilder von völlig ausgemergelten Frauen, deren schwacher Lebensinhalt darin zu bestehen scheint, ihre vom Tod gezeichneten Kinder zu ernähren.

Dürre und Krieg - zwei tödliche Garanten

Besonders betroffen von diesem Elend sind weite Gebiete im Südsudan, wo die Menschen zwei großen Gefahren ausgesetzt sind. Seit zwei Jahren herrscht in diesem Landesteil eine Dürrekatastrophe. Damit umzugehen haben die Menschen im Bereich des oberen Nils in Jahrtausenden gelernt; Dürre allein ist hier noch nicht zwingend eine existentielle Lebensbedrohung. Eine weit größere Gefahr geht von marodierenden, bewaffneten Banden aus, die plündernd und brandschatzend das Land verwüsten. Wer sich dagegen wehrt, wird ermordet, Frauen werden vergewaltigt.

In dieser Hoffnungslosigkeit fliehen Zehntausende in die Umgebung größerer Städte, wo sie einen Schutz vor den Übergriffen erwarten. Außer ihrem Leben bringen die Flüchtlinge nur Hunger und Krankheiten in die eiligst entstandenen Lager mit.

Eine unendliche Geschichte

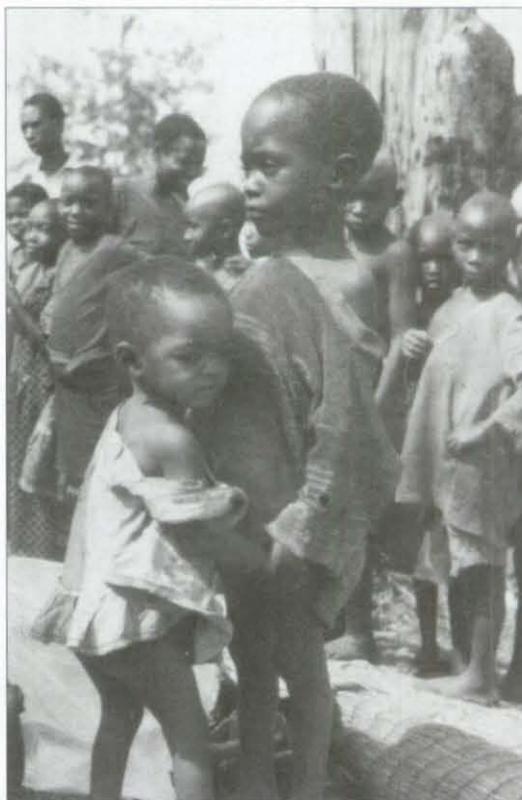
Die Hintergründe für die militärischen Auseinandersetzungen im Sudan sind in einem ethnisch-religiösen Konflikt zu suchen. Die Grundzüge dieses Krieges sind mit wenigen Sätzen erklärt. Aber die Machtansprüche von Obristen und Putschisten, Intrigen und Umstürze, die sich um den Konflikt ranken, lassen daraus eine unendliche Geschichte werden. Der Machtmißbrauch von allen Seiten richtet sich gegen ein geschundenes Volk.

Das Land, eine britische Kolonialschöpfung, ist seit 1956

unabhängig. Seit 1986 ist der Sudan eine islamische Republik. Der Norden ist vom sunnitischen Islam sowie der arabischen Sprache und Kultur geprägt, im Süden leben hauptsächlich christlich orientierte Schwarzafrikaner. Dies alles teilt sich in 572 ethnische Volksgruppen auf.

Der arabisch-islamische Norden versucht nun seit Jahren, den autonomen, überwiegend christlichen Südsudan rechtlich und militärisch zu durchsetzen. Der Süden sieht sich einer fortgesetzten Islamisierungs- und Arabisierungspolitik ausgesetzt. Eine Teilhabe an der Regierungsgewalt blieb

Die internationalen Hilfsmaßnahmen für den Südsudan, an denen sich auch deutsche Hilfsorganisationen beteiligen, lindern vor allem die Not der Kinder.



Eine Vielzahl von Hilfsgütern hat das DRK in die Krisenregion geschickt.



erversorgungsanlagen sowie Fahrzeuge im Gesamtwert von 650.000 Mark in die Krisenregion transportiert. Diese Hilfsgüter sind Bestandteil von zwei Einsatzmodulen in einem Baukastensystem, die sogenannten „Emergency Response Units (ERUs)“, die vom Roten Kreuz entwickelt wurden, um nach Katastrophen und in Konfliktsituationen schnell und qualifiziert eingreifen zu können.

jedoch dem Südsudan verwehrt.

Dies alles stößt in dieser Region auf erbitterten Widerstand und hatte schon vor Jahren die Bildung einer Rebellenarmee zur Folge. Blutige Auseinandersetzungen mit dem Regime sowie Abspaltungen der sogenannten Befreiungsarmeen haben aus der Region einen Unruheherd geschaffen, der die Gefahr in sich birgt, auch Nachbarstaaten in den Konflikt zu ziehen.

700.000 Menschen droht der Hungertod

Die Menschen im Süden des Sudan sind die Leidtragenden eines Krieges, dessen Ideale schnell vergessen waren und dessen Lösung sich nicht abzeichnet. Seit 1983 kamen im Sudan 1,3 Mio. Menschen durch den Krieg ums Leben, unzählige Menschen wurden verstümmelt, 700.000 sind auf der Flucht vom Hungertod bedroht. Nach Aussage eines Sprechers des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) sterben im Südsudan von 10.000 erwach-

senen Flüchtlingen durchschnittlich 69 täglich und von 10.000 Kindern 133.

DRK startete Hilfsprogramm für 50.000 Menschen

Zur Überlebenssicherung im Südsudan startete das DRK gemeinsam mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) im Oktober 1998 umfangreiche Hilfsmaßnahmen für rund 50.000 Menschen. Das Projekt dient der Wasserversorgung sowie dem Basisgesundheitswesen in der besonders hart getroffenen südsudanesischen Region um die Stadt Bentiu. Das Rote Kreuz hat dazu beigetragen, die akuten Gesundheitsprobleme zu reduzieren sowie Seuchen vorzubeugen.

Bentiu gehört zu den weniger zugänglichen Gebieten in der Krisenregion. Mit finanzieller Unterstützung der Bundesregierung hat das DRK mit einem gecharterten Großraumflugzeug vom Typ Iljuschin IL 76 eine Gesundheitsstation, ein Laboratorium, Trinkwas-

Bei den zwei nach Bentiu verfrachteten ERU handelt es sich um ein Modul „Massenwasser“ und ein Modul „Basisgesundheitswesen“. 500.000 Liter aufbereitetes Flußwasser kann täglich durch das Rote Kreuz den Flüchtlingen geliefert werden, die Basisgesundheits-Einheit sichert eine schnelle medizinische Grundversorgung.

Internationales Hilfspersonal

Nach den Hilfsgütern wurde auch das Einsatzpersonal des Roten Kreuzes nach Bentiu geflogen. Das Team besteht aus drei Deutschen (Arzt, Rettungsassistent und Krankenpfleger) sowie einer finnischen Krankenschwester, einem schwedischen Wasseraufbereitungs-Ingenieur und einem österreichischen Chemiker.

Sobald die erste Phase des Nothilfeinsatzes im Südsudan abgeschlossen ist, wird das Einsatzteam den lokalen Kommunen helfen, Grundlagen eines sicheren Wasserversorgungssystems aufzubauen. Dazu dient vor allem die Ausbildung und Aufklärung der örtlichen Bevölkerung. Parallel dazu wird der Sudanese Rote Halbmond in der Handhabung der Einsatzmodule ausgebildet, um diese zu einem späteren Zeitpunkt übernehmen zu können.



Vom Flughafen Hahn im Hunsrück startet die IL 76 Richtung Sudan.

Optimale Unterstützung des Bürgers als Ziel

Arbeitskreis befaßt sich mit dem Thema Integrierte Leitstellen

Der Arbeitskreis Grundsatzfragen der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren (AGBF) hat „Thesen zu Aufgaben, Aufbau und Funktion von integrierten Leitstellen zur nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr in Deutschland“ erarbeitet. Darin wird stichpunktartig beschrieben, daß und wie integrierte Leitstellen den berechtigten Ansprüchen der Öffentlichkeit und der jeweiligen Verwaltungsspitze Rechnung tragen können. Mit Blick auf die grundsätzliche Bedeutung wird der Text des „Leitstellenpapiers“ nachstehend - ohne den Absatz „Vorbemerkung“ - wiedergegeben.

1. Begriffe

1.1 Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr

Unter nichtpolizeilicher Gefahrenabwehr sind Hilfeleistungen bei allen Notfällen im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge zusammenzufassen. Sie lassen sich aus den Regelungen in den Ländergesetzen für

- Feuerschutz und Hilfeleistung
- Rettungswesen
- Katastrophenschutz ableiten.

1.2 Integrierte Leitstelle

Leitstellen sind ständig mit Personal besetzte und mit Fernmeldemitteln ausgestattete Räume, in welchen Notrufe entgegengenommen werden und unverzüglich Maßnahmen getroffen werden, um Personal, Fahrzeuge und Geräte zu entsenden (DIN 14011, Teil

100 (E); ISO 8421-3). Sie alarmieren, koordinieren und lenken Einsatzkräfte und unterstützen die Einsatzleitung (DIN 14011 Teil 9 E).

Bei integrierten Leitstellen kommt es zur vollständigen Durchdringung von Organisation, Technik und Personal. In einer integrierten Leitstelle erledigt ggf. jeder Disponent alle anfallenden Aufgaben unter Nutzung der gleichen Technik nach gleichen Organisationsregeln.

2. Aufgaben

2.1 Definition der Aufgaben

Die integrierte Leitstelle dient dem Bürger in Notfällen als Service-Zentrale. Sie ist Dienstleistungsvermittlungszentrum und hat Pflicht- und Kannaufgaben auszuführen. Sie ist die ständig besetzte „Anlaufstelle“ der kommunalen Gebietskörperschaften.

Pflichtaufgaben sind definiert in den Landesgesetzen für Brandschutz und Hilfeleistung, Rettungsdienst und Katastrophenschutz sowie ggf. weiteren Rechtsvorschriften.

Kannaufgaben beinhalten alle Service-Tätigkeiten, die nicht als Pflichtaufgaben definiert sind, für die keine öffentliche Institution oder kein einschlägiges Gewerbe grundsätzlich oder rechtzeitig zur Verfügung steht oder für die entsprechende Vereinbarungen vorliegen.

2.2 Aufgabenerledigung

Die Aufgabenerledigung erfolgt durch

- Annahme von Hilfeersuchen

- Zuordnung der Einsatzkräfte zum Einsatzgeschehen
- Alarmierung der Einsatzkräfte
- Unterstützung der Einsatzleitung
- Information - intern und extern
- Vorbereitende Maßnahmen
- Dokumentation
- Vermittlung und Übernahme von Dienstleistungen

Die genannten Tätigkeitsbereiche umfassen folgende Aufgaben:

Annahme von Hilfeersuchen:

- Notrufaufnahme aus Notruf „112“, Gefahrenmeldeanlagen, Fernsprechanlagen, Direktleitungen, Hausnotruf u. ä.
- Beratung per Telefon für Sofortmaßnahmen bei medizinischen und allgemeinen Notfällen

Zuordnung der Einsatzkräfte:

- Auswahl der zum gemeldeten Ereignis zu alarmierenden Einheit
- Anwendung von Alarmplänen
- Anwendung von Indikationskatalogen
- Anwendung von Dispositionsstrategien

Alarmierung der Einsatzkräfte:

- Auswahl und Bedienung der optimalen Alarmiereinrichtung für die festgelegten Einheiten, z. B. Wachalarm über akustisches Signal und Rundspruch, Personenruf, Funkalarmierung über Funkmeldeempfänger, Rundspruch, Sirene, Telefon

- Alarmierung von zusätzlichen Einsatzkräften (z. B. Kräfte anderer Einsatzbezirke, Nachbarschaftshilfe, Freischichten, Fachämter, Spezialisten, Fremdfirmen, Einheiten für Großschadenslagen)
- Sicherstellung der Alarmierung

Unterstützung der Einsatzleitung:

- Funktion als Führungsmittel der Einsatzleitung
- Bereitstellen von Informationen, z. B. über Anfahrten Spezialobjekte Gefahrgut/Gefahrstoffe Spezielle Einsatzmittel Temporäre einsatzbezogene Erkenntnisse
- Vermittlung von Betten (Auswahl eines geeigneten Zielkrankenhauses)
- Vermittlung von Spezialisten, z. B. medizinisches Fachpersonal, TUIS
- Übernahme von Stabsfunktionen
- Funküberwachung
- Aufbau von Funkverbindungen
- Abfrage von Status- und Lagemeldungen
- Anregung höherer Alarmstufen und sonst. standardisierter Maßnahmen
- Abwicklung standardisierter Alarmierungsabläufe

Information:

- Benachrichtigung von Polizei, Fachämtern, Krankenhäusern, vorgesetzten Verwaltungsebenen, anderen Behörden, politischen Vertretern
- Öffentlichkeitsarbeit - Medien
- Warnung und Information der Bürger

Einsatzvorbereitende Maßnahmen:

- Erstellen und Pflegen von Einsatzunterlagen (Datenbanken, Karteien):
Objekte
Straßen, -sperrungen,

- Anfahrten
Einsatzmittel
Nachschub- und Ergänzungsmittel
Adressen
Telefonnummern
Bettennachweis (incl. Spezialbetten)
- Praktische Ausbildung von Leitstellennachwuchspersonal
- Betreuung der Technik

Dokumentation:

- Bedienung und Wartung der Dokumentationsanlage
- Protokollführung bei Einsätzen
- ggf. Tagebuch zur allg. Dokumentation

Vermittlung und Übernahme von Dienstleistungen:

- Einsatz von angegliederten Kräften für Handwerker- und Servicedienste, wie Schlüsseldienste, Sicherungsdienste, Wasserschadenbeseitigung, Sturmschadenbeseitigung, Verkehrsicherung u. ä.
- Überwachung technischer Einrichtungen mittels Überwachungszentrale für eigene und fremde Objekte
- Vermittlung fremder Handwerker
- Entgegennahme und Weitergabe von Warnmeldungen über Hochwasser, Sturm, Unwetter
- Hausnotruf mit entsprechender Serviceleistung
- Hausärztlicher Notdienst
- Bedienung der Telefonzentrale für Gebietskörperschaften außerhalb der Bürozeiten
- Bürgertelefon als Instrument einer kundenorientierten Verwaltung außerhalb der Bürozeiten
- Umwelttelefon
- Sonstige Aufgaben

3. Aufbau

3.1 Technische Elemente

Zur technischen Ausstattung einer integrierten Leitstelle gehören folgende ggf. unter-

einander verbundene Grundelemente:

- Notrufeinrichtung
- Telefonanlage
- Brandmeldeanlage
- Gefahrenmeldeanlage
- Funkanlage
- Antennenanlage
- Alarmierungseinrichtungen - Funk, Draht
- zeitgemäße Informations- und Kommunikationstechnik
- Wachalarmeinrichtungen
- Dokumentationsanlage (Kurz- und Langzeit)
- Funkmeldesystem
- Einsatzleitrechner
- Störungsmelderanzeige
- Fahrzeugzustandsanzeige
- Standortkennungsanzeige
- Unterbrechungsfreie Stromversorgung
- notwendige Haustechnik

Die ständig besetzten Arbeitsplätze der Disponenten sind gleichartig auszustatten. Von jedem dieser Arbeitsplätze muß jede Tätigkeit abgewickelt werden können.

Zusätzlich sind mindestens die 1,5fache Zahl der ständig besetzten Arbeitsplätze als Notrufabfrageplätze und Informationsplätze für Bürgerinformation bei Großschadenslagen sowie ein „Masterplatz“ für den Leitstellenführer erforderlich. Die technische Ausstattung der Notrufabfrageplätze kann der eingeschränkten Funktion der Plätze angepaßt sein.

3.2 Personelle Elemente

3.2.1 Personelle Ausstattung

Die Anzahl der ständig anwesenden Leitstellendisponenten ist abhängig von der Notruf- und der Einsatzfrequenz. Mindestens zwei Disponenten müssen jedoch ständig in der Leitstelle anwesend sein.

Für die Bewältigung von besonderen Lagen hat innerhalb von 15 Minuten die benötigte personelle Verstärkung bereitzustehen.

Die Schichten untereinander werden durch einen Leitstellenleiter außerhalb des Schichtdienstes gesteuert und koordiniert. Diesem obliegt die Gesamtverantwortung für die sachgerechte und gleichmäßige Wahrnehmung der Leitstellenaufgaben. Dies beinhaltet auch die Betreuung der technischen und organisatorischen Arbeitsmittel und -unterlagen.

Die endgültige personelle Ausstattung richtet sich nach der Einwohnerzahl des Versorgungsgebietes bzw. der Einsatzfrequenz und der wöchentlichen Arbeitszeit.

3.2.2 Qualifikation des Personals

Die Disponenten müssen über Ausbildung im Rettungs- und Feuerwehrdienst verfügen.

Die Mindestqualifikationen

- Rettungssanitäter
- Feuerwehrführungs-ausbildung mD
- Leitstellenlehrgang

sind erforderlich.

Mehrjährige Einsatzerfahrung in der Mindestqualifikation oder höherwertig ist notwendig. In regelmäßigen Abständen hat das Leitstellenpersonal in beiden Bereichen praktischen Einsatzdienst zu leisten sowie an leitstellen-spezifischen Fortbildungsmaßnahmen teilzunehmen.

4. Funktion

4.1 Notrufnummer

Die integrierte Leitstelle als Service-Zentrale für Notfälle muß für Bürger, die sich in Ausnahmesituationen befinden, einfach erreichbar sein. Die europaweit einheitliche Notrufnummer 112 trägt dem Rechnung.

Von jedem Telefon in jedem Netz muß über die Notrufnummer 112 die für den Bereich zuständige integrierte Leitstelle erreicht werden. Gleiches gilt für automatische Not-

rufe. Der direkte Kontakt zwischen Notrufendem und integrierter Leitstelle kann einsatzentscheidend sein und ist deshalb sicherzustellen.

Die bundeseinheitliche Rufnummer 19222 für den Krankentransport ist beizubehalten. Die bundeseinheitliche Rufnummer 19296 ist als Rufnummer für die Feuerwehr, außerhalb des Notrufs 112, auszubauen. Beide laufen in der integrierten Leitstelle auf. Zur zuständigen Leitstelle der Polizei sind Direktverbindungen vorzusehen. Gespräche müssen vermittelt werden können. Ggf. sind weitere Direktverbindungen zu anderen wichtigen Institutionen oder Einrichtungen vorzusehen (Versorgungsbetriebe, Krankenhäuser u. ä.).

4.2 Versorgungsgebiet

Der Zuständigkeitsbereich einer integrierten Leitstelle kann überregional sein. Leitstellenbereiche von mindestens 500 000 Einwohner sind nicht unrealistisch.

4.3 Trägerschaft

Integrierte Leitstellen gehören in die Trägerschaft der kommunalen Gebietskörperschaften. Sie sind auch das Führungsmittel des zuständigen Hauptverwaltungsbeamten für seine gesetzlichen Aufgaben in der Gefahrenabwehr. Als Kernstück der öffentlichen Notfall-Daseinsvorsorge dürfen sie somit nicht an privaten Interessen ausgerichtet werden.

Bei überregional zuständigen integrierten Leitstellen ist zwischen den betreffenden kommunalen Gebietskörperschaften ein entsprechender Vertrag zu schließen, der die Verantwortung für die Funktionsfähigkeit der Leitstelle klar definiert. Die Vertragspartner mit den angegliederten Kommunen, Organisationen usw. müssen zur Zuarbeit für die Leitstelle verpflichtet werden.

4.4 Wirtschaftlichkeit

Integrierte Leitstellen als Bestandteil der öffentlichen Notfall-Daseinsvorsorge können nicht nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten rentabel sein. Zahl, Größe, Verteilung der Anforderungen sind nur zum kleinsten Teil exakt kalkulierbar. Viele Pflichtaufgaben sind entsprechend gesetzlicher Vorgabe kostenfrei zu erbringen. Die notwendigen Vorbedingungen für exakte Kalkulation sind demnach nicht gegeben.

Trotzdem kann und muß die integrierte Leitstelle nach betriebswirtschaftlichen Prinzipien gestaltet und geführt werden. Es sind Einnahmen zu erwirtschaften, wenn gesetzliche Regelungen nicht entgegenstehen oder dies verlangen. In diesen Bereichen ist Kostendeckung anzustreben.

Die Träger der integrierten Leitstellen haben gemeinsam nach entsprechendem Schlüssel die Finanzierung der integrierten Leitstellen sicherzustellen.

4.5 Ausfallsicherheit

Alle für die Einsatzabwicklung erforderlichen Systeme sind an die unterbrechungsfreie Stromversorgung anzuschließen. Für diese Systeme ist darüber hinaus die Höchstausfallsicherheit nach dem jeweiligen Stand der Technik anzustreben, damit die Funktionsfähigkeit der Leitstelle in wesentlichen Teilen auch bei Totalausfällen einzelner Systeme gewährleistet ist. Es müssen mehrere Rückfallebenen technisch und/oder organisatorisch vorbereitet sein.

Die volle Betriebsbereitschaft der Leitstelle muß nach Teilausfällen in vertretbar kürzester Zeit wiederhergestellt werden können.

Die Frauenkirche in Dresden

Ein einmaliges Beispiel für die Wiederherstellung historischer Bausubstanz

Von Regierungsamtmann Roland Stachowiak, Bundesamt für Zivilschutz

Wer bei einem Besuch der sächsischen Landeshauptstadt Dresden den Zwinger oder die Semperoper bewundert hat, wird bei der Besichtigung der Großbaustelle Frauenkirche sicherlich enttäuscht sein. Hier ist keine barocke Architektur zu bewundern, sondern Baukräne, Maschinen, Gerüste und verhängte Fassaden erzeugen beim Besucher bisweilen eine leichte Enttäuschung.

Man kann sich zwar auf großflächigen Schautafeln über den geplanten Wiederaufbau der Kirche informieren und ein Schaubild an der Westfassade in Originalgröße zeigt den aktuellen Stand der Höhen von Mauern und Säulen. Doch den Besucher interessiert vielmehr: Was geschieht tatsächlich hinter der verhängten Fassade dieses Gebäudes, dessen weltberühmte Kuppel, die „Steinerne Glocke“, die Stadtansicht Dresdens bis zu seiner Zerstörung am 14. Februar 1945 für mehr als 200 Jahre prägte?

Um es vorwegzunehmen: Unter der Leitung des Dresdner Baudirektors Dipl.-Ing. Burger erfolgt die architektonisch aufwendigste und komplizierteste Rekonstruktion eines Bauwerks in der Geschichte der Denkmalpflege - ein bautechnisches „achtes Weltwunder“, bei dem ein 250 Jahre altes Gebäude unter Verwendung historischer Bausubstanz bei gleichzeitiger Einhaltung heutiger Bauvorschriften von Grund auf neu erbaut wird.

Die historische Bausubstanz wurde Stein für Stein aus den Trümmern geborgen. Jeder einzelne Decken-, Mauer- und Fassadenstein wurde vermessen, katalogisiert und anhand

von Original-Bauzeichnungen oder alten Fotos seinem ursprünglichen Platz im Mauerwerk zugeordnet. In langen Regalen auf dem Dresdner Neumarkt aufgereiht warten diese Steine und Bruchstücke auf ihre Wiederverwendung. Die dunklen Original-Sandsteine werden bei dem Riesen-Puzzle etwa ein Viertel des benötigten Baumaterials ausmachen.

Der überwiegende Teil der Frauenkirche, inklusive der neuen Steinkuppel, wird aus hellem Postaer Sandstein bestehen. Nach geplanter Fertigstellung im Jahr 2006 wird sich die Frauenkirche daher, zumindest im unteren Gebäudeteil und im Innern, dann so präsentieren, daß die Besucher unweigerlich an einen „Flickenteppich“ erinnert werden.

Aber nicht nur bei der Verwendung des historischen Baumaterials mußte aus denkmalpflegerischer Sicht ein Kompromiß geschlossen werden. Auch bei der Statik und hinsichtlich der handwerklichen Fähigkeiten und Methoden muß ein bautechnischer Brückenschlag zwischen Barock und Neuzeit gelingen. Beim Wiederaufbau werden neueste Erkenntnisse aus Forschung und Technik umgesetzt: Spezialmörtel soll die Fugen des Mauerwerks vor Erosion und Korrosion schützen und verdeckt eingebaute Stahleinlagen verstärken das Mauerwerk und die acht Pfeiler, von denen später die glockenförmige Steinkuppel getragen wird.

Aber auch individuelles Engagement wird benötigt. Die Steinmetze, Zimmerleute und Maurer müssen sich handwerkliche Fertigungstechniken des Barock aneignen und diese

unter Beachtung heutiger Bauvorschriften anschließend bautechnisch umsetzen.

Der Wiederaufbau der Frauenkirche ist somit der denkmalpflegerisch gewagte Versuch, ein Bauwerk zu schaffen, dem man seine barocke Entstehungsgeschichte ansieht, das keine Kopie werden darf und bei dem man gleichzeitig den Neubaucharakter erkennen soll.

Daß ein solch schwieriges Unterfangen besonders bei Denkmalpflegern ein geteiltes Echo hervorruft, ist eigentlich eine logische Konsequenz aus dem eingeschlagenen Weg beim Wiederaufbau.

Während die einen beim Thema Frauenkirche enthusiastisch vom „achten Weltwunder“ sprechen, ist der Wiederaufbau für die anderen die „größte Todsünde“ in der Geschichte der Denkmalpflege.

Weiterhin dürften sich die Gemüter daran erhitzen, ob hier ein „Welterbe“ restauriert oder neugeschaffen wurde. Mit Sicherheit kann aber schon heute festgestellt werden, daß die Frauenkirche ein schützenswertes Kulturgut im Sinne der Haager Konvention sein wird.

Wahrscheinlich wird diese Diskussion auch noch einige Zeit nach der geplanten Fertigstellung im Jahr 2006 andauern. Letztendlich wird es aber wie bei vielen Dingen im Leben sein: Man wird sich schnell an das neue, alte Bauwerk gewöhnen und die Dresdner und die Besucher dieser Stadt werden sich an dem herrlichen Gebäude erfreuen, das dann mit seiner weithin sichtbaren Kuppel wieder das Panorama der Stadt Dresden beherrschen wird.

Aus der Industrie + Aus der Industrie + Aus

Schnell und variabel

Es gibt viele Situationen, wobei ein schnell und unproblematisch zu erstellender überdachter Raum von großem Vorteil ist, etwa bei Katastrophen, Massenkarambolen auf Straßen, Großbränden, Explosionen etc. Mit einem neuentwickelten „Rollenden Notversorgungsraum“ bietet sich eine unkomplizierte Lösung an.

Das System besteht aus der Kombination Anhänger plus Zelt. Das im Anhänger befindliche Zelt ist so konstruiert, daß es von nur einer Person in kürzester Zeit, komplett bekleidet mit Dach-, Giebelplanen und Seitenvorhängen, auf die gewünschte Größe aus dem Anhänger betriebsbereit ausgefahren werden kann. Der eventuell nicht genutzte Teil des Zeltes kann dabei im Anhänger verbleiben, ohne dessen Nutzbarkeit zu schmälern.

Das Zelt und der Anhänger können auch separat an verschiedenen Orten eingesetzt werden, indem das Zelt ganz aus dem Anhänger ausgefahren und verankert wird.

Bei der Standardausführung beträgt die Gesamtüberdachungsfläche 87 m² (Anhänger 15 m², Zelt 72 m²).

Dipl.-Ing. (FH) Helmut Göttinger
Keltenstraße 7, 86492 Egling
Telefon 0 82 06 / 70 19
Telefax 0 82 06 / 70 20

Kooperation weiter ausgebaut

Der Rauchmelderhersteller First Alert und der Deutsche Feuerwehrverband e.V. (DFV) haben ihre zukünftige Zusammenarbeit in einem Sponsoringvertrag festgelegt. Dadurch wird die seit Jahren bewährte Kooperation der beiden Partner weiter ausgebaut.

Das gemeinsame Ziel, der vorbeugende Brandschutz in Privathaushalten, verbindet die Partner bereits seit mehreren Jahren. Darüber hinaus besteht zwischen dem Versandhaus des DFV und First Alert eine langjährige enge Zusammenarbeit.

Löschanlage für Kleinobjekte

Die neue Löschanlage für Kleinobjekte ist speziell entwickelt worden, um hochwertige Objekte zu schützen und deren Werterhaltung zu sichern. Die Löschanlage mit „intelligenter Löschtechnik“ eignet sich besonders zum Schutz von kleineren, geschlossenen Objekten.

Als Löschmittel wird Kohlendioxid (CO₂) eingesetzt. Die Dimensionierung der Löschanlage erfolgt entsprechend dem zu schützenden Objekt.

Die Löschanlage besteht aus einem mit Kohlendioxid gefüllten Löscheinheit, Steuergerät, Brandmelder sowie verschiedenen Kleinteilen. Jede Anlage kann durch zusätzliche Brandmelder, Handauslöser sowie Sirene oder Blitzlampe erweitert werden. Im Brandfall wird vom Brandmelder oder Handauslöser ein Signal an das Steuergerät übermittelt, welches über einen Druckgasgenerator automatisch die Löschanlage auslöst. Das Löschmittel Kohlendioxid strömt in den umgebenden Raum und das Feuer wird gelöscht. Gleichzeitig wird durch den potentialfreien Kontakt das Objekt „Not/Aus“ geschaltet, die Sirene ertönt und die Alarmweitermeldung erfolgt. Die Anlage ist für maximal zwei Kubikmeter Raumvolumen ausgelegt.

Gloria-Werke
Postfach 1160
59321 Wadersloh
Telefon 0 25 23 / 77 159
Telefax 0 25 23 / 77 295

Steuererklärung per PC

Das ist neu bei Einkommensteuer-Programmen: Zu seinem zehnjährigen Jubiläum bietet ein Rater Unternehmen zusätzlich zu seinem bewährten Programm für die Steuer-Erklärung eine Ratgeber-CD für die Zukunft. So können Steuerzahler nicht nur optimal ihre bald fällige Erklärung für 1998 erstellen, sondern eine Steuerspar-Strategie für die kommenden Jahre entwickeln. Die zusätzliche CD ist Bestandteil des Programmpaketes.

Der Steuer-Planer orientiert sich an einem Beratungsgespräch beim Steuerberater und bietet individuelle Empfehlungen für die Steuergestaltung der kommenden Jahre. Der



Planer wurde mit dem Wirtschaftsmagazin „DM“ entwickelt.

Der komplette Steuer-Manager beinhaltet neben dem Einkommensteuer-Programm den Steuer-Planer sowie zusätzliche Programme für den Antrag auf Lohnsteuer-Ermäßigung und zur Gewinnermittlung für Selbständige.

TK Software
Am Brüll 17
40878 Ratingen
Telefon 0 21 02 / 86 21 - 00

Feuerlöscher mit Automatik

Hinter der Buchstaben-Kombination F 6 AL verbirgt sich ein neuer Feuerlöscher mit Aufladeautomatik. Die Bedienung ist kinderleicht: Einfach gelbe Sicherheitslasche herausziehen und blitzschnell kann gelöscht werden. Einfacher und sicherer kann die Brandbekämpfung nicht sein.

Den Design-Feuerlöscher F 6 gibt es mit den Löschmitteln Pulver, Wasser und Schaum.

Gloria-Werke
Postfach 1160
59321 Wadersloh
Telefon 0 25 23 / 77 159
Telefax 0 25 23 / 77 295

Schutz für Atemluftflaschen

Die Flaschenhülle Protex schützt die Oberfläche von CFK- oder Stahl-Atemluftflaschen vor mechanischen Beschädigungen. Die Flaschenhülle besteht aus einem neuartigen Material, das auf die Anforderungen bei hohen Temperaturen abgestimmt ist. Es ist schwer entflammbar, atmungsaktiv und antistatisch. Selbst bei großer Hitzeeinwirkung kommt es nicht zum Schmelzen, Tropfen oder Schrumpfen der Hülle, vielmehr bildet sich bei Flammenkontakt eine feste, nicht



nachglühende Verkohlungsschicht, die quasi zum Schutzschild wird. Protex ist geprüft nach EN 469 und EN 470.

Dräger Sicherheitstechnik GmbH
Revalstraße 1
23560 Lübeck

Funkmeldeempfänger sicher tragen

Jahr für Jahr entstehen Feuerwehren, Rettungsdiensten und Hilfsorganisationen nicht unerhebliche Kosten für defekte Funkmeldeempfänger nach Sturz, mechanischer Beschädigung oder Geräteverlust.

Mit der neuen universellen Tragevorrichtung HD-15 kommt nun eine Lösung dieses Problems auf den Markt. Ein herausnehmbares Distanzstück erlaubt die Aufnahme großer wie auch kleinerer Modellvarianten (Digitalgeräte).

Die Tasche wurde aus der Kombination von vier verschiedenen Materialien gefertigt, welche eine lange Lebensdauer garantieren.



Hochstabiles PE-Gurtband mit stark schließenden Druckknöpfen und dehnbares Textilband sorgen für den sicheren Gerätesitz. Eine textile Gummizugschnur mit Klettlasche und der rostfreie Sicherungshaken ergänzen die Ausstattung. Das herausnehmbare Inlet ermöglicht die Aufnahme größerer Gerätevarianten.

Hanodor-Ausrüstungsbedarf
Klasse 2
59872 Meschede
Telefon 02 91 / 75 09
Telefax 02 91 / 75 49

Kompetenter Ratgeber

Zugelegt hat die neue Ausführung des Katalogs der SIP-Gruppe, der jetzt in seiner zweiten Auflage vorliegt. Auf 132 Seiten - 50 mehr als bei der Erstausgabe - wird ein umfangreiches Produktsortiment der Hebe-, Anschlag- und Zurrtechnik vorgestellt.

Übersichtlich gegliedert findet sich im Katalog das komplette Programm mit allen wichtigen technischen Daten, Merkmalen und Preisen: Anschlagmittel, Dienstleistungen (Prüf- und Reparaturservice, Schulungen und Seminare), Krane, Krantechnik, Hydraulik, Prallschutz, Ladungssicherung sowie Schutzausrüstungen.

Über die Produktinformationen hinaus enthält der Katalog wieder zusätzliche technische und rechtliche Hinweise und Informationen zur Handhabung und zum Einsatz der angebotenen Anschlag- und Zurrmittel. Zahlreiche praxisorientierte Tips bieten eine sinnvolle Hilfe beim Umgang mit den Produkten sowie Lösungen, Ideen und Anregungen für fast jeden Anwendungsfall.

SIP-GBR
Jülicher Straße 49-51
52531 Übach-Palenberg
Telefon 0 24 51 / 48 31 72
Telefax 0 24 51 / 40 57

Projektmanagement bei Katastrophenschutzübungen

Teil III

Von Oberregierungsrat Manfred Kirk,
Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz im Bundesamt für Zivilschutz

Wesentliches Merkmal eines Projektes ist bekanntlich der definierte Anfang und das definierte Ende. Für ein zielgerichtetes Abwickeln eines Übungsvorhabens ist es erforderlich, zwischen diesen beiden Eckterminen weitere, klar vorgegebene Zeitabschnitte einzufügen. Erst hierdurch wird eine über einen längeren Zeitraum laufende Entwicklung für das Projektmanagement überschaubar und damit kontrollierbar. Dieser Forderung an ein Projektmanagement wurde in den beiden vorhergehenden Beiträgen durch die Überlegungen zur Gliederung des Entwicklungsprozesses (Prozeßorganisation) nachgekommen. Es gilt nun allerdings, mit den folgenden Überlegungen zur Terminplanung die Zeitstruktur von Übungsvorhaben noch deutlicher heraus zu arbeiten.

1. Grundlagen der Terminplanung

Die Prozeßorganisation bei Übungsvorhaben ist hierarchisch aufgebaut, d.h. sie sieht zwei Ebenen vor, nämlich Phasen und ihnen zugeordnete Teilphasen. Damit wird der gesamte Entwicklungsprozeß in einzelne Arbeits- bzw. Zeitblöcke zerschlagen, z.B. im Rahmen der Projektdurchführung in die Planungsphase mit den Teilphasen Konzeptbildung, Szenarioanalyse und Übungsverlauf. Durch den Projektstrukturplan, der den einzelnen Phasen- und Teilphasen Arbeitspakete zuweist, sind weitere, genauere

Zeitbestimmungen möglich, zumindest was die Dauer einzelner, zu erledigender Arbeiten betrifft, da bei der Definition der Arbeitspakete der für die Erledigung der Arbeit benötigte Zeitaufwand mitberücksichtigt wird. Bei der Aufstellung des Projektstrukturplanes für Übungsprojekte wurde darauf geachtet, daß für die Bewältigung eines einzelnen Arbeitspaketes mindestens eine Stunde Arbeit benötigt wird. Die Bedeutung des Projektstrukturplanes ist daher nicht zu unterschätzen. Er stellt - wie bereits an anderer Stelle hervorgehoben wurde - die Grundlage für die gesamte Projekt- und Produktplanung dar. Somit ist er natürlich auch die Ausgangsbasis für die Terminplanung. Eine direkte Ableitung oder Zuordnung von Terminen zu einzelnen Arbeitspaketen ist in der Regel nicht möglich. Da beim Aufstellen eines Projektstrukturplanes im allgemeinen terminliche, personelle und organisatorische Gesichtspunkte unberücksichtigt bleiben, läßt ein solcher Plan noch keine Aussage darüber zu, wer was bis zu welchem Zeitpunkt erledigt haben soll. Erst mit der Aufstellung eines sogenannten Aufgabenplanes werden diese Kriterien in die Überlegungen zur Terminplanung einbezogen. Dieser Aufgabenplan ist das Ergebnis einer sog. Aufgabenanalyse, bei der die einzelnen Aufgaben von den Arbeitspaketen bzw. deren weiterer Unterteilung abgeleitet werden. Bei der Definition von Arbeitspaketen bei Übungs-

vorhaben wurde schon weitgehend darauf Wert gelegt, daß eine 1:1-Zuordnung zu Aufgaben eingehalten wird, da Übungsprojekte eine im Grunde einfache Struktur aufweisen und auch für den Anwender in der Handhabung überschaubar bleiben sollen.

Im Rahmen der Aufgabenanalyse sind folgende Fragen zu beantworten:

Welche Aufgaben sind durchzuführen?

Wer soll diese Aufgaben im einzelnen durchführen?

Welcher Aufwand ist für die jeweilige Aufgabe notwendig?

Wann sollen die einzelnen Aufgaben begonnen werden und wann beendet sein?

Welche fachlichen Voraussetzungen haben die einzelnen Aufgaben und für welche weiteren Aufgaben sind sie selbst fachliche Voraussetzung?

Das Ergebnis einer entsprechend durchgeführten Aufgabenanalyse fließt in den sogenannten Aufgabenplan ein, der eine Zusammenstellung der einzelnen Aufgaben in ihrer sachlogischen Folge und der ihnen zugeordneten Mitarbeiter, Zeitdauer und Termine ist.

Mit den bisherigen Instrumenten „Arbeitsplan“ (Abb. 1) und „Überwachungsliste“ (Abb. 2) wurde auch in der Vergangenheit schon versucht,

- den Gesamtkomplex der Aufgaben zu zergliedern und
- Termine für die Aufgaben-erledigung festzulegen,

Aus- und Weiterbildung

Abb. 1: Arbeitsplan.

Ud. Nr.	Aufgaben/ Tätigkeiten	Verantwortlich
1	- erteilt Auftrag zur Übung mit Angabe des Übungszwecks (Ziele), der Dauer und der Teilnehmer	Die die Übung anordnende Stelle oder Übungsleiter
2	- Auswahl der Übungsart	wie bei 1
3	Erste Erkundung und Auswahl des Übungsgeländes der Übungstrasse und -ort	Vorbereitungsgruppe
4	a) Erarbeitung des Ziel- und Themenplans b) Entwurf der Lage c) Festauf Kurzform des gedachten Verlaufs d) Zusammenstellung von Einzelteilen für die schriftl. Unterlagen zur Besprechung mit der die Übung anordnenden Stelle	Vorbereitungsgruppe
5	Vorklage von: - Ziel- und Themenplan - Entwurf der Lage - Kurzform gedachten Verlaufs - in Klare Einzelheiten für die schriftl. Unterlagen zur Übung Bei der die Übung anordnenden Stelle	Jüngstleiter
6	Genehmigung der in od. Nr. 5 angegebenen Unterlagen und Klärung offener Fragen für die schriftlichen Unterlagen	Die die Übung anordnende Stelle, Übungsleiter
7	a) Ggf. Heranziehung eines Vorberichts für die übenden Kräfte sowie des Leitungs- und Schiedsrichterpersonals b) Ggf. Anordnung der Übung bei Behörden/Polizei/Firmen o.ä.	Übungsleiter
8	a) Zusammenstellung aller erforderlichen vorbereitenden Arbeiten b) Verteilung der vorzubereitenden Arbeiten c) Überwachung der Erledigung der vorzubereitenden Arbeiten	Übungsleiter
9	a) Endgültige Fassung der Lage b) Fixierung des endgültigen gedachten Verlaufs c) Erarbeitung von Befehl für die Übung Befehl für den Leitungs- und Schiedsrichterdienst Befehl für die Öffentlichkeitsarbeit	Vorbereitungsgruppe
10	Vervielfältigung und Verteilung der schriftl. Unterlagen an zuständige Stellen/Firmen	Vorbereitungsgruppe
11	Einweisung des Leitungs- und Schiedsrichterpersonals	Übungsleiter
12	Durchführung der Übung	Leitungsdienst
13	Schlußbesprechung (unverzüglich nach Ende der Übung)	Übungsleiter
14	Sichtung der Schiedsrichtergebogen und Einsatztagebücher der übenden Kräfte für die Auswertung	Auswertegruppe (= Vorbereitungsgruppe)
15	Auswertung der Übung a) als Besprechung mit Führungskräften der übenden Einheiten/Einrichtungen b) als schriftlicher Erfahrungsbereich	Übungsleiter

die durchaus ihren Zweck erfüllen. Da die Anzahl der zu erledigenden Aufgaben und ebenso die Anzahl der Mitglieder der Vorbereitungsgruppe begrenzt sein dürften, ist davon auszugehen, daß sich der Aufwand für die einmalige Terminierung und auch für die weitere Projektverfolgung in einem überschaubaren Rahmen bewegen wird.

Man wird wohl konkret so vorgehen, daß man sich als erstes den vorgesehenen Übungstag eintragen wird. Ebenso unerlässlich ist die Kennzeichnung von Zeiträumen, z. B. Urlaubszeiten, bei denen die Mitglieder der Vorbereitungsgruppe nicht zur Verfügung stehen. In Abhängigkeit davon wird man wohl vom Endtermin zurückrechnen, um u.a. festzulegen,

- wann die einzelnen Treffen der Vorbereitungsgruppe mit welchen Tagesordnungspunkten stattfinden können,
- wann Ortsbesichtigungen erfolgen können,
- wer bis wann welche Dokumente besorgen muß,
- bis wann die Unterlagen fertiggestellt sein müssen,
- bis wann welche Gespräche mit zuständigen Behörden durchgeführt werden müssen.

Dieser entsprechend ausgefüllte Terminplan ist ein wichtiges Kontrollinstrument für die Projektverfolgung in der Hand des Übungsleiters. Zeitliche Verschiebungen bei der Erledigung von Einzelaufgaben müssen auf ihre Bedeutung für die Einhaltung des vorgesehenen Zeitpunktes der Übungsdurchführung hin betrachtet werden. Bei ausführlicher Dokumentation der Zeitplanung lassen sich auch Erfahrungswerte für den Zeitaufwand bei weiteren Übungsjahren gewinnen.

damit auch eine Kontrolle durch den Übungsleiter möglich ist. Hier gilt es, in Zukunft unter Berücksichtigung der Erkenntnisse aus dem Projektmanagement, die Aufgabenanalyse zu verfeinern und letztlich auch weitere geeignete Formblätter zur Verfügung zu stellen.

2. Hinweise zum praktischen Vorgehen

Für die Terminplanung bei Übungsvorhaben werden kei-

ne aufwendigen Computerprogramme benötigt, die es für den Bereich Projektmanagement schon gibt. Somit entfallen auch Netzpläne oder Balkendiagramme als Möglichkeiten der Visualisierung von Zeitabläufen. Es genügt ein einfacher Terminkalender oder ein Ringbuch-Einlegeblatt für den entsprechenden Zeitplaner, mit dessen Hilfe man die terminliche Fixierung der Aufgabenbewältigung vornehmen kann. Es gibt schon für wenig Geld geeignete Planungsmittel,

Überwachungsliste für die Vorbereitung einer Übung						
Überwachungsliste für die Vorbereitung der Übung: am 20.09.1991 Seite 1						
Ud. Nr.	Durchzuführende Arbeit	Verantwortlicher	Hilfskonsole	Zeitbedarf	Termin	Bemerkung
1	Lageplan der Firma XY beschaffen (Problemlösung, Produktanalyse)	Müller			bis 19.07	Sitzungsprotokolle der Vorbereitungsgruppe
2	Lage des Kanarischen Festlandes	Müller			bis 19.07	19.07
3	Ausdruck der Maßnahmen der Leitstelle besorgen	Meier			bis 19.07	02.08
4	Abprache mit Herrn Frau treffen	selbst			31. Woche	23.08
5	Transportisten der DR beschaffen	Schäbe			bis 02.08	
6	Maßnahmen der Wasserbehörde einholen	Schäbe			bis 02.08	
7	Geräte (Pumpen) der Chemiefirma feststellen	Meier			bis 02.08	
8	Einraumungsplan besorgen	selbst			11. Woche	
9	Zahl der Wohnbevölkerung im betroffenen Gebiet feststellen	selbst			32. Woche	
10	Pneumatisches Material beschaffen	Kramer		ca. 4 Wochen	23.08	

Abb. 2: Überwachungsliste.

AUS DEN ORGANISATIONEN



ARBEITER-
SAMARITER-BUND



DEUTSCHE
LEBENS-
RETTUNGS-
GESELLSCHAFT



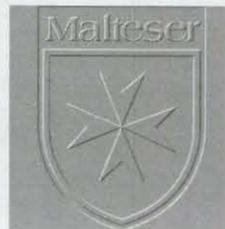
DEUTSCHER
FEUERWEHR-
VERBAND



DEUTSCHES
ROTES KREUZ



JOHANNITER-
UNFALL-HILFE



MALTESER-
HILFSDIENST



VERBAND DER ARBEITS-
GEMEINSCHAFTEN DER
HELFER IN DEN REGIE-
EINHEITEN/-EINRICHTUNGEN
DES KATASTROPHENSCHUTZES
IN DER BUNDES-
REPUBLIK DEUTSCHLAND E.V.
(ARKAT)



TECHNISCHES
HILFSWERK

Verdienste um das Rettungs- und Sozialwesen

110 Jahre Arbeiter-Samariter-Bund

Vor 110 Jahren - am 29. November 1888 gab der erste „Lehrkursus für die Erste Hilfe bei Unglücksfällen“ den wesentlichen Impuls zur Entwicklung der Notfallrettung in Deutschland. Dieses Datum ist zugleich die Geburtsstunde des Arbeiter-Samariter-Bundes, einer der größten Hilfs- und Wohlfahrtsorganisationen Deutschlands.

Arbeits- und Unfallschutz sind heute selbstverständlich. Werkzeuge und Maschinen werden so hergestellt, daß sie gefahrlos bedient werden können. Für bestimmte Tätigkeiten sind Schutzanzüge, Brillen, Helme oder Handschuhe vorgeschrieben, um vor Verletzungen zu schützen. Und falls doch etwas passiert, sind Erste-Hilfe-Kästen in Reichweite, ausgebildete Ersthelfer zur Stelle und - falls notwendig - innerhalb von Minuten auch der Notarzt.

Das war nicht immer so. Aus Betroffenheit darüber, daß sie bei einem schweren Arbeitsunfall nicht helfen konnten, organisierten sechs Berliner Zimmerleute am 29. November 1888 den ersten „Lehrkursus für die Erste Hilfe bei Unglücksfällen“. Die Kurse, die angesichts fehlender Rettungsdienste und mangelhafter medizinischer Versorgung eine „Hilfe zur Selbsthilfe“ darstellten, waren der wesentliche Impuls für die Entwicklung der Notfallrettung in Deutschland und zugleich die Gründungsstunde für den politisch und konfessionell unabhängigen Arbeiter-Samariter Bund (ASB).

Zwar hatten es die Arbeiter-Samariter im konservativ-großbürgerlichen Kaiserreich nicht leicht, Rettungs- und Sanitätsdienste aufzubauen, gleichwohl waren sie so gut ausgebildet, daß viele von ihnen bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges zum Sanitätsdienst eingezogen, an-



Der Zimmererpolier Gustav Dietrich (2. 10. 1851 - 19. 2. 1940) war einer der sechs Berliner Zimmerleute, die am 29. November 1888 den Arbeiter-Samariter-Bund gründeten. Gemeinsam mit seinen Kollegen organisierte er den ersten „Lehrkursus für die Erste Hilfe bei Unglücksfällen“.

dere zur freiwilligen Kriegskrankenpflege aufgefordert wurden.

In den wirtschaftlich und politisch schwierigen Zeiten der Weimarer Republik stellte sich der ASB er-

sten wohlfahrtsstaatlichen Herausforderungen und konnte damit seine Strukturen und seine gesellschaftliche Stellung erfolgreich ausbauen. 1932 waren 52.362 Helfer in 1.574 ASB-Gliederungen aktiv. Deren Ende kam jäh. Die Nationalsozialisten lösten den ASB auf und beschlagnahmten dessen ganzes Vermögen.

In Westdeutschland gründete sich der ASB nach dem Zweiten Weltkrieg wieder. Dagegen blieb er in der DDR verboten. In den Gründerjahren der Bundesrepublik konzentrierte sich der ASB auf seine klassischen Aufgabengebiete wie Sanitäts- und Rettungsdienst, Erste-Hilfe-Ausbildung und Krankentransport. Im Zuge des Kalten Krieges engagierte sich der ASB seit 1952 auch im Luft- und Katastrophenschutz. Angesichts der atomaren Pattsituation zwischen Ost und West und einer drohenden militärischen Auseinandersetzung wurde der Luftschutz für die Zivilbevölkerung ausgebaut.

Der ASB richtete 1953 fünf Luftschutzschulen ein und bildete entsprechendes Lehrpersonal aus. 300

Ein Arbeitsschwerpunkt des ASB: die Kinder- und Jugendhilfe. Neben Kindergärten, -horten und -krippen bietet der ASB eine Reihe von ambulanten und stationären Erziehungshilfen. Sie reichen von der Sozialpädagogischen Familienhilfe über die Tagesgruppenarbeit bis hin zur intensiven sozialpädagogischen Einzelbetreuung.





Jedes Jahr verunglücken Millionen von Menschen im Straßenverkehr, am Arbeitsplatz oder in der Freizeit. Trotz des hochentwickelten Rettungswesens in Deutschland kommt der Ersten Hilfe oft entscheidende Bedeutung zu. Der ASB ist deshalb in der Erste-Hilfe-Ausbildung von Laien sehr engagiert. Im zurückliegenden Jahr nahmen an den verschiedenen Erste-Hilfe-Lehrgängen des ASB über 190.000 Menschen teil.

Helfer wurden in Theorie und Praxis mit den technischen Neuerungen vertraut gemacht; diese nahmen dann wiederum vor Ort in den einzelnen Kolonnen die weitere Ausbildung vor. Die Landesverbände des ASB erhielten Pulmotoren, Strahlenschutzmeßgeräte, Atemschutzmasken sowie fahrbare Einsatzstationen.

Auch bei Naturkatastrophen waren die Arbeiter-Samariter zur Stelle. Bei der großen Sturmflut in Hamburg im Jahre 1962 rollten Katastrophenschutztrupps von ASB-Kolonnen aus dem gesamten norddeutschen Raum in die Hansestadt, um den Eingeschlossenen im Überschwemmungsgebiet zu helfen. Weitere Helfer standen in den Städten Bottrop, Düsseldorf, Essen, Köln, Wuppertal und Ulm in Alarmbereitschaft und trugen Hilfsgüter für das Katastrophengebiet zusammen. Erste Auslandshilfeinsätze kamen in den 60er Jahren hinzu.

Die 80er Jahre waren geprägt vom Aufbau der Kinder- und Jugendhilfe, der Flüchtlingsbetreuung und der Mobilen Sozialen Dienste. Heute kümmern sich in 257 Ambulanten Pflegediensten sowie in 68 Alten- und Pflegeheimen ASB-Fachkräfte um hilfs- und pflegebedürftige Menschen. Zudem bietet der ASB verschiedene Betreuungsformen für

Behinderte und psychisch kranke Menschen an.

Nach 1990 unterstützte der ASB massiv den Aufbau neuer Sozial- und Rettungsdienststrukturen in den neuen Bundesländern. Inzwischen ist der ASB dort mit dem kompletten Leistungsangebot vertreten.

In den 90er Jahren beteiligte sich der ASB konstruktiv an den Diskussionen um die Zivil- und Katastro-



Fritz Tepperwien ist seit 1966 Mitglied im ASB. Bevor der gelernte Rechtspfleger im Februar 1992 zum ASB-Bundesvorsitzenden gewählt wurde, bekleidete er verschiedene Ämter im ASB. Unter anderem war er von 1969 bis 1991 Landesvorsitzender des ASB Bremen sowie seit 1973 stellvertretender Bundesvorsitzender.

Helfen
ist unsere
Aufgabe



Allen Menschen, die Hilfe brauchen.

- In der Bundesrepublik Deutschland wie im Ausland.
- Rund um die Uhr. Schnell. Fachmännisch. Gemeinnützig.
- Jedes neue Mitglied ist willkommen.
- Jede Spende hilft Bedürftigen.

Helfen Sie mit!

Spendenkonto
1888
Postgiroamt Köln
BLZ 370 100 50

Wenn Sie mehr wissen wollen,
schreiben Sie an den
Arbeiter-Samariter-Bund
Sülzburgstraße 140 · 50 937 Köln

phenschutzreform. So übernahm er für die ersten vier Jahre die Geschäftsführung der 1997 von allen im Katastrophenschutz tätigen Organisationen gegründeten „Ständigen Konferenz für Katastrophenvorsorge und Katastrophenschutz“. Dieses Diskussionsforum wirkt auf Bundesebene an der Gefahrenabwehrplanung in Deutschland mit. Als eine der ersten im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen startete der ASB im März 1998 die Ausbildung für Führungskräfte von Katastrophenschutzseinheiten in eigener Regie.

Heute ist der ASB mit 16 Landes- und 279 Orts- und Kreisverbänden überall in Deutschland präsent. Zur Zeit beschäftigt der ASB 13.890 hauptamtliche und noch mal so viele ehrenamtliche Mitarbeiter. 950.000 Mitglieder unterstützen den gemeinnützigen Verein.





Klaus Wilkens neuer DLRG-Präsident

Bundestagung stellt Weichen für die Zukunft

Die ordentliche Bundestagung der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) wählte am Samstag, 17. Oktober 1998, in Lübeck-Travemünde Dr. Klaus Wilkens zu ihrem neuen Präsidenten. Der 56jährige Lüneburger tritt als 15. Präsident der Lebensretter die Nachfolge des Kölner Sportwissenschaftlers Prof. Kurt Wilke an, der nicht wieder für das Amt kandidierte.

Wilkens, im Hauptberuf Dozent für Betriebswirtschaft an der Universität Hamburg, ist seit 27 Jahren ohne Unterbrechung Mitglied im DLRG-Präsidium. Als stellvertretender Bundesjugendvorsitzender begann seine Karriere auf der Bundesebene im Jahr 1971. Danach folgten als weitere Stationen die Ämter als Technischer Leiter und später als Schatzmeister. Seit 1995 war der Familienvater als Vizepräsident zuständig für Wirtschaft und Finanzen.

Im Februar diesen Jahres ernannte die Vollversammlung des Weltverbandes der Lebensretter, die International Life Saving Federation (ILS), Dr. Wilkens in Auckland zu ihrem Vizepräsidenten. Darüber hinaus leitet er als Präsident seit November 1997 den europäischen Regionalverband, die ILS-Europe.



Dr. Klaus Wilkens ist der 15. Präsident der Lebensretter.

Auf der letzten Bundestagung dieses Jahrhunderts wurde das Präsidium in großen Teilen neu besetzt und verjüngt. Zu Vizepräsidenten bestimmte die Versammlung Jochen Brünger (Dortmund), Dr. Detlev Mohr (Potsdam) und Andreas Fischer-Appelt (Hamburg).

Walter Beuchel (Landesverband Braunschweig) wurde als Schatzmeister ebenso wiedergewählt wie der Präsidialarzt Dr. Peter Pietsch. Neu im DLRG-Präsidium sind die beiden Technischen Leiter Ortwin Kreft (LV Niedersachsen) für den Bereich Einsatzdienste und Helmut Stöhr (LV Hessen) für die Ausbildung.

Festakt zum Auftakt

Die Bundestagung wurde am Freitagmorgen mit einem Festakt eröffnet. In seiner Ansprache ging der scheidende Präsident, Prof. Kurt Wilke, ausführlich auf das Motto der Tagung ein: DLRG 2000 - Wasserrettung - aktiv - sportlich - sicher. Er machte deutlich, daß die Wasserrettung seit der Gründung der Gesellschaft das herausragende Aufgabenfeld im Fächerkanon der zahlreichen Spezialdisziplinen der DLRG geblieben sei und auch in Zukunft sein werde. „Auf diesem Gebiet liegt unsere Kernkompetenz“, so Wilke. Das Fazit seiner Ansprache, die gleichzeitig eine Bilanz der vergangenen Legislaturperiode war, lautete: Die DLRG könne stolz sein auf das bisher Erreichte, vieles bleibe aber in den nächsten drei Jahren noch zu tun.

In Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste aus Politik, Wirtschaft und Sport, dankte Schleswig-Holsteins Sozialministerin Heide Moser der DLRG für ihre Leistungen und die ehrenamtliche Hilfe für die Menschen in diesem Land.

Strukturdiskussion

Dem Motto der Tagung entsprechend war der inhaltliche Teil geprägt von Weichenstellungen und Entscheidungen für die Zukunft des Verbandes. Im Mittelpunkt der Beratungen der 161 Delegierten aus 19 Landesverbänden standen die Debatte um die zukünftigen Verbands- und Gliederungsstrukturen, das neue Bildungswerk der DLRG, die Finanzberatungen und eine Analyse der Entwicklung der DLRG in Ostdeutschland.

Mit einem einstimmigen Votum begrüßten die Teilnehmer das Perspektivpapier der Strukturkommission. Es wurde als sachgerechte Grundlage für weiterführende Beratungen unter breiter verbandlicher Mitwirkung angesehen. Die Bundestagung beauftragte das Präsidium, Landesverbände und Gliederungen in die weitere Entwicklung einzubeziehen und bis zur nächsten Haupttagung in drei Jahren Ergebnisse in Form konkreter Beschlusvorlagen vorzulegen.

Aufbau Ost hat weiter Vorrang

In einem Vortrag zog der Leiter des Bundesbüros Berlin, Dr. Harald Rehn, eine positive Bilanz der Verbandsentwicklung in Ostdeutschland für die letzten drei Jahre. In diesem Zeitraum konnte die Mitgliederzahl weiter gesteigert und 28 neue örtliche Gliederungen gegründet werden.

Problematisch sei aber nach wie vor die Entwicklung des Rettungswesens und die notwendige Berücksichtigung der Wasserrettung in den Rettungsdienstgesetzen der Länder. Als besonders kritisch bezeichnete er die Bädersituation in den neuen Bundesländern. Hier habe sich seit den Tagen der Vereinigung nichts getan. Davon sei die Schwimmbildung besonders betroffen. Vor dem

Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft



Die Rettungs-
schwimmer-
Ausbildung
hat bei der DLRG
eine lange Tradition.

einen ungeahnten Aufschwung. Anfang der 70er Jahre gab es nahezu in jeder Gemeinde eine DLRG-Gliederung. 366.000 Mitglieder waren in 2240 Orts-, Kreisgruppen und Bezirken aktiv. Damit war die Aufbauarbeit abgeschlossen. In 20 Jahren erlernten mehr als elf Millionen Menschen bei den Ausbildern der DLRG das Schwimmen und Rettungsschwimmen, über 40.000 Menschen verdankten den Rettern ihr Leben.

Phase der Institutionalisierung

Der Zeit des Aufbaus folgte die Phase der Institutionalisierung. Wichtige Meilensteine waren

- * die Einführung der Prüfungsordnung Schwimmen, Retten und Tauchen und deren Anerkennung durch die Kultusministerkonferenz der Länder,

- * die Mitgliedschaft als Dachverband im Deutschen Sportbund (dsb) mit der Zuständigkeit für den Rettungssport,

- * die Vollmitgliedschaft in der Bundesarbeitsgemeinschaft Erste Hilfe (BAGEH) und die Anerkennung als EH-ausbildende Organisation sowie

- * seit 1998 die Mitgliedschaft im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband.

Auch auf internationalem Parkett arbeitet die DLRG in führenden Positionen der Weltwasserrettung mit.

Die dritte Phase der Nachkriegsgeschichte ist bestimmt durch eine starke Ausweitung der Dienstleistungsangebote, die Vereinigung der beiden deutschen Staaten und die strukturelle Modernisierung des Verbandes.

Am besten, so Illing, beschreibe diese Entwicklung der Titel der Verbandschronik: Humanität und Sport im Dienst am Mitmenschen.

Er forderte zum Schluß seiner Rede Politik und Verwaltung auf, die Hemmnisse für ehrenamtliche Tätigkeit zu beseitigen und die freiwillige Arbeit zum Wohle der Mitmenschen durch steuerliche Entlastungen attraktiver zu machen.

Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft Ortsgruppe Groß-Stuttgart.



Herr **Robert Häberle**

geboren 4.6.1898

hat nach Teilnahme an einem Kursus in Rettungs-Schwimmen und Wiederbelebung eine Prüfung als

Rettungs-Schwimmer

bestanden, indem er in voller Kleidung ca. 45 m schwimmend, ein lebendes Objekt erfaßte und über dieselbe Strecke zum Ufer brachte.

Dafür wird dieses Diplom erteilt, das nach 3 Jahren erlöschen soll, wenn nicht innerhalb dieses Zeitraums die Prüfung wiederholt wird.
Stuttgart-Cannstatt, August 1913.

Ortsgruppe Groß-Stuttgart
der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft
i. A.: *F. Heber*
als Leiter des Kurses und der Prüfung.

Hintergrund der im Vergleich zu Westdeutschland doppelt so hohen Ertrinkungsrate bestehe dringender Handlungsbedarf, so Rehn.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen bestätigte die Bundestagung auch die Fördersumme für den Aufbau Ost für die nächsten Jahre.

85 Jahre DLRG

Im Rahmen der Bundestagung feierte der Verband sein 85jähriges Bestehen. Die Gesellschaft wurde am 19. Oktober 1913 im Kaufmännischen Verein in Leipzig gegründet. Eine Ausstellung im Travemünder Pommern-Zentrum mit historischen Plakat-, Bild- und Textmotiven machte die wechselvolle Geschichte des Verbandes lebendig.

In einer Pressekonferenz zeichnete der scheidende Vizepräsident, Jürgen Illing, die wichtigsten Stationen des Verbandes nach. Aus kleinen bescheidenen Anfängen, im Gründungsjahr zählten die Lebensretter gerade 431 Mitglieder, habe sich die DLRG zur größten freiwilligen Wasserrettungsorganisation der Welt entwickelt. Heute zählt sie über 550.000 Mitglieder.

Schon 1913 hätten sich die Gründerväter um den ersten Präsi-

den, Dr. med. E. Hopf, zwei Ziele gesetzt

1. die Menschen zu Schwimmern und Rettern auszubilden und
2. durch geeignete Maßnahmen, die Sicherheit der Badegäste zu verbessern.

Das duale System sei geboren.

Alle Aufgaben, die die Männer der ersten Stunde übernahmen, erfüllten sie freiwillig und ehrenamtlich ohne Bezahlung.

Die ehrenamtliche Arbeit und das duale System, so Jürgen Illing, bildeten auch 85 Jahre später das Rückgrat der DLRG-Arbeit.

Zwei Weltkriege und die Wirren der Weimarer Republik hätten eine kontinuierliche Entwicklung verhindert.

Aufstieg im Wirtschaftswunder

Mit dem Ende des zweiten Weltkrieges hörte die DLRG für kurze Zeit auf zu existieren. Aber bereits 1950 verzeichnete die Statistik bereits wieder 28.000 Mitglieder, allerdings nur auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. In der DDR erhielt die DLRG keine Zulassung.

Parallel zum Wirtschaftswunder erlebte die humanitäre Organisation

Polnischer Besuch beim DFV

Meinungsaustausch zwischen deutschen und polnischen Feuerwehren. Am 19. Oktober 1998 trafen sich DFV-Präsident Gerald Schäuble und der Präsident der Freiwilligen Feuerwehr in Polen (OSP) und ehemalige polnische Ministerpräsident Waldemar Pawlak in Fulda. Pawlak wurde begleitet von Wieslaw Golanski (OSP-Hauptverwaltung) und Tomasz Cichonski (Geschäftsführer der Firma Stihl in Polen).

Den ersten Teil des Besuchsprogramms bildete eine Führung durch das Deutsche Feuerwehrmuseum sowie eine Besichtigung der Feuerwache Fulda und einer Ortsteilfeuerwehr. Die im Anschluß geführten Gespräche, an denen von seiten des

DFV auch Vizepräsident Ralf Ackermann teilnahm, waren von dem beiderseitigen Wunsch getragen, die Beziehungen zwischen DFV und OSP zu vertiefen.

Zu den Themen gehörten das Oder-Hochwasser 1997 und die damit verbundene Zusammenarbeit der Hilfsorganisationen, gesetzliche Grundlagen der Freiwilligen Feuerwehren, Ausstattung und Ausrüstung der Freiwilligen Feuerwehren, Jugendarbeit und Jugendaustausch.

Zur Vorbereitung von konkreten Maßnahmen einer zukünftigen Zusammenarbeit wurde ein Besuchstermin einer DFV-Delegation für Anfang Dezember 1998 in Warschau vereinbart.



Führung durch das Deutsche Feuerwehrmuseum in Fulda (v. links): Tomasz Cichonski (Fa. Stihl, Polen), Gerald Schäuble (DFV-Präsident), Waldemar Pawlak (OSP-Präsident), Rolf Schamberger (Deutsches Feuerwehrmuseum) und Wieslaw Golanski (OSP-Hauptverwaltung).

Mehr Sicherheit für Kinder

Der Deutsche Feuerwehrverband (DFV) und die Deutsche Jugendfeuerwehr (DJF) beschreiten neue Wege in der Brandschutzerziehung und -aufklärung. Am 17. November 1998 fand in Bonn ein erstes Gespräch mit Vertretern der Bundesarbeitsgemeinschaft Kindersicherheit (BAG) statt.

Die BAG ist ein Zusammenschluß von Kooperationspartnern, unter ih-

nen die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, der Deutsche Turnerbund, der Bundesverband der Unfallkassen und die Bundesärztekammer.

Mit ihrer Aktion „Mehr Sicherheit für Kinder“, die gemeinsam mit dem Bundesministerium für Gesundheit ins Leben gerufen wurde, soll die Unfallhäufigkeit bei Kindern - insbesondere im Heim- und Freizeitbereich - reduziert werden. Ziel ist, die Koordination und Zusammenarbeit der Aktivitäten auf dem Gebiet der Kindersicherheit zu verbessern.

DFV-Referent Michael Ramakers, der gemeinsam mit dem Jugendreferenten der DJF, Stefan Knab, an dem Gespräch teilnahm, äußerte sich zufrieden mit dem Verlauf. „Das Thema Kindersicherheit geht uns alle an. Präventionsmaßnahmen zur Aufklärung und die Erziehung zu sicherheitsbewußtem Verhalten sind notwendig.“ DFV-Bundesgeschäftsführer Herbert Becker: „Es gilt nun, die weiteren Schritte in den DFV-Fachgremien zu besprechen.“

Vergleichbare Programme zur Kindersicherheit gibt es bereits in den USA („Safe Kids Campaign“) und Österreich (Kampagne „Große schützen Kleine“). Und die Erfolge lassen nicht auf sich warten. In Amerika konnte beispielsweise, nach Angaben der BAG, seit Einführung des „Safe Kids“-Programms zur Unfallprävention 1987 die Anzahl der tödlichen Unfälle um 26 Prozent reduziert werden. Im Rahmen des Programms werden Maßnahmen zur Prävention von Verkehrsunfällen, Vergiftungen, Verbrühungen, Fahrradunfällen, Erstickungsfällen und Wohnungsbränden durchgeführt.

Neue Wege in der Brandschutzerziehung

Zum Thema „Neue Entwicklungen in der Brandschutzerziehung“ fand vom 12. bis 14. November 1998 ein Workshop im sauerländischen Iserlohn (NRW) statt. Ziel der vom Deutschen Feuerwehrverband (DFV), Fachreferat „Brandschutzerziehung“, und der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (vfdb), Referat „Brandschutzerziehung und Brandschutzaufklärung“, organisierten Veranstaltung war es, den in diesem Bereich engagierten Fachkräften ein Forum zu bieten und ihre Arbeit einem breiten Publikum vorzustellen.

Den Auftakt des Workshops bildete die Präsentation eines Übungsdorfes für realitätsnahe Brandschutzerziehung. Das „Floriansdorf“ in Iserlohn steht kurz vor der Eröffnung und bietet Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit, Elemente der

Sicherheitserziehung aktiv und unter fachkundiger Anleitung erleben, üben und anwenden zu können. Nachdem Mitarbeiter des Fördervereins Brandschutzerziehung e.V. Auskunft über das Projektmanagement, die Ziele und Aktivitäten gegeben hatten, stand eine Besichtigung des Dorfes auf dem Programm.

Vertreter von Puppenbühnen aus Paderborn und Wuppertal informierten im zweiten Themenschwerpunkt des Workshops über Methoden, Puppenspiel und Puppentheater in den Brandschutzunterricht zu integrieren. Hierzu wurden Konzeptionen vorgestellt und in anschließenden Gesprächskreisen diskutiert.

Der dritte Arbeitsteil an diesem Workshop-Wochenende beschäftigte sich mit dem Thema „Brandschutzerziehung im Sonderschulbereich und in Vorbereitungsklassen für Ausländer“. Praktische Beispiele für Unterrichtskonzepte und die Vorstellung von Modellversuchen standen im Vordergrund. Zum Abschluß der Veranstaltung mit über 120 Teilnehmern, unter ihnen auch der neue Präsident des Schweizerischen Feuerwehrverbandes, Walter Egger, wurden neue Wege in der Öffentlichkeitsarbeit bei der Brandschutzerziehung vorgestellt. Angehörige von Feuerwehren aus Chemnitz, Menden, Fürth, Wuppertal, Frankfurt am Main und Homberg referierten u.a. zu den Themen „Unterrichtsgang Baulicher Brandschutz“, „Brandschutzaufklärung und Medienwirkung“ sowie „Brandschutzerziehung im Kindergarten“. DFV-Vizepräsident Ralf Ackermann dankte in seinem Schlußwort allen Referenten für ihre engagierte Mitarbeit und betonte die wichtige und gute Kooperation zwischen DFV und vfdB.

Zivildienstleistende bei der Feuerwehr

Das Pilotprojekt „Zivildienst bei der Berufsfeuerwehr Hamburg“ ist im September mit zwei Bewerbern angelaufen. Eingesetzt werden die Zivildienstleistenden - nach einer 40stündigen Ausbildung - aus-

schließlich als Fahrer auf dem Baby-Notarzteinsetzfahrzeug, das in der Wache Veddel am Zollhafen stationiert ist. Zur Fahrzeugbesatzung gehören ein Rettungsassistent der Feuerwehr, ein Neugeborenen-Intensivmediziner und eine Fachkrankenschwester.

Der Dienst für die „Zivis“ erfolgt analog dem Wechselschichtdienst des Einsatzdienstes auf den Hamburger Wachen. Er umfaßt auch alle Arbeiten zur Sicherstellung der Einsatzbereitschaft des Fahrzeugs. Vorgeschieden ist zudem die Teilnahme an wachinternen rettungsdienstlichen Unterrichten.

Rad-Weltmeisterschaften beim Deutschen Feuerwehrtag 2000

Mit einem sportlichen Großereignis von Weltrang wird der 27. Deutsche Feuerwehrtag 2000 in Augsburg einhergehen. Vom 16. bis 18. Juni finden dort die 18. Straßen-Rad-Weltmeisterschaften der Feuerwehren statt. Zeitgleich laufen in Augsburg die Veranstaltungen zum 100jährigen Bestehen der internationalen Feuerwehr-Vereinigung CTIF.

Veranstalter der Rad-Weltmeisterschaften ist die Stadt Augsburg. Ausgerichtet wird das internationale Rennen von den Radsportvereinen der Stadt. Erwartet werden etwa 500 Radsportler aus aller Welt. Feuerwehrchef Frank Habermeier berichtete vor der DFV-Delegiertenversammlung in Würzburg auch von weiteren Überlegungen, das sportliche Ereignis möglicherweise um ein „Zweirad-Prominenten-Rennen“ zu erweitern und zwar im Augsburger Radstadion.

Das zugkräftige Maskottchen der Großveranstaltung im Jahr 2000 ist der „Augsburger Floriant“. Er soll schon im nächsten Jahr als werbender Sympathieträger zum Einsatz kommen, wenn in Augsburg die Freiwillige Feuerwehr ihr 150jähriges und die Berufsfeuerwehr ihr 100jähriges Bestehen feiern.

Feuerwehr-Wettbewerbe 1999 im Ausland

Anmeldeschluß für die Teilnahme deutscher Feuerwehren an ausländischen Wettbewerben 1999 ist Ende Februar. Für die Teilnahme ist eine Starterlaubnis des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV) erforderlich. Informationsunterlagen mit Hinweisen zu Terminen, Veranstaltungsorten, Teilnahmevoraussetzungen und Anmeldungen können beim DFV angefordert werden:

Deutscher Feuerwehrverband
Bundesgeschäftsstelle
Koblenzer Straße 133
53177 Bonn
Telefon (0228) 9 52 90-0
Fax (0228) 9 52 90-90

Kein Geld für Feuerwehren

Nur 560 der insgesamt 2.660 Löschfahrzeuge der Freiwilligen Feuerwehren in Brandenburg „entsprechen den heutigen Anforderungen“, berichtete Innenminister Alwin Ziel aufgrund einer Anfrage der Opposition im Landtag. In Presseberichten hieß es dazu weiter, auch eine Reihe der 2.163 Gerätehäuser und Feuerwachen entspreche nicht mehr den geforderten Normen. Den Kommunen als Träger fehle zumeist das Geld.

Ähnliches war von Innenminister Armin Jäger in Mecklenburg-Vorpommern zu hören. Vor den Delegierten des dortigen Landesfeuerwehrverbandes sagte er laut Pressemeldungen: „Von rund 100 Millionen Mark Förderbedarf, den die Feuerwehren angemeldet haben, können wegen der angespannten Haushaltslage nur sechs Millionen Mark bereitgestellt werden.“





Wie das Rote Kreuz gesehen wird

Neue Umfrageergebnisse

Die neueste repräsentative Bevölkerungsumfrage liegt vor. Stellvertretend für 82 Millionen Menschen in unserem Land sagen uns 2.500 Befragte ab 14 Jahren, welche Organisationen sie kennen, was sie über unsere Aufgaben wissen, mit welchen Eigenschaften sie uns verbinden, wo sie uns unterstützen und wo sie Kritik anmelden. Das Ergebnis ist ein Spiegel unserer Stärken und Schwächen.

Wie bekannt welche sozialen Organisationen sind, das wird mit der Frage „Welche deutschen Wohlfahrtsverbände oder Hilfsorganisationen kennen Sie?“ abgefragt.

Nach wie vor führt das Rote Kreuz mit weitem Abstand. 84 Prozent aller Befragten nannten das Rote Kreuz. 1995 waren es 82 Prozent (im folgenden wird der Prozentwert von 1995 stets in Klammern angegeben). Der Abstand zum „Verfolger“ Caritas/Misereor mit 50 Prozent wurde größer (51). Auffallend hoch erscheint die Bekanntheit von SOS-Kinderdorf, das mit 23 Prozent noch vor Feuerwehr, Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) und Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) rangiert.

Die hohe Bekanntheit des Roten Kreuzes ist bei männlichen und weiblichen Befragten mit 85 zu 84 Prozent nahezu gleich, nicht aber bei den Altersgruppen. Bei den 14- bis 19-jährigen liegt sie bei 72 Prozent und ist bei den 40- bis 59-jährigen mit 88 Prozent am höchsten. DLRG und Feuerwehr sind in der Altersgruppe von 14 bis 19 Jahren schon genauso bekannt wie im Querschnitt aller Altersgruppen. Dies deutet auf eine starke Jugendarbeit hin.

Aufgaben

„Auf welchen Gebieten ist Ihrer Meinung nach das Deutsche Rote Kreuz tätig?“ - die Antworten auf diese Frage zeigen, was die Bundesbür-

ger über die Arbeit des Roten Kreuzes wissen, welche Aufgaben ihnen dazu spontan einfallen.

Die Themen-Hitparade wird von der „Unfallhilfe/Erste Hilfe“ mit 59 Prozent (60) angeführt, es folgen „Blutspendedienst“ mit 51 Prozent (51) und „Krankentransporte“ mit 49 Prozent (51). Zum nächsten Block ist ein deutlicher Abstand zu sehen: „Katastrophenhilfe“ mit 29 Prozent (29), „Krankenpflege“ mit 24 Prozent (23), „Internationale Hilfsaktionen“ mit 21 Prozent (20) und „Hilfe für alte Menschen“ mit 20 Prozent (22). Unter der 20-Prozent-Marke folgen die Erste-Hilfe-Ausbildung, der Straßenrettungsdienst, Katastrophenschutz und Suchdienst.

Wenn man den Befragten hingegen bedruckte Kärtchen in die Hand gibt und fragt, welche der Aufgaben das Rote Kreuz wahrnimmt, überschreiten die gestützten Nennungen häufig die 90-Prozent-Marke. Könnte das „Jugendrotkreuz“ eine Tätigkeit des Roten Kreuzes sein? Natürlich sagen angesichts dieser Namensgleichheit drei Viertel der Befragten ja. Bei der spontanen Befragung waren es nur sieben Prozent. Dies macht deutlich, daß die spontanen Nennungen besser widerspiegeln, was bei vielen nachhaltig im Bewußtsein präsent ist.

Wenn das Rote Kreuz seine Stimme erhebt, kann es darauf vertrauen, daß es von vielen als vertrauter und kompetenter Partner gesehen wird. Das ist so bei der Unfallhilfe, Erste-Hilfe-Ausbildung, Hilfe für alte Menschen, Krankenpflege und Katastrophenhilfe, bei Krankentransporten und Internationalen Hilfsaktionen sowie beim Blutspendedienst.

Profil

Die hohe Bekanntheit sagt noch nichts darüber aus, welche Qualität man der Arbeit des Roten Kreuzes

zumißt. Dies zeigt erst ein Blick auf das Polaritätenprofil. Hier haben die Befragten die Möglichkeit, zwischen zwei gegensätzlichen Eigenschaften auf einer Rangskala von eins bis fünf zu bewerten. Je weiter links oder rechts markiert wird, desto mehr trifft die jeweilige Eigenschaft zu. Ein Wert in der Mitte heißt „weder - noch“ und deutet auf Profillosigkeit hin. Bei der diesjährigen Umfrage wurden sieben Eigenschaftspaare abgefragt. Sehr erfreulich sind die Werte zu „notwendig“ und „wichtig“, die mit 1,2 und 1,3 erneut eindeutig

Neuer DRK-Katastrophenschutzbeauftragter

Das Präsidium des Deutschen Roten Kreuzes hat als neuen Katastrophenschutzbeauftragten Ulrich Cronenberg benannt. Er tritt damit die Nachfolge von Herrn Dr. Döhler an, der dieses Amt seit Dezember 1996 interimsweise innehatte.

Ulrich Cronenberg ist seit 1983 im DRK-Generalsekretariat beschäftigt und hat in dieser Zeit u.a. die Entwicklungen in der Erste-Hilfe-Ausbildung wesentlich mitgestaltet. Den Aufgabenbereich Zivil- und Katastrophenschutz hat er vor vier Jahren - nach einem Einsatz als Delegierter in Osteuropa, bei dem er sich erfolgreich um die Entwicklung von Erste-Hilfe- und Katastrophenschutzprogrammen bemüht hat - übernommen.

Ulrich Cronenberg ist erreichbar unter Telefon 0228/5412338, E-Mail cronenbu@rotkreuz.de.

und positiv ausfielen. Deutlich wird auch der vielseitige und internationale Charakter des Roten Kreuzes gesehen.

Problematisch sind die Werte bei den Fragen nach „innovativ“ oder „konservativ“ sowie „kostenbewußt“ und „verschwenderisch“; diese Fragen wurden 97 erstmals erhoben. Mit 2,5 ist man dem Weder-Noch-Wert nahe. Ein Blick in die Landesverbands-Tabelle zeigt, daß das Rote Kreuz in Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und in Baden mit einem Wert von 2,1 und 2,2 als am innovativsten gilt. Die Frage nach „modern“ oder „altmodisch“ fällt mit 2,1 besser aus.

Ob hier die Leute zwischen einer modernen Idee und einem nicht immer innovativen Verband unterscheiden? Aufschluß hierüber kann ein Blick auf die Kritikfrage geben. Rund drei Viertel aller Befragten geben an „Nein, nichts zu kritisieren“, ein immer noch hoher Wert. In der Zeitreihe zeigt sich jedoch eine bedenkliche Entwicklung: 1991 waren es 81 Prozent, 1995 dann 75 Prozent und heute sind es 74 Prozent.

Kritik

Was sind die Punkte, die die Gemüter erregen? An erster Stelle mit insgesamt zehn Prozent stehen Äußerungen wie „zu bürokratisch“, großer Verwaltungsapparat, zu hohe Verwaltungskosten, unflexibel, hierarchischer Aufbau und ähnliches.

An zweiter Stelle mit vier Prozent folgen Äußerungen wie „Man weiß nicht ob das Geld bei den Hilfsbedürftigen ankommt“, „Wo bleibt das Geld?“, „keine Kontrolle“ oder „Geld wird falsch verteilt“. Kritik an Blutspenden wird bei drei Prozent der Äußerungen laut: „Blut wird für industrielle Zwecke verwendet“, „Geschäfte mit dem Blut“ oder „Pannen bei Blutspenden“. Drei Prozent machen keine Angaben und rund sechs Prozent geben sehr unterschiedliche Antworten, die sich nicht weiter zusammenfassen lassen

Überdurchschnittlich gut fallen die Werte in den neuen Bundesländern aus. Während 23 Prozent

Kritikanteil der Durchschnitt sind, sind es hier nur fünf bis 16 Prozent.

Spendenbereitschaft

Die Frage nach der Spendenbereitschaft durfte selbstverständlich nicht fehlen: „Haben Sie schon irgendwie einmal das Rote Kreuz unterstützt? Wenn ja, in welcher Form?“. Eine Konstante ist die Bereitschaft zur Blutspende, die bei allen Befragungen seit 1991 bei 22 und 23 Prozent lag.

Bei den Kleider- und Geldspenden zeigt das Spendenverhalten eine negative Tendenz: Geld spendeten 1991 noch 59 Prozent, 1995 hingegen 49 Prozent und heute 48 Prozent. Auch die Kleiderspenden gingen zurück: von 1991 (67 Prozent) über 1995 (64 Prozent) auf nunmehr 61 Prozent. Auch die kostenlose, freiwillige Mitarbeit ging von 1991 mit acht Prozent auf nun vier Prozent zurück. Demgegenüber steigt der Anteil derer, die gar nicht spenden. Waren es 1991 nur elf Prozent, so waren es vor zwei Jahren 14 Prozent und heute sind es 18 Prozent. Die Spendenunlust ist in Niedersachsen mit 30 Prozent am höchsten, gefolgt von Hamburg und Bremen mit 29 Prozent. Am wenigsten spendenmüde sind die Brandenburger mit acht Prozent und die Schleswig-Holsteiner mit neun Prozent.

Spendenmotive

An den Themen kann die abnehmende Spendenbereitschaft nicht liegen. Am ehesten spenden die Bürger für Katastrophen, wie sie mit über 70 Millionen Mark Spenden eindrucksvoll bei der Jahrhundertflut unter Beweis stellten. In der Umfrage führt dieses Spendenmotiv mit 20 Prozent unangefochten. Kinder sind ebenfalls ein starker Spendenbeweggrund und werden mit 14 Prozent genannt.

Jeweils acht Prozent möchten Blut spenden oder geben Geld für

Menschen in Not und überall dorthin, wo geholfen wird. Für Hungerhilfe und Arme sind es hingegen sechs Prozent der Befragten. Alle anderen Nennungen liegen bei fünf Prozent oder darunter.

Fazit

Die Umfrage zeigt einige Stärken und Schwächen. Das Rote Kreuz ist mit Abstand die bekannteste Spendenorganisation. Da es nahezu überall vor Ort präsent ist, wird es als wichtig, notwendig und vielseitig angesehen. In den Aufgabenfeldern Erste Hilfe, Unfallrettung, Krankentransporte und Blutspende ist es sehr vielen bekannt und vertraut. Drei Viertel aller Befragten haben keine Kritik am Roten Kreuz. Rund die Hälfte spenden Geld und zwei Drittel Kleider.

Unverkennbar ist, daß sich die Bevölkerung ein junges, dynamisches und unbürokratisches Rotes Kreuz wünscht, das ihnen bei Katastrophen zur Seite steht und allen Menschen in Not Hilfe bringt. Es soll kostenbewußt und vor allem transparenter sein.

Die Umfragewerte zeigen hohe Sympathiewerte, aber sie geben noch lange keinen Anlaß, sich auf Lorbeeren auszuruhen. Der Gedanke, auf den wir uns daher konzentrieren sollten, heißt: „Leistungen zeigen, transparenter werden und Vertrauen erhalten!“

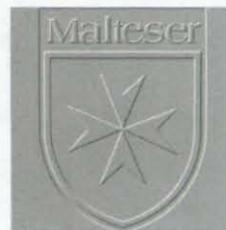
Hierzu sollten wir alle Möglichkeiten nutzen, Tage der offenen Tür ebenso wie Publikationen und Geschäftsberichte. Sie sollen signalisieren: „Wir haben nichts zu verbergen - unsere Hilfe kommt an!“

*Hans-Jürg Ungebeuer in:
ROTES KREUZ,
Das Fachmagazin des DRK*



Hilfe für die Helfer

Einsatzkräftenachso-Team bei Zugunglück in Eschede



Mit der Entgleisung des ICE in Eschede trat das ein, was mit einem notfallmedizinischen Supergau vergleichbar ist: Ein apokalyptisches Unfallszenario mit vielen Toten, vielen Verletzten sowie vielen betroffenen Angehörigen. Und 1200 Helferinnen und Helfern, die zum Teil nachhaltige Eindrücke erfahren mußten. Diesen galt die besondere Aufmerksamkeit der Einsatzkräftenachso-Teams (CISD-Teams) der Malteser. Nachfolgend der Einsatzbericht:

Am Mittwoch, dem 3. Juni 1998 werden über die Medien am späten Vormittag Meldungen über ein schweres Zugunglück mit mehreren Opfern in der Nähe von Celle verbreitet. Umgehend wird ein CISD-Teammitglied der Kölner Malteser zu einer ersten Lage- und Bedarfsermittlung nach Eschede entsandt. Parallel wird Kontakt mit den Malteser-Dienststellen Celle, Hannover und Braunschweig aufgebaut, deren Helfer sich im Rettungseinsatz befinden.

Schon kurze Zeit später verdoppeln sich die Angaben über die Opfer. Drei weitere CISD-Teammitglieder werden zur Verstärkung entsandt. Der Auftrag lautet: Bedarfsermittlung für Einsatzkräftenachso-gespräche - insbesondere bei den am Einsatz beteiligten Maltesereinheiten, Aufbau einer Organisationsstruktur und erste Unterstützung bei der Streßbewältigung von Helfern (Defusing). Das zusammengebrochene Kommunikationsnetz (Funk und Funktelefon) erschwert die Durchführung.

Nach erster Rückmeldung des Vorausteams wird ein großer Bedarf an Einsatzkräftenachso-gesprächen gesehen. Von diesem Zeitpunkt sind die Malteser bis zum Einsatzende am Sonntag, dem 21. Juni 1998 ständig mit zwei bis zwölf Mitarbeitern vor Ort. Durch die umfangreiche Berichterstattung über das Un-

glück in den Medien sind auch bestehende Teams anderer Organisationen, die nach der gleichen Nachso-germethode (Mitchell & Everly / MM) arbeiten, aktiv geworden.

Dies macht eine Koordination der Teams notwendig. Hierzu wird am Montag, dem 8. Juni 1998 eine „Kordinierungsstelle Einsatzkräftenachso-“ unter Leitung der Malteser in Kooperation mit dem Deutschen Roten Kreuz eingerichtet. Koordiniert werden von dieser Stelle CISD-Teams der Malteser, der Berliner Feuerwehr, der Bundeswehr und des Bundesverbandes Streßbearbeitung nach belastenden Einsätzen e.V. Die am Einsatz beteiligten örtlichen Einheiten der Feuerwehren, des Rettungsdienstes, des Technischen Hilfswerks sowie des Bundesgrenzschutzes haben über eine eigens geschaltete Hotline die Möglichkeit, Gespräche anzufordern.

Gemeinsam mit der Kreisverwaltung wird eine Informationsveranstaltung für sämtliche Führungskräfte der am Einsatz beteiligten Einheiten durchgeführt, um das Angebot vorzustellen. Trotz der Unkenntnis über die angebotene Methode, was erfahrungsgemäß zu einem zurückhaltenden Verhalten führt, wird das Angebot rege in Anspruch genommen.

So werden in den 18 Tagen des Einsatzes mehr als 30 Einsatzkräftenachso-gespräche und unzählige Einzelgespräche mit über 400 Einsatzkräften durchgeführt. Bei 224 Fällen sind Malteser beteiligt. Beinahe ein Drittel der gesamten Helferschaft nimmt die Hilfe an. Hervorzuheben ist besonders, daß der professionell durchgeführte Einsatzkräftenachso-einsatz zu 80 Prozent mit ehrenamtlichen Kräften oder durch hauptamtliche Kräfte in ihrem eigens dafür genommenen Urlaub geleistet wird. Die Malteser in Celle unterstützen hierbei vorbildlich die Arbeit der CISD-Teams.

Die am Einsatz in Eschede beteiligten Einsatzkräfte haben verständlicherweise eine hohe psychische Belastung erfahren. Als glücklich kann der Umstand bezeichnet werden, daß seit einigen Jahren konsequent an einer Integration von Seelsorgern in die Einsatzeinheiten gearbeitet wurde. Dies hat zu einer spürbaren Unterstützung der CISD-Teams vor allem in den ersten Stunden geführt. Die Einsatzkräftenachso-gespräche haben zu einer Reduktion der psychischen Belastungen beigetragen. Nur in wenigen Fällen müssen Helfer in der nächsten Zeit weiterhin fachlich unterstützt werden, wofür Sorge durch entsprechende Einrichtungen getragen werden wird.

Interessanterweise ist festzustellen, daß sich die Erfahrungen im Hinblick auf die Art und die Intensität der Belastungen durch das Unglück in Eschede grundsätzlich mit denen anderer Unglücke geringerer Dimension in der Vergangenheit decken.

Zusammenfassend haben sich die Einsatzkräftenachso-gespräche als ein Modul des „Mediatorenmodells der Malteser“ wiederholt als sinnvolles und praxisorientiertes Instrument der Unterstützung von Einsatzkräften nach besonders belastenden Ereignissen bewährt. Der Teamgeist hat zu einer enormen Leistungsfähigkeit der beteiligten Mitglieder beigetragen. Sämtliche eingesetzten Helfer aus den verschiedensten Regionen haben in der Zusammenarbeit etwas von der „Malteser-Familie“ gespürt. Die beiden Leitsätze „Malteser ist man nicht allein“ und „Unsere Hilfe ist im Namen des Herrn“ haben in Eschede ihre Alltagstauglichkeit bestens bewiesen. Der Malteser Rettungsdienst ist um eine Leistungsvariante reicher geworden.

Roman Lovenfosse



551 Helferinnen und Helfer im Einsatz bei der Love Parade 1998

Naßkalter Regen und herbstliche Temperaturen machten die Love Parade in den Vormittagsstunden zu einem zweifelhaften Vergnügen. Viele Raver, die in den Parks und Anlagen übernachtet hatten, wurden frühmorgens unsanft von Niederschlag geweckt. Für die Helferinnen und Helfer des Malteser-Hilfsdienstes begann der Tag durch die Wetterverhältnisse durchaus ruhig. Bis zum Mittag zählte die Zentrale Einsatzleitung im Charlottenburger Malteserhaus nur 82 Hilfeleistungen und fünf Patiententransporte.

Das änderte sich schlagartig, als gegen zwei Uhr nachmittags der Zug begann. Die Zahl der Hilfeleistungen kletterte auf 280, die der Patiententransporte erhöhte sich auf 24. Bei den Ursachen für die Einsätze handelte es sich im allgemeinen um Erschöpfungszustände, Kreislaufprobleme, plötzlich eintretende Bewußtlosigkeit und wetterbedingte Asthmaanfalle.

Auch das Wetter verbesserte sich nicht. Immer wieder kam es zu wolkenbruchartigen Regengüssen. Doch die Technofans, die zum Großteil extra zur Love Parade angereist waren, ließen sich nicht verdrießen. Entsprechend stark waren die Malteser gefordert. Abends überstieg die Zahl der Hilfeleistungen die Tausendergrenze und nachts, gegen halb vier Uhr, nachdem der Einsatz beendet war, konnten die Helferinnen und Helfer 2530 Hilfeleistungen für sich verbuchen.

340 davon waren Krankentransporte, darunter zahlreiche Patienten mit Brüchen und Bänderzerrungen. Auch übermäßiger Drogenkonsum war zu vermerken. Zwar fielen im Vorjahr insgesamt wesentlich mehr Hilfeleistungen an, doch die Zahl der Patiententransporte war 1998 größer.



Malteserhelfer bei der Love Parade 1998 in Berlin.

(Foto: Arndt)

551 Helferinnen und Helfer waren im Einsatz, darunter 23 Ärzte und 17 Rettungsschwimmer. Bei insgesamt 21 Sanitätsstationen wurden 20 Rettungswagen, 18 Krankentransportwagen sowie fünf Notarzt-Einsatzfahrzeuge vorgehalten. Ferner standen sechs Mobile Sanitätsstationen sowie drei Rettungsboote bereit. Die Helferinnen und Helfer des Berliner Malteser Hilfsdienstes wurden dabei von der Johanniter-Unfall-Hilfe und der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) sowie Maltesern aus dem gesamten Bundesgebiet unterstützt. Einsatzleiter Ansgar Köhler

steuerte den Malteser-Großeinsatz von der Charlottenburger Einsatzzentrale in Alt-Lietzow.

Die Helfer des Malteser-Hilfsdienstes standen den Fans der größten Techno-Party Deutschlands unter freiem Himmel seit der 3. Love Parade regelmäßig zur Seite. Die Zahl der Einsatzkräfte hat sich allerdings von Jahr zu Jahr erhöht. Beim ersten Einsatz waren lediglich vier Malteser in Bereitschaft.

Christine Brühl

KOSTEN

Wenn Sie bei einem Unfall nicht richtig helfen können, dann kann das Menschenleben kosten.

FRAGE

Ein Erste-Hilfe-Kursus bei den Maltesern kostet Sie ein bißchen Freizeit. Und sonst nichts.

Damit Sie Leben retten können. Mit Ihrer Hilfe.



**Malteser
Hilfsdienst**



Das Oderhochwasser 1997 im Spiegel der (Auswertungs-)Berichte

Von Dipl.-Ing. Klaus-Dieter Kühn, Präsident des Schutzforums e.V., Bonn

Vortrag anlässlich des gemeinsam von der Ständigen Konferenz für Katastrophenvorsorge und Katastrophenschutz und der Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz vom 06. bis 08. November 1998 in Bad Neuenahr-Ahrweiler veranstalteten Workshops „Ausgewählte Aspekte der Bewältigung von Langzeitlagen: Oderflut 1997“

1. Einleitung

Die volkswirtschaftlichen Schäden durch Katastrophen nehmen nach Prognosen der Versicherungswirtschaft zu. In den Schadensbilanzen erreichen dabei Hochwasser und spektakuläre Überflutungen eine herausragende Dimension. Die volkswirtschaftliche Schadenshöhe des Oderhochwassers 1997 belief sich auf deutscher Seite auf rd. 647 Mio DM. Nur etwa 10% dieses Schadensvolumens war versichert. Urbanisierung, Bevölkerungsdichte, wirtschaftlich-technischer Fortschritt und die zunehmende Vernetzung sozio-technischer Systeme werden auch in Deutschland dazu führen, daß sich die Katastrophenanfälligkeit bisher kaum oder gar nicht betroffener Regionen langfristig erhöht. Ebenso wird sich die Schadenswirkung von Katastrophenereignissen auch in den traditionell besonders gefährdeten Gebieten verstärken.

Im Rahmen einer vom deutschen IDNDR-Komitee für Katastrophenvorbeugung durchgeführten Studie zur Indizierung der Katastrophenanfälligkeit und Katastrophenvorsorge wurden Experten aus Hilfsorganisationen und Katastrophenforschung nach den für Deutschland relevanten Katastrophenereignissen, Vulnerabilitäten und Defiziten im Bereich

der Katastrophenbewältigung befragt.

Bild 1 gibt die Häufigkeit wieder, mit der die jeweiligen Katastrophenereignisse genannt und nach ihrer Rangverteilung gewichtet wurden. Danach wird für Deutschland Hochwasser als bedeutendstes Katastrophenereignis, gefolgt von Sturm Schäden, Chemieunfällen und Flugzeugabstürzen eingeschätzt.

Man mag über den Wert derartiger Befragungen streiten. Wir wissen nur allzu gut, wie Risikowahrnehmungen zwischen vermeintlichen Experten, verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen und besonders auch in der Politik differieren können. Auch können rein definitorische und klassifikatorische Fragen in der praktischen Bewältigung von Katastrophen nur begrenzt helfen.

2. Dimensionen der „Hochwasserkatastrophe 1997“

Die Verwundbarkeit eines Landes oder einer Region gegenüber Katastrophen wird durch mindestens drei Dimensionen bestimmt:

- das Ereignis mit seinen Ursachen und additiven Wirkungen (Ereignisgefüge),

- das Schadenspotential (bezogen auf Bevölkerung, Sachkapital, Infrastruktur und Naturkapital) und

- das Reaktionspotential, bezogen auf die Vorsorgeplanung, die Warnmöglichkeiten und Möglichkeiten der Früherkennung, das Führungs-, Hilfe- und Selbsthilfepotential, die Nachsorge und die Bereitschaft, aus Katastrophenereignissen zu lernen und diese sensibel zu reflektieren.

Erst das Ensemble dieser drei untereinander rückgekoppelten Dimensionen macht eine Katastrophe aus (Bild 2).

Ursachen und Wirkungsabläufe von Katastrophen lassen sich, zumal in hochentwickelten Industrieländern, hinsichtlich ihrer Vulnerabilität längst nicht mehr allein von den Auswirkungen elementarer Naturgewalten begreifen. Wirkungsverläufe von Katastrophen werden verstärkt durch anthropogene Ursachen. Sie werden neben menschlichem Fehlverhalten besonders verstärkt durch Risikopotentiale moderner Technologien und hochkomplexer Netzwerkstrukturen moderner Industriegesellschaften.

Bild 3 faßt die Dimensionen des Oderhochwassers hinsichtlich Schadens- und Reaktionspotential zusammen.

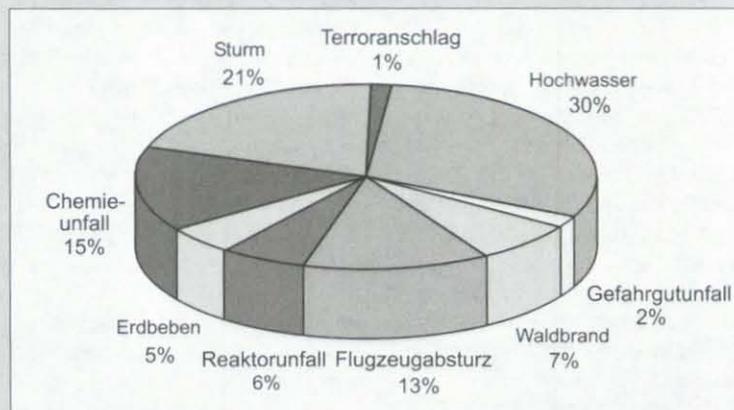


Bild 1: Katastrophenrisiken für Deutschland.

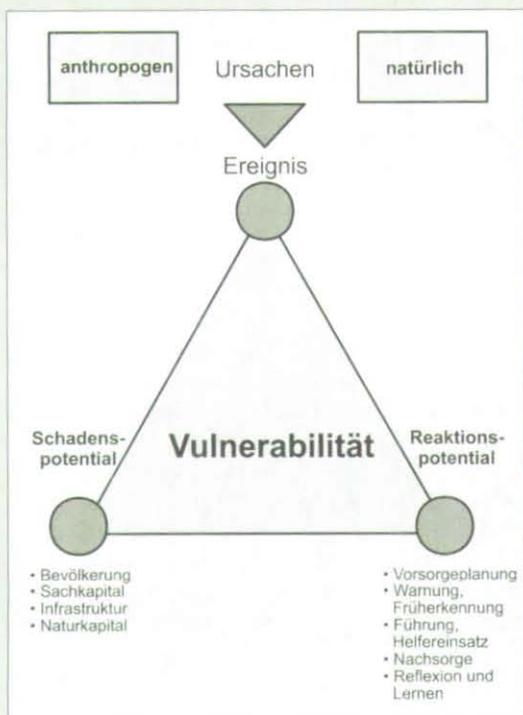


Bild 2:
Vulnerabilität
gegenüber
Katastrophen.

Das Hochwasser an der Oder war ein für Deutschland außergewöhnliches Katastrophenereignis, ausgelöst durch Dauerregenfälle mit Niederschlägen von zehn Mrd. m³ Wasser (jenseits der Staatsgrenzen).

Insgesamt waren vom 17. Juli bis 12. Oktober 1997 rund 50.000 Helfer eingesetzt.

Für die Bundeswehr war der Odeereinsatz der größte derartige Einsatz seit ihrem Bestehen. Als besondere Leistung der Streitkräfte ist das Sichern der Deiche im Oderbruch herauszustellen. Hierbei kam dem punktgenauen Transport der Sandsäcke durch Hubschrauber größte Bedeutung zu. Maßgebend für den Erfolg der Bewältigung der Hochwasserkatastrophe war vor allem auch die Führungsorganisation der Streitkräfte.

Der Bundesgrenzschutz leistete ebenfalls umfangreiche technische und personelle Hilfe und unterstützte die Polizei im Katastrophengebiet.

Der Katastrophenschutz, mit rd. 7000 THW-Helfern, 2100 Feuerwehrleuten und rd. 1000 Helfern der privaten Hilfsorganisationen und Regiekraften der Katastrophenschutzbehörden konzentrierte sich mit über 10.000 Einsatzkräften auf Deichsicherungsmaßnahmen, Sandsackverladen, Transportaufgaben, Aufräum- und Pumparbeiten, Sicherstellung der Strom- und

Pumparbeiten, Sicherstellung der Strom- und Wasserversorgung, Beseitigung von Tierkadavern und Ölschäden, Verpflegung und Betreuung.

3. Reflexion und Lernen

Im folgenden sollen die aus der Oderhochwasserkatastrophe resultierenden Erfahrungen aus den jeweiligen Erfahrungshorizonten reflektiert und Schlußfolgerungen aus den ausgewerteten Berichten gezogen werden.

Die Bundesregierung, das Land Brandenburg, die Bundeswehr, der Bundesgrenzschutz, das Technische Hilfswerk, die Feuerwehren und das deutsche IDNDR-Komitee haben umfangreiche Erfahrungsberichte und Studien erarbeitet, die eine gute Grundlage für eine kontinuierliche Verbesserung in der Bewältigung von Langzeitlagen sind. Einerseits werden dabei Beurteilungen aus Sicht der „agierenden Stäbe“ sowie der eingesetzten Organisationen vorgenommen. Andererseits Wahrnehmungen aus der betroffenen Bevölkerung dokumentiert, deren hohe Selbsthilfebereitschaft manchmal nur begrenzt in den Katastrophenbewältigungsprozeß einbezogen werden konnte.

Die von den Bürgern in den vom Hochwasser betroffenen Gebieten

erbrachten Selbsthilfeleistungen und deren Integration in das Katastrophenmanagement spielen in den Erfahrungsberichten zwar eher eine untergeordnete Rolle. Gleichwohl hatte das soziale Verhalten und die bei den Bürgern der ehemaligen DDR ausgeprägte Motivation zur Selbsthilfe einen hohen Stellenwert für eine erfolgreiche Katastrophenbewältigung.

Die zum Oderhochwasser vorgelegten umfassenden Erfahrungsberichte spiegeln in den jeweiligen vertikalen und horizontalen Kooperations- und Koordinationsebenen eines deutlich wieder: Endlich ernst zu machen mit der Reflexion und dem Lernen aus der Bewältigung von Katastrophenereignissen.

In den verschiedenen Berichten und Studien werden auch wieder Begriffe, Funktionen, Organisations- und Ausbildungshinweise genannt, die manche bereits für obsolet gehalten hatten, weil großflächige und langzeitbezogene Gefahrenlagen in Deutschland von einigen bereits in das Reich der Utopie verwiesen worden waren.

Die Bundesregierung hat in ihrem Abschlußbericht zur Hochwasserkatastrophe an der Oder an den Deutschen Bundestag die Einsatzerfahrungen wie folgt zusammengefaßt:

- Grenzübergreifend wird der Aufbau eines verlässlichen Frühwarn- und Informationssystems (zwischen Brandenburg, Polen und Tschechischer Republik) für unverzichtbar gehalten,

- um rasch und flexibel reagieren zu können, ist die Kompatibilität von Fernmeldeeinrichtungen von entscheidender Bedeutung,

- eine frühzeitige und vollständige Einbindung von Vertretern der beteiligten Einheiten/Hilfsorganisationen an den Schnittstellen (Führungsstäbe/Lagezentren) ist unbedingt erforderlich,

- die örtlich zuständigen Katastrophenschutzbehörden sollten die Führungseinrichtungen der eingesetzten Organisationen mit ihren Führungskräften intensiver nutzen.

Diese Hinweise zielen im Kern auf eine Verbesserung der Informations- und Kommunikationsbasis und die Schaffung eines Integrierten Gefahrenmanagements, also auf Aufgabenschwerpunkte, die bundesweit

Ursache : Dauerregenfälle mit ca. 10 Mrd m³ Niederschlägen

Schadenspotential:

Deichbrüche
ca. 6000 ha überschwemmt
2388 Menschen evakuiert
Kosten für Katastrophenabwehr rd. 31,2 Mio DM
Gesamtschaden : rd 647 Mio DM

Reaktionspotential

Kräfte :	rd. 50.000	
	Bundeswehr	: 30.000
	THW	: 7.000
	BGS	: 4.300
	Feuerwehr	: 2.100
	Polizei	: 1.500
	Katastrophenschutz, Hilfsorganisationen, u.a. Freiwillige	: 1.000
	Landesumweltamt	: 430
Gerät :	61 Hubschrauber	
	1.400 LKW	
	370 Feuerwehrfahrzeuge mit Pumpen	
	219 Räumgeräte/Radlader	
	104 Beleuchtungsfahrzeuge	
	150 Busse	
	85 Boote	
	11 Wasserwerfer	
	3 Trinkwasseraufbereitungsanlagen	
Material:	11 Mio Sandsäcke	
	5.000 m Folie	
	66.000 m ² Vlies	
	200.000 Faschinen (Reisigbündel)	

Bild 3:
Oderhochwasser 1997
- Dimensionen.

- die Abgrenzung ressortfremder
Angelegenheiten aus der Stabstätigkeit
(z.B. Seuchenprophylaxe).

In der Nachbereitung wird gefordert:

- die konsequente Auswertung
des Ereignisses mit Offenlegung der
Kritikpunkte,

- Durchführung eines Nachberei-
tungsseminars unter Teilnahme aller
Ebenen/Organisationen/Insti-
tutionen,

- Umsetzung der gewonnenen Er-
kenntnisse.

Primär aus der operativen Sicht
erstellte das THW im Auftrag des
Bundesministeriums des Innern ge-
meinsam mit Vertretern des Bran-
denburgischen Innenministeriums,
des Heeresführungskommandos Kob-
lenz und des Bundesgrenzschutzes
ebenfalls einen zusammenfassenden
Bericht, der Defizite bei der Zu-
sammenarbeit der verschiedenen
Führungsebenen und Handlungsbe-
darf im Rahmen der grenzüber-
schreitenden Zusammenarbeit mit
der Republik Polen und der Tsche-
chischen Republik nennt. Ausbil-
dungsdefizite bei ehrenamtlichen
Führungskräften werden hierin
ebenso beklagt wie fehlende gemein-
same Standards im Zusammenwir-
ken der im Katastrophenschutz mit-
wirkenden Hilfeleistungsorganisati-
onen mit Bundeswehr und BGS.

Auch dieser Erfahrungsbericht
bietet eine konstruktive Grundlage
für die Aufarbeitung des Odereinsatzes.
Hervorgehoben wird in dem Be-
richt des THW, daß die Gesamtkoor-
dination von einem integrierten Ka-
tastrophenschutzmanagement im Krisen-
stab des Innenministeriums gekenn-
zeichnet war, also eingesetzte
Organisations- und Funktionsberei-
che fachlich durch Verbindungskräfte
den Krisenstab „Hochwasser“ des
Landes Brandenburg berieten, so
daß schnell und pragmatisch in die-
ser Führungsebene gehandelt wer-
den konnte.

Problematisch war die zeitgerechte
Lagefeststellung der auf Kreisebene
eingesetzten Katastrophenschutz-
stäbe, denen Technische Einsatzlei-
tungen und einzelne Abschnitts-
führungsstellen nachgeordnet wa-
ren. Diese Einsatzabschnitte wurden
grundsätzlich durch Führungsstel-
len der Feuerwehr, des BGS, der
Bundeswehr und des THW geführt.
Darüberhinaus hatten diese interne

von Bedeutung sind und zu denen in
verschiedenen Projektgruppen der
Ständigen Konferenz für Katastro-
phenvorsorge und Katastrophensch-
utz, der Schutzkommission beim
Bundesminister des Innern und im
deutschen IDNDR-Komitee für Kata-
strophenvorbeugung bereits gearbei-
tet wird.

Besonders der Erfahrungsbericht
des Referates Brand- und Katastro-
phenchutz des Ministeriums des
Innern des Landes Brandenburg
enthält eine nahezu lückenlose und
ungeschminkte Sachdarstellung mit
detaillierten Hinweisen, Erkenntnis-
sen und Schlußfolgerungen. Das In-
nenministerium des Landes Bran-
denburg stellt fest, daß diese
Großschadenslage nur durch den
massiven Einsatz von Kräften und
Mitteln erfolgreich bewältigt werden
konnte. Gleichwohl haben die Aus-
wertungen auf allen Ebenen des Ka-
tastrophenschutzes aber auch
Defizite erkennen lassen.

In der vorbeugenden Planung:

- die Überarbeitung und Fort-
schreibung von KatS-Sonderplänen
und Evakuierungsplänen,
- die Quantität und Qualität von
Materialbevorratungen,
- die Bildung einheitlicher Füh-
rungsstrukturen (Stabsstrukturen)

mit ausreichender personeller und
materieller Untersetzung,

- die Ausbildung der Stäbe und
des fremden Personals (Deichläufer,
Fachberater),
- das Vorbereiten und Durch-
führen von Übungen (Vollübungen,
Stabsrahmenübungen, Fernmelde-
übungen),
- die Erarbeitung von Kommuni-
kationskonzepten,
- die Erprobung der Zusammen-
arbeit mit anderen Stellen/Organisa-
tionen,
- der Erlaß von ausführenden Be-
stimmungen zu den gesetzlichen
Grundlagen.

Im Einsatzfall ist zu erreichen:

- das Einhalten der vorgegebenen
Strukturen und der daraus resultie-
renden Kommunikationswege,
- die Notwendigkeit präziser Kräfte-
und Mittelanforderungen,
- die Gewährleistung einer koor-
dinierten Presse- und Öffentlich-
keitsarbeit,
- die auf eine Langzeitlage ausge-
legte Personalplanung,
- die Koordination der verschiede-
nen Organisationen/Institutionen
bei der Einsatzbewältigung,
- die Koordinierung der zahlrei-
chen Hilfsangebote aus Bevölkerung
und Wirtschaft,





Führungsstrukturen aufgebaut bzw. genutzt. Das hatte zur Folge, daß durch Anwendung unterschiedlicher Führungsprinzipien, -strukturen, Kommunikationssysteme und -wege eine Kooperation und Koordinierung, insbesondere zwischen zivilen und militärischen Kräften, teilweise erheblich erschwert worden ist.

Die Lage erforderte es, daß der Katastrophenschutz des Landes Brandenburg durch Kräfte des Bundes massiv verstärkt werden mußte. Spezifische Stärken der eingesetzten Bundeskräfte sind:

Bundeswehr:

- massiver Einsatz einer großen Anzahl von Soldaten,
- Lufttransportkapazitäten,
- Logistik, insbesondere schweres Gerät und Spezialgerät.

Bundesgrenzschutz:

- Fähigkeit sowohl zur Leistung technischer Hilfe als auch zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben in Katastrophenszenarien,
- rasche und flexible Integration in Einsatz- und Organisationsstrukturen infolge seiner Verbandstruktur,
- kurzfristige Verfügbarkeit von Hubschraubern und technischem Spezialgerät.

Technisches Hilfswerk:

- Integration in das System der örtlichen und regionalen Gefahrenabwehr,
- breite technische Fachkompetenz und Erfahrungen hinsichtlich angepaßter Technologien und Maßnahmen beim Hochwassereinsatz,
- vielfältigste berufliche Qualifikationen der ehrenamtlichen Helfer.

Beim Einsatz der Bundesorganisationen wurden aber auch Schwächen und Probleme festgestellt:

Bundeswehr:

- fehlende Kompatibilität der Fernmeldemittel zu zivilen Organisationen,
- mangelnde Kenntnis ziviler Katastrophenschutzstrukturen,
- unzureichende Erfahrungen mit zivilen Führungs- und Entscheidungsprozessen.

Bundesgrenzschutz:

- mangelnde Detailkenntnisse über die Feinstrukturen des Kata-

strophenschutzes des Landes Brandenburg,

- unzureichende Nutzung der Vorlaufphase des herannahenden Hochwassers zur Erstellung vorläufiger Katastrophenschutzkalender

Technisches Hilfswerk:

- Ausstattungsdefizite (Pumpen, Stromerzeuger, Trinkwasseraufbereitungsanlagen etc.),
- Ausbildungsdefizite insbesondere im Bereich Führungsorganisation und Logistik,
- Schwierigkeiten bei der Integration von THW-Führungseinrichtungen aus anderen Bundesländern in die brandenburgische Gefahrenabwehrstruktur.

Hingewiesen sei auch auf die vom deutschen IDNDR-Komitee für Katastrophenvorbeugung e.V. erstellte interdisziplinäre Studie über „Ursachen, Verlauf und Folgen des Sommer-Hochwassers 1997 an der Oder mit Aussagen zu bestehenden Risikopotentialen“.

Diese Studie hat einen großen Wert in ihren Empfehlungen hinsichtlich der Hochwasserrisikoverbeugung und für das Hochwassermanagement als multinationale Aufgabe. Zur Katastrophenabwehr selbst wird eine Beurteilung auch aus der Sicht der „betroffenen Bevölkerung“ wiedergegeben. Danach wurde insbesondere der organisatorische Aufbaugrad bei einigen Organisationen des Katastrophenschutzes als teilweise diffuses „Agieren“ empfunden. Insbesondere bei manchen Technischen Einsatzleitungen entstand der Eindruck, daß deren Mitglieder nicht in jedem Fall über einschlägige Kenntnisse und Erfahrungen im Führen von Verbandskräften unter Langzeitbedingungen verfügen.

Nach Berichten, die eingesetzte Kräfte der Katastrophenschutzbehörden abgegeben haben, sollen Abschnittsstäbe teilweise auch keine hinreichende Übersicht über die eingesetzten Kräfte gehabt haben. Organisationen haben Kräfte selbstständig abgerufen und ausgetauscht. Auch wird die Bildung von Evakuierungsgruppen vorgeschlagen, um die Katastrophenschutzstäbe in dieser umfangreichen Aufgabe zu unterstützen.

4. Zusammenfassung

Grundbedingungen für eine erfolgreiche Katastrophenbewältigung sind Koordination und Kooperation. Moderne Führung bedeutet Teamarbeit, Motivation und Selbstreflexion; erfordert integratives, vernetztes Management. Die Kernfragen, die in allen Erfahrungsberichten zum Oderhochwasser zu finden sind, lauten:

1. Wie gestaltet man künftig das kommunikative und informationstechnische Netzwerk der Hilfeleistung?

2. Wie gestaltet man die Entscheidungsnetzwerke für ein effizientes Gefahrenmanagement?

3. Was organisiert man zentral, was leistet man besser dezentral, um schnell und fallweise vernetzt Schutzressourcen optimal einsetzen zu können.

Starr und bürokratisch ausgelegte Managementprozesse entsprechen nicht mehr den komplexer werdenden Schadensszenarien. Ein erfolgreiches, agiles Gefahrenmanagement ist auf die (Denk-)Fähigkeiten in allen Ebenen angewiesen, um richtige Entscheidungen zu treffen.

Grundsätzlich entfaltet jede Organisation in ihren Strukturen ihre eigenen Stärken. Wollte man diese gewachsenen pluralen Strukturen um jeden Preis ändern und in allen Einzelheiten normieren, wo bliebe dann die Fähigkeit, in unterschiedlichen Strategien operative Logik, Phantasie und Flexibilität in einer Gefahrenlage dynamisch zu kombinieren und Synergieeffekte zu erzielen?

Sicher, eine völlig hierarchiefreie Organisation des Katastrophenschutzes kann es nicht geben. Auch muß die Sprache, müssen die Begriffe einheitlich, die Systeme an ihren Schnittstellen in allen vertikalen und horizontalen Koordinierungs- und Kooperationsebenen kompatibel gestaltet sein.

Katastrophenmanagement ist ein „Werkzeugkasten“ vernetzter Instrumente. Aber erst über die „Köpfe“, das Wissen, Können und Wollen der Akteure selbst erschließen sich uns neue Wege. Erst wenn im Grunde Bekanntes aus neuen Perspektiven betrachtet wird, wandeln sich Routinen. Und bereits Goethe formuliert: „Alles Gescheite ist schon gedacht worden. Man muß nur versuchen, es noch einmal zu denken.“

Hochwasser in sechs Bundesländern

In Schleswig-Holstein Maxi-Saugkraft gezeigt -
In Bayern für Trinkwasser gesorgt

Von Jens Böttcher, Carsten Wilde, Reiner Bormann und Alexander Glass



Im Nachhinein betrachtet war die Einsatzhäufung aufgrund von Unwetterschäden gegen Ende Oktober wohl ein Vorbote. Nach dem trotzdem unerwarteten Einsetzen eines Herbsthochwassers am 28. Oktober kämpften dann bis zu 2.500 THW-Helfer aus 250 Ortsverbänden in sechs Bundesländern um die Begrenzung von Schäden an Gesundheit und Vermögen der betroffenen Menschen. Ab Mittwochmorgen, dem 4. November, wurde ihre Zahl drastisch verringert.

Pumpen an der Autobahn

Bei Pinneberg (*Schleswig-Holstein*) überflutete das Fließchen Pinnau am 29. Oktober einen acht Kilometer langen, tiefgelegenen Autobahnabschnitt. THW-Helfer und Freiwillige Feuerwehr dichteten den Damm zur benachbarten Feuchtwiese ab und senkten den Wasserspiegel an der Autobahn so weit unter den der umliegenden Wiesen, daß dem Feierabendverkehr immerhin ein Fahrstreifen zur Verfügung stand. Die Saugkraft der THW-Fachgruppe Wasserschaden/Pumpen (3 x 5000 l/min., 2 x 1000 l/min.) spielte dabei keine unerhebliche Rolle. Obwohl die Pumpen noch vier Tage lang liefen, um die Autobahn befahrbar zu halten, nennt der Volksmund die Stelle jetzt Pinneberger Seenplatte.

Deichöffnung vorbereitet

Mit schwerem Gerät sollten eventuell THW-Helfer den durchweichten Hasedeich bei Haselünne (*Niedersachsen*) kontrolliert öffnen, um drohenden Schaden zu begrenzen. Im Hinterland hatten sie bereits Erdämme um die gefährdeten Bauernhöfe errichtet. Die Öffnung wurde dann aber vom Krisenstab des Landkreises Emsland abgefragt.

Mit Pontonbooten retteten THW-Helfer bei Bodenwerder an der Weser zwölf Rinder von einer Weide. Zuvor hatten sie an den Pontons Rampen von Viehtransportern befestigt und großzügig mit Stroh eingestreut.

THW sorgt für Trinkwasser

Im Kreis Miltenberg (*Bayern*) versorgten acht Darmstädter THW-Helfer mit einer Trinkwasseraufbereitungsanlage vorübergehend die Gemeinde Kirchzell. Dort war Regenwasser in die öffentliche Versorgungsanlage eingedrungen. Während 86,5 Betriebsstunden produzierten sie 1397 cbm Wasser und speisten es ins Netz ein. In Hof mußte das THW eine Ölsperre errichten, um einen Umweltschaden durch auslaufendes Öl einzugrenzen.

Kerosintanks geschützt

Auf dem Flugplatz von Baden-Baden (*Baden-Württemberg*) pumpen THW-Helfer Wasser ab, um die unterirdischen Kerosintanks zu schützen. Zuvor mußten die örtlichen Helfer des THW und der Feuerwehr von THW-Kameraden aus Biberach/Baden von der Einsatzstelle evakuiert werden. Ein anschwellender Bach hatte ihnen am frühen Morgen den Rückweg abgeschnitten, den nur die eintreffende Verstärkung mit dem schweren Bergungsraumgerät befahren konnte. Bei Geroldsau legten THW-Helfer aus Müllheim eine Brücke, die Langholzfahrzeugen den Abtransport eines Holzlagers mit Millionenwert ermöglichte.

Hilfe bei der Deichsicherung

In Niederkassel-Rheidt bei Bonn (*Nordrhein-Westfalen*) entwickelte sich ein Einsatzschwerpunkt an einer Baustelle, wo die Baufirma zur

Deichsanierung zunächst den alten Deich abgetragen hatte und dann sehr notdürftig ein Provisorium aus Erde aufgeschüttet hatte. Während die Baufirma rund um die Uhr arbeitete, leuchteten THW-Helfer die 3,3 Kilometer lange Baustelle aus und unterstützten die Arbeiten zur Deichsicherung mit bis zu 75 Helfern.

100 THW-Helfer in Worms aktiv

Andere Baustelle: Auch in Worms (*Rheinland-Pfalz*) war kein Herbsthochwasser eingeplant und im Zuge von Dammbauarbeiten eine Hochwasserschutzmauer abgetragen, an ihre Stelle niedrigere Spundwände provisorisch eingezogen worden. Die angekündigte Scheitelwelle auf dem Rhein hätte Worms an diesem Schwachpunkte nicht nur nasse Füße gebracht, sondern möglicherweise eine Straße unterspült, unter der auch eine Gasleitung liegt. Rund 150 Helfer, davon 100 vom THW, erhöhten deshalb in Windeseile notdürftig die Spundwand und gaben ihr mit 500 cbm Erdreich die nötige Standfestigkeit. Wenige Stunden nach dem Einsatz stand fest, daß zum kritischen Pegelstand knapp vierzig Zentimeter gefehlt hatten. Stadtfeuerwehrinspektor Fuchs sagte mit Blick auf die Zusammenarbeit mit dem THW: „Ich weiß schon, auf wen ich mich verlassen kann.“

Fazit: An unzähligen Einsatzstellen pumpen THW-Helfer Wasser aus Gebäuden und öffentlichen Einrichtungen. Daneben transportierten sie Sandsäcke, legten Sandsackdämme und bauten Stege. An anderen Brennpunkten sicherten sie einsturzgefährdete Gebäudeteile ab, kümmerten sich um Windbruchschäden und beseitigten Treibgut. Eine eindrucksvolle Demonstration der Vielseitigkeit des THW.

Zivilschutz- Probealarm in Österreich

Anfang Oktober fand in Österreich der erste bundesweite Probealarm mit rund 7.000 Sirenen statt. In der Bundeswarnzentrale im österreichischen Innenministerium in Wien wurde zunächst das Signal „Warnung“, ein drei Minuten anhaltender Dauerton, ausgelöst. Im Anschluß daran erfolgten die Signale „Alarm“ und „Entwarnung“ über die Landeswarnzentralen der neun Bundesländer.

Wie die Sprecherin des Innenministeriums in Wien, Cornelia Zoppoth, betonte, habe der Probealarm „wunderbar geklappt“. Die Sirenenprobe sei überdies eine gute Gelegenheit gewesen, die Notwendigkeit eines funktionierenden Zivilschutzes in Österreich in der Bevölkerung stärker zu verankern.

Österreich verfügt als eines der wenigen Länder in Europa über ein flächendeckendes Sirenenwarnsystem. Die Bundeswarnzentrale in Wien ist für das von Bund und Ländern gemeinsam betriebene Warn- und Alarmsystem verantwortlich und zugleich Kontaktstelle für Katastrophen- und Krisenfälle im Ausland.

Die Sirenenprobe wird künftig an jedem ersten Samstag im Oktober durchgeführt.

Auch Bonn probte

Anfang der 90er Jahre waren im Stadtgebiet der Bundestadt Bonn noch 118 Zivilschutzsirenen einsatzbereit. Im Rahmen der Rückbaumaßnahmen im Bereich des Warndienstes wurde vor einigen Jahren dieses Sirenenpotential auf 33 Anlagen reduziert. Im Einvernehmen mit der Stadt wurde der Abbau der Sirenen so vorgenommen, daß im Bereich von Gefahrenschwerpunkten,

entlang der Autobahnen und des Rheins, eine Warnung der Bevölkerung weiterhin möglich ist. Mit der Auflage, die Sirenen in Zukunft zu warten, hat der Bund diese der Stadt Bonn überlassen.

Bei Unfällen im Zusammenhang mit Chemietransporten oder bei sonstigen schwerwiegenden Gefährdungen der Bevölkerung kann diese nun über das Sirensystem der Stadt alarmiert werden. Mit Lautsprecherdurchsagen von Feuerwehr und Polizei sowie über Rundfunk werden dann die Bewohner der betroffenen Stadtviertel über die Gefahren und Verhaltensmaßnahmen informiert.

Einmal im Jahr werden die nun städtischen Sirenen erprobt. Das letzte Mal wurde der „Sonderalarm Stadtbezirke“ im Oktober 1998 getestet.

AkNZ-Jahres- programm 1999 liegt vor

Seit Oktober wird das Jahresprogramm der Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz (AkNZ) in Bad Neuenahr-Ahrweiler an alle zivilschutzrelevanten Stellen in Deutschland versandt.

Der umfangreiche Katalog bietet 94 unterschiedliche Seminare aus den Bereichen zivile Verteidigung, Zivilschutz, Katastrophen- und Selbstschutz an. Insgesamt führt die AkNZ im Jahr 1999 464 Einzelveranstaltungen mit einer Dauer von einem Tag bis zu fünf Tagen durch.

Neben den „Standard“-Seminaren wurde bei der Gestaltung einiger Veranstaltungen ein Akzent auf fachspezifische europäische Entwicklungen gelegt. Neue Seminare betreffen unter anderem den Objektschutz und die Kommunikationstechnik.

Die gesamten Seminarbeschreibungen sowie die Termine können auch im Internet-

angebot des Bundesamtes für Zivilschutz (<http://www.bzs.bund.de>) ersehen werden.

Eine umfassende Übersicht über das Seminar-Angebot der AkNZ geht auch aus dem diesem Heft beigefügten Faltkalender hervor.

Neue Qualität beim Strahlen- schutzregister

Ein Personen-Identifizierungssystem, das mit ausreichender Sicherheit die berufliche Strahlenexposition bestimmten Personen zuordnet und dennoch dem Datenschutz Rechnung trägt, wurde in München-Neuherberg vorgestellt. Am 5. und 6. November tagte dort die „Expertenkommission Strahlenschutzregister“, der Vertreter von Landesbehörden, Strahlenmeßstellen, Forschungsinstituten und Industriefirmen ebenso angehören wie andere Institutionen, die auf dem Gebiet des Strahlenschutzes oder des Datenschutzes tätig sind. München-Neuherberg ist Sitz des Strahlenschutzregisters, das beim Bundesamt für Strahlenschutz als zentrale Stelle des Bundes eingerichtet wurde. Das Strahlenschutzregister hat die Aufgabe, Daten aus der Strahlenschutz-Überwachung von beruflich strahlenexponierten Personen zu erfassen, zu sammeln und zu bewerten.

Im Strahlenschutzregister werden die Daten von zahlreichen verschiedenen Meßstellen zusammengefaßt, in denen Personen beruflich bedingt mit ionisierenden Strahlen oder radioaktiven Stoffen umgehen.

Derzeit zählen in Deutschland etwa 340.000 Menschen zum „beruflich strahlenexponierten Personal“. Das bedeutet, sie gehen in ihrer beruflichen Tätigkeit mit Quellen ionisierender Strahlung um und sind deshalb mit Personendosimetern ausgerüstet.

Die Strahlendosen von 95 Prozent dieses Personenkreises werden inzwischen vom Strahlenschutzregister erfaßt.

Ausbildung für das THW wieder aufgenommen

Auf der Grundlage einer Verwaltungsvereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Sachsen-Anhalt über die Durchführung der Ausbildung von Helfern der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk begann im August wieder der Ausbildungsbetrieb für das THW mit den Lehrgängen „Basisausbildung Führungskräfte“ an der Brandschutz- und Katastrophenschutzschule (BKS) Heyrothsberge.

So konnte BKS-Direktor Dr.-Ing. Ladewig im Beisein des Landesbeauftragten des THW-Landesverbandes Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Dipl.-Ing. Metzger, und des neuen Magdeburger THW-Geschäftsführer Haupt 20 Helferinnen und Helfer aus Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Thüringen begrüßen.

Dr. Ladewig führte zur Eröffnung aus: „Unsere Einrichtung war einmal eine klassische Feuerweherschule, die sich seit 1991 zu einem Zentrum der Aus- und Fortbildung und des Erfahrungsaustauschs im Brand- und Katastrophenschutz für das Land Sachsen-Anhalt entwickelt hat, aber auch für die anderen Bundesländer offensteht.“

Leitende Notarztgruppe übte

„Lieber sichten wir den Unfallort etwas länger und stellen



Als „Maßnahme, die dem Wohlbefinden der Lehrgangsteilnehmer dienen soll“ bezeichnete der Präsident des Bundesamtes für Zivildienst, Helmut Schuch, den Umbau des Unterkunftgebäudes 2 auf dem Gelände der Akademie für Notfallplanung und Zivildienst in Bad Neuenahr-Ahrweiler. Mit der Umgestaltung der früher vorhandenen Doppelzimmer mit Gemeinschafts-Sanitäranlagen in 37 Einzelzimmer mit eigenem Dusch- und WC-Bereich kann nun ein zeitgerechter Unterbringungsstandard geboten werden. Das Obergeschoß wurde in einzelne Wohngruppen mit jeweils fünf Einzelzimmern, eigenem Zugang und Aufenthaltsbereich auf gegliedert. Zur Verbesserung des Freizeitangebotes steht darüber hinaus eine Sauna im Kellergeschoß zur Verfügung.

damit effektive Weichen, als die ganze Katastrophe in ein letztendlich überfordertes Krankenhaus zu verlagern.“ Dr. Jürgen Luxem weiß, wovon er spricht. Der Sprecher der Leitenden Notarztgruppe Aschaffenburg verfügt über Erfahrungswerte aus rund 3.000 Hubschrauber- und über 8.000 Notarzteinsätzen.

Jeweils ein Leitender Notarzt, ein organisatorischer Leiter des Rettungsdienstes und ein Kreisbrandmeister als Einsatzleiter der Feuerwehr bildeten die Erkundungsteams bei der Übung in einem Sporthallenrohbau. Nach einer angenommenen Explosion mußten in dem riesigen Gebäude unter erschwerten Bedingungen sämtliche Räume und Nischen nach Geschädigten durchsucht werden.

„Und jeder Verletzte fordert eine eigene Entscheidung“, erklärt Herbert Steiner, Pressesprecher des Kreisfeuerwehrverbandes. Das Erkundungsteam müsse die Gesamtsituation erkennen, abstimmen und danach handeln: Entsprechend der voraussichtlichen Zahl der Opfer, des Schweregrades der Schädigung und der benötigten Anzahl von Ärzten,

Sanitätern und Feuerwehrleuten sind Einsatzanweisungen zur medizinischen und technischen Rettung und zum Transport zu leisten. „Das verstehen wir als übergreifenden Prozeß und absolute Teamarbeit“, ergänzte Dr. Luxem. „Und das muß geübt werden.“ Auch Kreisbrandrat Karl Heinz Ostheimer, Großostheim, bestätigte diese Aussage. Er sah in dieser Übung einen ersten, richtigen Schritt, dem jedoch weitere folgen müssen.

Seit über einem Jahr ist die Leitende Notarztgruppe, das sind vier niedergelassene Fachärzte für Anästhesie und ein Facharzt für Innere Medizin, rund um die Uhr für Stadt und Landkreis Aschaffenburg im Notdienst. Bis zum Übungstag waren schon zehn große Einsätze, darunter eine Explosion und ein Verkehrsunfall mit zwei Toten und 13 Verletzten, zu bewältigen.

Neue Interessengemeinschaft

Eine Reihe ehren- oder hauptamtlicher Helfer in den

verschiedenen Hilfsorganisationen hat eine interessante Freizeitbeschäftigung: Sie sind Funkamateure und stehen dadurch weltweit mit anderen Menschen in Verbindung. In mehreren Organisationen bestehen sogar spezielle Amateurfunk-Gruppen.

Seit Ende 1995 treffen sich Angehörige von Hilfsorganisationen regelmäßig auf ihren Amateurfunkfrequenzen (für Insider: montags um 17:30 UTC auf 3.620 kHz +- QRM in SSB und donnerstags um 20:00 Ortszeit im Pocket-Radio-Convers Kanal 112). Unter dem Namen „Interessengemeinschaft der Funkamateure in Hilfsorganisationen (IG-FiH)“ hat sich Anfang 1997 eine neue Gemeinschaft gebildet. Die Mitglieder haben Freude am Funken und auch darüber hinaus gleiche Interessen, nämlich ihre rettende, löschende oder helfende Tätigkeit durch den organisationsübergreifenden Erfahrungsaustausch mittels des Mediums Amateurfunk zu vertiefen. Persönliche Treffen bei überregionalen Amateurfunk-Veranstaltungen gehören ebenso zu den Aktivitäten wie die regelmäßige Veröffentlichung eines „Rundspruchs“.

Weitere Information zu der Interessengemeinschaft und zu den Möglichkeiten, an den Funk-Runden teilzunehmen, können bei Karsten Radwan, Rufzeichen DL2ABM, Postfach 11 53, 38501 Gifhorn, angefordert werden.

Abrollbehälter für ABC-Zug

Im Zuge der Neustrukturierung des ABC-Dienstes wurde in Köln die Zahl der ABC-Züge von acht auf fünf reduziert. Darüberhinaus wurden die ehemaligen Regieeinheiten in Einheiten der Freiwilligen Feuerwehr umgewandelt: Zwei Züge blieben selbständig, die drei anderen wurden an vorhande-

Blick auf die Frontseite des neuen Abrollbehälters.



nen Einheiten des Brandschutzdienstes angegliedert.

Der an die Löschgruppe Flittard der Freiwilligen Feuerwehr Köln angegliederte 5. ABC-Zug erhielt zusätzlich die Aufgabe „Dekontamination“ innerhalb des Einsatzkonzeptes „Gefahrgutunfälle“ zugewiesen. Dies bedeutet u.a. den zeitnahen Aufbau eines Dekontaminationsplatzes. Deswegen machte man sich innerhalb der Einheit Gedanken, wie die für diesen Zweck vorhandene Zusatzbeladung sinnvoll verlastet werden könnte, da auf dem vorhandenen Fahrzeugpark kein Leerraum mehr verfügbar war.

Durch die Branddirektion konnte der Löschgruppe ein bei der Berufsfeuerwehr abgeschriebenes Wechselladerfahrzeug sowie ein freigewordener Abrollbehälter zur Verfügung gestellt werden. Die Umbauten wurden durch Angehörige der Einheit in Eigenleistung konzipiert und realisiert.

Das System hat sich bei mehreren Einsätzen und zahlreichen Übungen bewährt, so daß auch künftig daran festgehalten werden soll.

„Feuerwehren Eckpfeiler der Sicherheit“

Sieben Berufsfeuerwehren, 7.792 Freiwillige Feuerwehren und 277 Werk- und Betriebsfeuerwehren ermöglichten 1997 in Bayern, daß die Feuer-

wehr flächendeckend innerhalb von zehn Minuten an allen Einsatzorten waren. Wie Bayerns Innenminister Dr. Günther Beckstein in München bilanzierte, waren die bayerischen „Floriansjünger“ im Jahr 1997 insgesamt 177.917 mal im Einsatz. Insgesamt sorgten 382.418 Feuerwehrleute für schnelle Hilfe. Wie Beckstein betonte, gibt der Freistaat jedes Jahr rund 100 Millionen Mark für seine Feuerwehren aus. Zusammen mit den Leistungen der Kommunen betragen die Aufwendungen der öffentlichen Hand für sie mehr als 300 Millionen Mark.

Insgesamt rückten die bayerischen Feuerwehren im Jahr 1997 17.639 mal zur Brandbekämpfung, 82.388 mal zur technischen Hilfeleistung und 44.055 mal zu Rettungseinsätzen aus. 14.171 mal war ein Fehlalarm Ursache für einen Feuerwehreinsatz. Die meisten Brände, nämlich 4.244, waren in Wohnungen zu löschen, gefolgt von 2.676 Bränden in der Land- und Forstwirtschaft und 2.648 Fahrzeugbränden.

Bei den technischen Hilfeleistungen stand mit 9.738 Einsätzen die Beseitigung von Öl auf der Fahrbahn an erster Stelle, gefolgt von 9.611 Einsätzen wegen Insekten. Bei Verkehrsunfällen mußten die Feuerwehren 7.783 mal ausrücken. 6.101 mal wurden die Feuerwehren zu Wasserschäden, beispielsweise bei Rohrleitungsbruch oder geplatzten Waschmaschinenschläuchen, und 3.174 mal wegen Hochwasser oder Überschwemmungen gerufen.

Leitfaden Rettungsdienst

Hrsg. von B. Lutomsky
und F. Flake
Gustav Fischer Verlag,
70599 Stuttgart

Alle im Rettungsdienst Tätigen müssen tagtäglich innerhalb von Sekunden über das Wohl der Patienten entscheiden. Volle Konzentration und höchste Fachkompetenz sind gefordert. Jeder Handgriff muß sicher beherrscht werden. Dabei ist das Wissen um die Krankheit ebenso wichtig wie die Kenntnis über Einsatztaktik, aber auch der menschliche Umgang mit dem anvertrauten Patienten.

Der vorliegende Leitfaden Rettungsdienst ist ein kompakter, allzeit bereiter Begleiter für die Einsatzjacke. Seine Schwerpunkte und Inhalte sind streng am Rettungsdienst-Alltag orientiert. „Scheidewege“ und kritische Momente werden benannt und bewertet. Entscheidungskriterien z.B. zum Nachfordern des Notarztes oder zur Intubation werden klar formuliert. Die Pharmaprofile der wichtigsten Medikamente in der Notfallmedizin finden sich in alphabetischer Ordnung. Alle relevanten Arbeitstechniken werden umfassend und ausführlich dargestellt.

Mobiler Inselfschutz 1898-1998

100 Jahre Freiwillige
Feuerwehr Juist
Hrsg. von Bernd Bunk
Loog Verlag,
26209 Sandhatten

Die Männer und Frauen der Juister Wehr haben das Gefühl, mit der Erstellung des Jubiläumsbandes eine wichtige Aufgabe für sich und für die Gemeinde geleistet zu haben. Ganz nebenbei ist zusätzlich ein interessantes Inselbuch entstanden. Denn die Feuerwehr ist bei vielen Ereignissen präsent, die die Inselgeschichte und die Biographie der Menschen prägen. Ob es eine Sturmflut ist, die Menschen abberuft, wie 1962 den Pastor

und gleichzeitig unter dramatischen Umständen einen kleinen Juister zur Welt kommen läßt, oder wenn in kalten Wintern die Insel völlig vom Festland abgeschnitten ist und aus der Luft versorgt werden muß.

Es ist ein Buch entstanden, das von den Fotos bis zur aufwendigen Fadenbindung als ein kleines Meisterwerk zu bezeichnen ist.

Checkliste Rettungsmedizin

Von Thomas Ziegenfuß
Georg Thieme Verlag,
70469 Stuttgart

Im Rettungsdienst tätige Mediziner haben meist ein ausreichendes theoretisches Wissen, oftmals fehlt ihnen jedoch die Fähigkeit, dieses Wissen unter den besonderen Umständen des Rettungsdienstes in die Praxis umzusetzen. Gerade im Rahmen des meist völlig eigenverantwortlichen Handelns benötigen sie eine praxisnahe Information zur zügigen Diagnosestellung und effektiven Erstversorgung. Die Checkliste stellt die gesamte Rettungsmedizin so dar, wie sie im Notarztamt benötigt wird.

Presse-Taschenbuch Umweltschutz +

Arbeitssicherheit 98/99
Herausgeber: Messer Griesheim GmbH, 47793 Krefeld
Kroll-Verlag,
82224 Seefeld/Obb.

Im handlichen Jackentaschenformat, auf Dünndruckpapier gedruckt und mit rd. 12.000 Personenkontakten, ist dieses Taschenbuch eine Datenbank für den täglichen Gebrauch.

Das vom Industriegase-Spezialisten Messer Griesheim herausgegebene Taschenbuch enthält die Anschriften von rd. 1.000 Journalisten und Fachfotografen, die über Umwelt und Arbeitssicherheit berichten (mit Spezialgebieten, Privat- u. Dienstanschriften). Das Nachschlagewerk vermittelt Infor-

mationen über 1.100 Fachzeitschriften-Redaktionen mit Verlagen und Redakteuren, die Tages-, Wochen- und Publikums- presse mit den zuständigen Ressortleitern für Umwelt/Wirtschaft/Technik/Wissenschaft, Funk- und Fernsehstationen, Branchen-Infodienste, Bibliotheken, Dokustellen und Datenbanken.

Weiterhin finden sich in diesem handlichen Helfer Behörden und staatliche Einrichtungen und rd. 1.200 Kontaktadressen von Umwelt-Organisationen, Verbänden und Spitzengremien.

Zwei neue Bände der Schriftenreihe zum Rettungswesen

Institut für Rettungsdienst
des DRK,
Auf dem Steinbüchel 22,
53340 Meckenheim

Band 18: Wirtschaftlichkeit im Rettungsdienst

Die Ergebnisse dieser Studie belegen u. a. nachhaltig, daß bereits eine effiziente Organisation des Rettungsdienstes die Kosten erheblich senkt, ohne daß die Qualität der Leistungen beeinträchtigt wird oder erst gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen. Der Band liefert somit objektive Argumentations- und Entscheidungshilfen, die beispielsweise bei Diskussionen um die Novellierung von Rettungsdienstgesetzen nicht außer Acht gelassen werden sollten.

Band 19: Workshop Maria Laach: Leitstelle II

Im Rahmen des Workshops ist es gelungen, ein sehr umfassendes und zugleich detailliertes Profil der Leitstelle zu erarbeiten. Die von allen Teilnehmern getragenen Ergebnisse bilden aufgrund der paritätischen Zusammensetzung des Workshops die Grundlage eines umfassenden Konsenses mit richtungweisenden Impulsen.

Termine

3.-5. März 1999: 3. Internationaler Kongreß „Management des öffentlichen Gesundheitswesens im Katastrophenfall“

Ort: Nottwil (CH)

Info: Ausbildungszentrum SRK am Sempachersee, CH-6207 Nottwil

3.-6. Juni 1999: XIII. Internationale Feuerwehr-Sternfahrt

Ort: Region Wörther See (A)

Info: Sternfahrt-Büro, Moosburger Straße 9, A-9201 Krumpendorf

15.-19. Juni 1999: Fachmesse „Brand“ und

15.-18. Juni 1999: Messe für Sicherheitstechnik „Security“

Ort: Amsterdam (NL)

Info: Royal Dutch Jaarbeurs, Jaarbeursplein, NL-3521 Utrecht

16. Oktober 1999: Gemeinsame Fachtagung des Sozialministeriums Baden-Württemberg und der Deutschen Rettungsflugwacht e.V. „Experten zum Thema Gefahrgutunfälle“

Ort: Stuttgart

Info: Tagungsbüro, Echterdinger Straße 89, 70794 Filderstadt

5.-7. Mai 2000: 125 Jahre Berufsfeuerwehr Nürnberg

Info: Stadt Nürnberg, Feuerwehr, Regenstrasse 4, 90317 Nürnberg

16.-18. Juni 2000: Straßen-Rad-Weltmeisterschaften der Feuerwehren

Ort: Augsburg

Info: Deutscher Feuerwehrverband, Koblenzer Straße 133, 53177 Bonn

20.-25. Juni 2000: Interschutz / 27. Deutscher Feuerwehrtag

Ort: Augsburg

Info: Organisationsbüro, Berliner Allee 30, 86153 Augsburg

Seminare und Lehrgänge von Instituten und Firmen

Arbeiter-Samariter-Bund, Lupinenweg 12, 22549 Hamburg: Der Lehrgangsplan der Staatlich anerkannten Berufsfachschule für Rettungsassistenten kann angefordert werden.

Brandschutz- und Katastrophenschutzschule, Biederitzer Straße 5, 39175 Heyrothsberge:

Die Lehrgangspläne für das 1. Halbjahr 1999 für die Feuerwehrausbildung sowie die Lehrgänge des Bildungszentrums Jugendfeuerwehr Sachsen-Anhalt und der ASB-Landesrettungsschule können angefordert werden.

Deutsche Gesellschaft für Katastrophenmedizin e.V., Info: Sekretariat der Unfallchirurgischen Klinik Westend, Spandauer Damm 130, 14050 Berlin: 10. Jahrestagung am 23.-24.10.1999.

Johannerschule Hannover/Ronnenberg, Hagacker 5 B, 30952 Ronnenberg: Hannoversches Notfall-symposium 1999 am 6.-7.3.1999.

Minimax GmbH, Schulungszentrum, Minimaxstraße 1, 72574 Bad Urach: Der Lehrgangsplan für die Brandschutz-Seminare kann angefordert werden.

SBE Bundesvereinigung für Streßbearbeitung nach belastenden Ereignissen e.V., Aktienstraße 22, 53859 Niederkassel: Ausbildungs-Module: 12.-14.3.1999.

Technische Akademie Wuppertal e.V., 42097 Wuppertal: 20.10. Seminar Brandschutz in Gemeinden.

Total Feuerschutz GmbH; Industriestraße 13, 68526 Ladenburg: Der Lehrgangsplan für die Brandschutz-Ausbildung kann angefordert werden.

VdS Schadenverhütung, Schulung und Information, Pasteurstraße 17 a, 50735 Köln: VdS-vfdb-Fachtagung „Abwehrender Brandschutz Feuerwehren“.

Vereinigung für Gefahrstoff- und Brandschutzforschung, Georg-von-Nissen-Straße 57, A 5020 Salzburg: 8. Internationale Fachtagung „Gefährliche Stoffe“ am 22.-24.2.1999 in Salzburg.

IMPRESSUM

Anschrift der Redaktion:

Postfach 20 03 51

53133 Bonn

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesamt für Zivilschutz, Deutscherherrenstraße 93-95, 53177 Bonn

Verlag:

Bundesamt für Zivilschutz

Internet: <http://www.bzs.bund.de>

Das „Bevölkerungsschutz-Magazin“ erscheint viermal jährlich: Im Februar, Mai, August und November. Redaktionsschluß ist jeweils der 10. des Vormonats.

Chefredakteur:

Hans-Walter Roth

Telefon (02 28) 940 - 1100

Telefax (02 28) 940 - 2981

Redaktion und Layout:

Paul Claes

Telefon (02 28) 940 - 1164

Telefax (02 28) 940 - 2981

Druck, Herstellung und Vertrieb:

Max Schick GmbH

Karl-Schmid-Straße 13

81829 München

Telefon (0 89) 42 92 01 - 02

Telefax (0 89) 42 84 88

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis DM 3,50

Abonnement jährlich DM 14,-

zzgl. Porto und Versandkosten.

Mitteilungen zum Versand bitte ausschließlich an den Verlag richten.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Vom Vorbild zum Modell

Die Einsatzfahrzeuge des Katastrophenschutzes

Von Wolfgang Jensch

Heute:

Mannschaftstransportwagen (MTW), Technischer Zug (THW)

Die Neuorganisation des Technischen Hilfswerks (THW) im Rahmen des Katastrophenschutzes ist erfolgt, eine Reihe neuer Einsatzfahrzeuge beleben das Bild der Fuhrparks. Neu auch ein Mannschaftstransportwagen (MTW), der den Zugtrupps des Technischen Zuges (TZ) in den unterschiedlichen Fachgruppen (FGr) zugeordnet ist.

So weist die neue STAN des THW für die FGr Infrastruktur, Ortung und Brückenbau zeichnerisch vorläufig einen Ford Transit aus, während in allen anderen FGr ein MTW mit Führungsausstattung (Prototyp) eingesetzt ist. Es handelt sich dabei um ein Kombifahrzeug mit kurzem Radstand. Der MTW ist für eine Besetzung von 1/1/2 (+2) vorgesehen.

Das Modell

Von der Firma Rietze stammt das Grundmodell des benötigten Ford Transit (z.B. Bestellnummer 50711, 50527 oder 10771). Wer beim Grundmodell ein Einsatzfahrzeug der Polizei, Feuerwehr oder des THW wählt, verfügt - im Gegensatz zum zivilen Grundmodell (10771) - gleichzeitig über den benötigten Blaulichtbalken.

Das Modell wird in seine Einzelteile zerlegt. In Weiß-matt grundiert und in THW-Blau (RAL 5002, z.B. Humbrol) lackiert wird das komplette Aufbauteil. Die Umrandungen der Fenster werden in Schwarz-matt lackiert, ebenfalls die Wischer und die Rückspiegel. Der Innenraum des Aufbaus erhält eine graue (matt) Farbgebung. Nach dem ausreichenden Trocknen kann das Modell wieder zusammengebaut

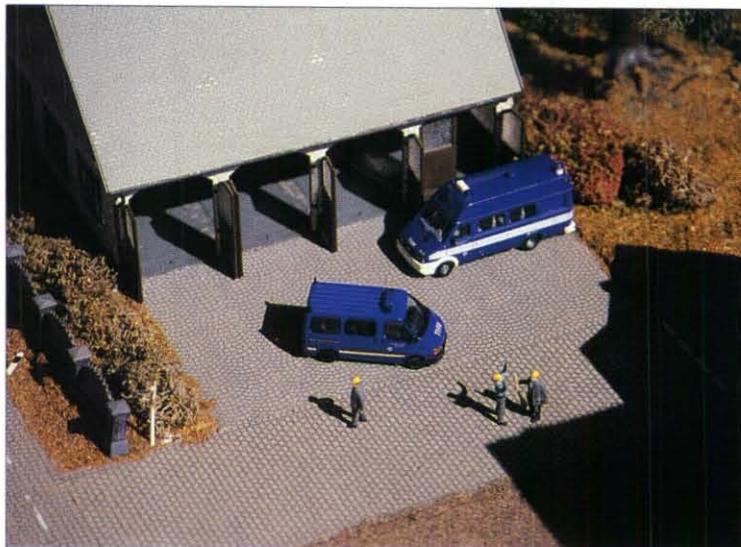


Mannschaftstransportwagen des THW-Ortsverbands Braunschweig.

werden, wobei alle anderen Teile farblich unbehandelt bleiben.

Der THW-MTW erhält jetzt einen Blaulichtbalken (Rietze-Zubehör oder dem Grundmodell beigelegt), sein Korpus wird ebenfalls in Blau lackiert. Am Aufbauheck werden dachseitig zwei Blinker angebracht

(Zubehör, schwarz umrandet, Licht orange). Die Detaillierung erfolgt wie üblich: THW-Beschriftung (Preiser, Müller), Kfz-Kennzeichen (Preiser), Türgriffe (schwarz), Heckblinker (orange), Radkappen (schwarz), Rückspiegel (Glas silber).



Modell im Maßstab 1:87.



Vor 110 Jahren - am 29. November - 1888 schlug die Geburtsstunde des Arbeiter-Samariter-Bundes, einer der größten Hilfs- und Wohlfahrtsorganisationen Deutschlands. Aus Betroffenheit darüber, daß sie bei einem schweren Arbeitsunfall nicht helfen konnten, organisierten sechs Berliner Zimmerleute den ersten „Lehrkursus für die Erste Hilfe bei Unglücksfällen“. Die Kurse, die angesichts fehlender Rettungsdienste und mangelhafter medizinischer Versorgung eine „Hilfe zur Selbsthilfe“ darstellten, waren der wesentliche Impuls für die Entwicklung der Notfallrettung in Deutschland.

In den wirtschaftlich und politisch schwierigen Zeiten der Weimarer Republik stellte sich der ASB ersten wohlfahrtsstaatlichen Herausforderungen und konnte damit seine Strukturen und seine gesellschaftliche Stellung erfolgreich ausbauen. 1932 waren bereits 52.362 Helfer in 1.574 ASB-Gliederungen aktiv.

Heute ist der ASB mit 16 Landes- und 279 Orts- und Kreisverbänden überall in Deutschland präsent. Zur Zeit beschäftigt der ASB 13.890 hauptamtliche und noch mal so viele ehrenamtliche Mitarbeiter. 950.000 Mitglieder unterstützen den gemeinnützigen Verein (siehe auch Beitrag im ASB-Teil des Heftes).

Wir stellen vor:

Das Bundesamt für Zivilschutz (BZS)



Zur Erledigung von Verwaltungsaufgaben des Bundes im Zivilschutz besteht als Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern das Bundesamt für Zivilschutz (BZS) in Bonn-Bad Godesberg. Hervorgegangen ist das BZS aus dem Beschluß des Bundeskabinetts im Dezember 1953, eine „Bundesanstalt für zivilen Luftschutz“ zu errichten. Im Dezember 1958 wurde dann das Gesetz zur Errichtung des „Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz“ verkündet. Seit der Änderung des Gesetzes im Jahre 1974 führt das Amt seine heutige Bezeichnung.

Das Bundesamt für Zivilschutz kann demnach auf ein 40jähriges Bestehen zurückblicken.

Durch das Gesetz zur Neuordnung des Zivilschutzes (ZSNeuOG) wurden 1997 die Aufgaben des BZS neu geregelt. Folgende Aufgaben werden durch das Bundesamt wahrgenommen:

Gesetzliche Aufgaben

○ Die Unterstützung der fachlich zuständigen obersten Bundesbehörden bei einer einheitlichen Zivilverteidigungsplanung;

○ die Unterweisung des mit Fragen der zivilen Verteidigung befaßten Personals sowie die Ausbildung von Führungskräften und Ausbildern des Katastrophenschutzes im Rahmen ihrer Zivilschutzaufgaben;

○ die Entwicklung von Ausbildungsinhalten des Zivilschutzes, einschließlich des Selbstschutzes;

○ die Unterstützung der Gemeinden und Gemeindeverbände bei der Erfüllung der Selbstschutzaufgaben;

○ die Mitwirkung bei der Warnung der Bevölkerung;

○ die Information der Bevölkerung über den Zivilschutz, insbesondere über Schutz- und Hilfeleistungsmöglichkeiten;

○ die Aufgabenstellung für technisch-wissenschaftliche Forschung im Benehmen mit den Ländern, die Auswertung von Forschungsergebnissen sowie die Sammlung und Auswertung von Veröffentlichungen auf dem Gebiet der zivilen Verteidigung;

○ die Prüfung von ausschließlich oder überwiegend für den Zivilschutz bestimmten Geräten und Mitteln sowie die Mitwirkung bei der

Zulassung, Normung und Qualitätssicherung dieser Gegenstände.

Übertragene Aufgaben

○ Ergänzung des Katastrophenschutzes der Länder für Zwecke des Zivilschutzes;

○ Förderung der Erste-Hilfe-Ausbildung und der Ausbildung von Pflegehilfskräften;

○ Schutz von Kulturgut;

○ Unterhaltung von Schutzräumen;

○ Vorsorgemaßnahmen nach dem Wassersicherungsgesetz;

○ Betreuung der Schutzkommission beim Bundesministerium des Innern.

Die Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz im Bundesamt für Zivilschutz führt den Lehrauftrag des Bundesamtes aus.

Informationen über den Zivilschutz sind unter Telefon (02 28) 9 40 - 0 oder Telefax (02 28) 9 40 - 29 81 erhältlich. Internet: <http://www.bzs.bund.de>

Deutscherherrenstraße 93, 53177 Bonn – unter dieser Anschrift ist das BZS zu finden.



AkNZ – Jahresprogramm 1999

Zivile Verteidigung

Bezeichnung	Seminar-tage:	Die Seminare finden in folgenden Kalenderwochen statt:
Allgemeine Fragen der Notfallvorsorge und zivilen Verteidigung	4	2, 9, 15, 17, 20, 23, 25, 33, 35, 38, 43, 45, 48, 50
Einführung in Fragen der Notfallvorsorge und zivilen Verteidigung	3	5, 37
Ernährungsnotfallvorsorge für Führungskräfte	2	20
Ernährungsnotfallvorsorge zur Unterweisung des auf diesem Gebiet tätigen oder dafür vorgesehenen verantwortlichen Personals	4	3, 11, 15, 17, 25, 34, 38, 48
Einführung in die Ernährungsnotfallvorsorge	2	2, 9
Einführung in die Verkehrssicherstellung für Führungskräfte	3	3, 33, 44
Einführung in die Verkehrssicherstellung für Abteilungsleiter/Sachbearbeiter	3	15, 17, 39, 50
Zivile Verteidigung zur Verkehrssicherstellung	2	25, 43
Zivile Verteidigung und zivile Infrastruktur von militärischem Interesse im Straßenbau	3	22
Verkehrssicherstellung für NATO-Experten	2	33
Einzelfragen der Verkehrssicherstellung	4	5, 18, 36, 47
Allgemeine Fragen der Wirtschaftssicherstellung	3	21, 39
Wirtschaftssicherstellung im Rahmen der staatlichen Notfallvorsorge	4	4, 47
Schwerpunkt zur Wirtschaftssicherstellung	2	24
Arbeits sicherstellung für die Bediensteten der Bundesanstalt für Arbeit	3	5, 22, 34, 36, 42, 44
Instandhaltungen von Anlagen zur Wassersicherstellung	2	10, 16, 35, 43
Sicherstellung des Postwesens	3	8, 11, 22, 33
Sicherstellung der Telekommunikation	3	21, 32, 43, 49
Zivile Alarmplanung	2	36, 45
Objektschutz	2	24, 49
Zivil-militärische Zusammenarbeit	4	3, 10, 16, 24, 34, 46
Gesamtverteidigung und staatliche Sicherheitsvorsorge		Besondere Ausschreibung

Zivilschutz / Selbstschutz

Aufgaben des Zivilschutzes incl. des Katastrophenschutzes - Sachbearbeiter	3	2, 6, 33, 41, 49
Aufgaben des Zivilschutzes incl. des Katastrophenschutzes - Wirtschaftliche Angelegenheiten	1	2, 6, 33, 41, 49
Aufgaben des Zivilschutzes incl. des Katastrophenschutzes - Helferangelegenheiten	2	15, 25, 37, 45, 50
Aufgaben des Zivilschutzes incl. des Katastrophenschutzes - Amtsleiter	3	4, 12, 31, 40
Aufgaben des Zivilschutzes incl. des Katastrophenschutzes - Kreisangehörige Städte und Gemeinden	2	5, 22, 36, 44
Aufgaben des Zivilschutzes incl. des Katastrophenschutzes - Leitstellenpersonal	2	32, 43
Warnung der Bevölkerung	5	4
Planspiel: Warnung der Bevölkerung	3	21
Arbeitsverfahren zur Sicherstellung der Warnung der Bevölkerung	3	22
Baulicher Zivilschutz - Grundlagen	5	2
Baulicher Zivilschutz - Aufbau	5	36
Schutzraumverwaltung	3	4, 21, 37
Schutzrauminstandhaltung	5	10, 20, 39, 47, 50
Administrative Maßnahmen im Kulturgutschutz	3	12, 35
Praktische Durchführung des Kulturgutschutzes	3	22, 40, 48
Schutz der Gesundheit	3	16, 37, 48
Veterinärverwaltung	2	37, 44
Untersuchungsämter	5	45
Führen in einer (Technischen) Einsatzleitung 1	5	4, 6, 9, 12, 15, 23, 25, 36, 40, 43, 45, 50
Führen in einer (Technischen) Einsatzleitung 2	5	2, 8, 10, 16, 20, 35, 39, 48
Führen in einer (Technischen) Einsatzleitung 3	3 und 5	5, 18, 33, 44
Leiter von Führungsgremien, Mitarbeiter im Bereich Planung und Einsatz	3	9, 22, 46
Führung und Leitung auf der Ebene der Katastrophenschutzbehörde unter Berücksichtigung landesrechtlicher Regelungen 1	5	2, 3, 6, 8, 10, 11, 12, 16, 18, 20, 24, 25, 31, 32, 35, 38, 39, 40, 41, 43, 45, 47
Führung und Leitung auf der Ebene der Katastrophenschutzbehörde unter Berücksichtigung landesrechtlicher Regelungen 2	5	3, 5, 6, 9, 11, 12, 15, 17, 20, 23, 25, 31, 32, 34, 35, 37, 40, 41, 42, 45, 48, 50

AkNZ – Jahresprogramm 1999

Führung und Leitung auf der Ebene der Katastrophenschutzbehörde unter Berücksichtigung landesrechtlicher Regelungen 3	4	11, 16, 39, 44, 46
Öffentlichkeitsarbeit in der Katastrophe, der Krise und im Zivilschutzfall	4	17, 21, 42, 47, 50
Führung und Leitung unter hoher psychischer Belastung 1	3	2, 3, 6, 8, 11, 12, 16, 18, 23, 24, 32, 33, 36, 37, 41, 42, 44, 45, 48, 49
Führung und Leitung unter hoher psychischer Belastung 2	3	4, 9, 15, 22, 31, 34, 38, 43, 47, 50
Führung und Leitung unter hoher psychischer Belastung (Workshop)	3	5, 10, 20, 25, 35, 46
Berater für Sanitäts-/Gesundheitsfragen in Führungsgremien der Katastrophenschutzbehörde	5	3, 20, 46
Berater für Betreuung/soziale Dienste in Führungsgremien der Katastrophenschutzbehörde	4	8, 18, 39
Kommunikationstechnik	3	8, 16, 24, 33, 36, 44
Fm- (LuK-) Sachbearbeiter (KatS) 1	5	10, 47
Fm- (LuK-) Sachbearbeiter (KatS) 2	5	18
Meßtechniken in der Kommunikationstechnik	3	43
Berater für ABC-Fragen in Führungsgremien der Katastrophenschutzbehörde	5	9, 25, 42
Biologische Risiken	4	17, 33, 46
Chemische Risiken	4	5, 34, 41, 49
Führungskräfte im ABC-Schutz	5	16, 39
Ärzte im Zivil- und Katastrophenschutz 1	2	17, 32, 38
Ärzte im Zivil- und Katastrophenschutz 2	3	42
Ärzte im Zivil- und Katastrophenschutz (Blockseminar)	5	24, 47
Lehrkräfte der Landesfeuerwehrschulen für den Bereich ABC-Schutz	5	6
Lehrkräfte der Landesfeuerwehrschulen für den Aufgabenbereich Brandschutz	5	23
Lehrkräfte an den Schulen der privaten Hilfsorganisationen für die Aufgabenbereiche Betreuung und Sanitätswesen	5	34
Aufgaben der Gemeinden im Selbstschutz	3	3, 6, 10, 12, 16, 18, 24, 31, 33, 35, 37, 40, 43, 44, 46, 48, 49
Ausbilder für Selbstschutzthemen	4	5, 9, 18, 34, 38, 41, 47
Selbstschutz in Arbeitsstätten 1	2	2, 4, 6, 8, 9, 11, 15, 17, 20, 23/25, 32, 34, 36, 39, 41, 42, 45, 46, 48, 50
Selbstschutz in Arbeitsstätten 2	3	4, 6, 8, 9, 11, 15, 17, 20, 23, 25, 32, 33, 34, 36, 39, 42, 43, 45, 48, 50
Katastrophenschutz und Selbstschutz in Dienstleistungsunternehmen	3	2, 21, 31
Anlegen und Durchführen von Übungen für Einheiten und Einrichtungen	5	3, 6, 9, 12, 20, 24, 33, 37, 40, 43
Anlegen und Durchführen von Übungen für Führungsgremien auf der Ebene der Katastrophenschutzbehörde	5	4, 8, 10, 15, 23, 31, 34, 38, 41, 48
Anlegen einer Führungsübung	5	2, 18, 25, 32
Einsatz pyrotechnischer Gegenstände bei Übungen (Prüfungslehrgang)	3	9, 21, 33, 47
Einsatz pyrotechnischer Gegenstände bei Übungen (Wiederholung)	3	12

Information

Zivile Notfallvorsorge in Europa	3	11, 45
Neue sicherheitspolitische Anforderungen an Deutschland als Bündnispartner	2	17, 24, 37
Einzelthemen der Notfallvorsorge und zivilen Verteidigung	1	11, 17, 32, 49
Informationsseminar für ausländische Fachleute zu Fragen der zivilen Verteidigung und des Zivilschutzes		Besondere Ausschreibung
Humanitäres Völkerrecht	3	6, 21, 47, 50
Zivilschutz	2	5, 17, 37, 49
Informationen zur Ernährungsnotfallvorsorge	2	47, 50
Gesprächskreis/Workshop zu unterschiedlichen Themen	2/3	4, 8, 12, 16, 21, 22, 23, 31, 35, 38, 40, 41, 44, 46

Sonstige Veranstaltungen

Sprengen I für Sprengberechtigte-Anwärter (Prüfungslehrgang)	12	23, 40, 48
Sprengen II für Sprengberechtigte	5	8, 20, 34, 46
Sprengen III für Sprengberechtigte (Prüfungslehrgang)	5	18
Sprengen IV für Sprengberechtigte	5	36



Wir stellen vor:

Die Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz (AkNZ)

im Bundesamt für Zivilschutz

Mit der Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz (AkNZ) im Bundesamt für Zivilschutz besteht in Bad Neuenahr-Ahrweiler eine Bildungseinrichtung des Bundes, die nach modernen pädagogischen Grundsätzen das gesamte Spektrum der zivilen Verteidigung, des Zivilschutzes einschließlich des Selbstschutzes und der zivil-militärischen Zusammenarbeit vermittelt.

Im Rahmen ihres Lehrauftrages hat die Akademie unter anderem folgende Aufgaben:

- Unterweisung des mit Fragen der zivilen Verteidigung befaßten Personals;

- Ausbildung von Führungskräften und Ausbildern des Katastrophenschutzes im Rahmen ihrer Zivilschutzaufgaben;

- Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der Notfallvorsorge und des Zivilschutzes;

- Vorbereitung, Leitung und Auswertung von Übungen;

- Studien und internationaler Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet der Krisenbewältigung und des Zivilschutzes;

- Betreuung von Forschungsvorhaben;

- Mitarbeit in Bund-Länder-Ausschüssen und Arbeitskreisen.

Eine vorrangige Aufgabe der AkNZ ist die Unterweisung bzw. Information der mit der Aufgabenstellung – zivile Verteidigung und Zivilschutz – befaßten Personen bzw. Institutionen.

Die Akademie liegt oberhalb des mittelalterlichen Stadtteils Ahrweiler, umgeben von einer einzigartigen Kulturlandschaft.

In freundlich ausgestatteten Einbettzimmern können bis zu 160 Seminarteilnehmer untergebracht werden.

Zwölf mit moderner Seminartechnik ausgestattete Lehrsäle stehen zur Verfügung.

Die reizvolle Landschaft und vielfältige Freizeitangebote gewährleisten Lernen und Entspannen in einem.

Informationen zum Seminarangebot der AkNZ sind unter Telefon (0 26 41) 3 81 - 2 20 erhältlich.

Die Anschrift der AkNZ lautet:
Ramersbacher
Straße 95,
53474 Bad Neuenahr-
Ahrweiler.

